



Politische Berichte

In dieser Ausgabe: Ein Wahlbündnis zu den Bundestagswahlen * Landwirtschaft in der SVR Albanien * BASF Hauptversammlung * ÖTV zur Versorgung mit Kindertagesstätten * Kann Kuba der imperialistischen Bedrohung standhalten?

Nummer 16 / 11. Jahrgang

3. August 1990

G 7756 D Preis 1,50 DM

Anschlußwahl ohne Repräsentation

Schritt für Schritt verlassen die Bürgerlichen den parlamentarischen Boden

Bei der Erörterung über das Wahlverfahren für einen BRD/DDR-weiten Bundestag mißachten die Bürgerlichen den Grundsatz der Repräsentation. Sie sind nicht mehr damit zufrieden, sich die politische Macht übertragen zu lassen. Sie wählen ihrerseits aus, wer würdig ist, Macht zu übertra-

gen. Unwürdig sind schon lange Ausländer, denen es am deutschen Blut fehlt. Unwürdig sind jetzt dann auch Sozialisten, denen es an deutschem Denken fehlt. Die Regierenden wählen sich das Wahlvolk aus, und je härter die Zeiten, um so schärfer muß ausgelesen werden.

Die Wahlrechtsdiskussion, Stand vom Mittwoch, den 1. August, läuft auf folgendes Verfahren hinaus: Für die BRD/DDR-Wahl im Dezember werden einmalig Listenverbindungen zugelassen. In das Parlament kommen Kandidaten von Parteien, die Listenverbindung vereinbart haben und zusammen 5 % der abgegebenen Stimmen erreichen. Listenverbindungen konkurrierender Parteien sind nicht zulässig. Verbinden können sich die DSU und die CSU, weil und solange die DSU nicht in Bayern und die CSU nicht in Sachsen usw. antritt. Eine Listenverbindung zwischen den Grünen und der Linken Liste/PDS wäre nur möglich, wenn die Grünen in den DDR-Ländern nicht antreten und die Linke Liste/PDS nicht in der BRD.

Diese Wahlrechtsgestaltung ist darauf berechnet, in der DDR mit der Repverbunden DSU eine Aufbauorganisation für eine rechts außen liegende Partei zu erhalten und zunächst die Linke Liste/PDS und sodann womöglich noch die Grünen aus dem neuen Parlament herauszuhalten. Ein Wahlergebnis ist denkbar, bei dem etwa ein Zehntel der Bevölkerung wegen Gesinnung und ein weiteres Zehntel wegen Abstammung von der Repräsentation im künftigen Parlament ausgeschlossen bleiben.

In vielen Fragen hat sich für die Bürgerlichen bewiesen: Was der ausländi-

schen Bevölkerung in der BRD angetan wird, schlägt sich nicht unmittelbar in Wahlergebnissen nieder und ist „kein Thema“. Wenn die Ausgrenzung der Linken Liste/PDS gelingt, hofft der BRD-Staat auf freiere Hand bei der Sozialistenverfolgung und bei der sozialen Demontage in der DDR. Wenn es die Grünen ebenfalls nicht schaffen, werden die längst lästigen Versprechen von Umweltverbesserungen in der DDR hinfällig. Eine solche Entwicklung würde ohne Zweifel unmittelbar gesellschaftlichen, außerparlamentarischen Widerstand auslösen. Die Ausgrenzungspolitik nimmt das in Kauf und rechnet sich aus, diesen mit Gewalt zu brechen.

Die Aussicht, freier schalten und walten zu können, verlockt zur Rechtsbeugung. Weil die Wählerzahl größer wird, bedeuten die 5 % dann etwas anderes, nämlich weniger Repräsentation, mehr Diskriminierung als vorher. In Zahlen: In der Bundesrepublik waren 1989 fast 46 Mio. Menschen wahlberechtigt. Eine Partei, die 2,29 Mio. Wählerstimmen erhielt, konnte damit unter Verwendung der 5 %-Klausel aus dem Parlament ferngehalten werden. Mit der Einbeziehung der DDR und Westberlins steigt die Zahl der Wähler auf ca. 60 Mio. Damit können Parteien mit bis zu 3 Mio. Wählern aus dem Parlament herausgehalten werden. Für Parteien, die nur auf

dem Territorium der DDR antreten und keine „Listenpartner“ in der BRD finden, wäre der Effekt noch krasser. Eine Partei, die in der DDR ein Fünftel aller Stimmen erhält, ist mit Einführung der „reichsweiten“ 5 %-Klausel aus dem Parlament ferngehalten.

Der aus der DDR vorgeschlagene Plan, die 5 %-Klausel auf Länderebene anzusetzen, hätte parlamentarischen Grundsätzen weit eher entsprochen. Wird das jetzt wahrscheinlichen Wahlrecht dazu führen, daß Leute, die seit Jahr und Tag in politischen Fragen zusammenarbeiten, aufeinander loshauen? Vorgesehen ist das so, nötig ist es nicht. Wenn es dazu käme, daß die Linke Liste/PDS und die Grünen ausgeschaltet würden, wäre die Folge keineswegs rosige Zeiten für die SPD. Fiele die Linke Liste/PDS heraus, wären die Position der Grünen schwächer, nicht stärker.

Aus Gründen der ideologischen Kosmetik haben die Bürgerlichen ihre Machenschaften so angesetzt, daß eine dünne Chance besteht, der Falle zu entkommen und eine Repräsentanz auch der Linken Liste/PDS zu erreichen. Das System willkürlicher Ausgrenzung von Menschen durch die Macht wäre in diesem Falle durchbrochen und die Aussichten im Kampf um Wahlrecht für alle, die im Staatsgebiet leben, bekäme einen mächtigen Impuls. — (jöd, maf)



Am 26.7. begann der erste Konvoi mit dem Abtransport amerikanischer Chemiewaffen aus dem rheinland-pfälzischen Clausen (Bild). Weitere 29 Konvois sollen folgen. Daran schließen sich sieben Bahntransporte nach Nordenham an. Von dort sollen die Giftgase per Schiff in den Pazifik geschafft und dort auf einer Versuchsanlage der US-Army verbrannt werden. Die Bewohner der umliegenden Inseln protestieren dagegen. (siehe Seite 5)

Verhandlungen auf Dauer nötig

PAC führt Kampagne für verfassunggebende Versammlung

Die azanische Befreiungsorganisation PAC (Pan Africanist Congress of Azania) intensiviert ihre Kampagne für eine Verfassunggebende Versammlung in Südafrika. Anfang März hatten PAC und die Massenorganisation PAM (Pan Africanist Movement) angekündigt, daß für sie die Bildung einer solchen Versammlung eine der Voraussetzungen ist, um ernsthafte Verhandlungen mit dem Regime möglich zu machen. Mitte Juni wandte sich der PAC mit einem Vorschlag an die Öffentlichkeit, wie diese Versammlung gebildet werden sollte und arbeiten kann. Folgende Bedingungen sollten erfüllt sein:

1. Das Regime muß dem Prinzip der Mehrheitsregierung zustimmen, in der nur politische Mehrheiten oder Minderheiten existieren können, aber keine rassistischen Mehr- oder Minderheiten und keine besonderen Gruppenrechte auf rassistischer Grundlage.

2. Die Rückverteilung des Reichtums, insbesondere des Landes, an das einheimische afrikanische Volk muß sichergestellt sein.

3. Die verfassunggebende Versammlung soll die Meinung der Bevölkerungsmehrheit widerspiegeln.

Die Versammlung soll durch Vertreter der politischen Organisationen und Parteien entsprechend ihrem Rückhalt und ihrer Basis im Volk gebildet werden. Die Vertreter sollen den Organisationen und Parteien, die sie entsandt haben, verantwortlich sein. Nach ihrer Wahl sollen die Vertreter ein Komitee bestimmen, das die Verfassung ausar-

beitet. Vor der Annahme der Verfassung muß eine breite Erörterung durch das Volk gewährleistet sein, Veränderungen und Kommentare müssen möglich sein.

Für die Wirtschaft müsse sichergestellt sein, daß eine baldige Dezentralisierung eingeleitet werde, die Privatisierung der Staatsunternehmen, die von der südafrikanischen Regierung jetzt schnell vorangetrieben wird, müsse gestoppt werden. Die Arbeiter müßten in jedem Betrieb das Recht erhalten, den Entscheidungen über Investitionen, Finanzierung, Gestaltung der Arbeit und die Produktion teilzunehmen.

Der PAC meint, daß die politischen Veränderungen, die mit der Aufhebung des Verbots der Befreiungsorganisationen am 2. Februar begannen, unumkehrbar sind. Verhandlungen mit dem Regime seien auf Dauer unvermeidlich. Der Kampf der Massen, vor allem die zunehmende Zerstörung der „Homelands“, und die hohe politische Mobilisierung der azanischen Arbeiter seien positive Faktoren, die solches möglich machten. Unübersehbar sei aber auch, daß das Regime nach wie vor über eine gefestigte militärische Macht verfüge und in der Lage sei, die Interessen der „europäischen Siedler“ zu schützen. Diese Macht sei sowohl eine Bedrohung für die azanischen Massen wie auch für die benachbarten Staaten, die dem dauernden Druck eines Krieges ausgesetzt seien und dem rassistischen Südafrika wenig entgegensetzen könnten.

Quellenhinweis: Azania Nachrichten Nr. 7/90; SA Report vom 15.6.90 — (uld)

Proteste gegen Treffen mit Waldheim in Österreich



Jüdische und antifaschistische Gruppen (links) protestierten bei der Eröffnung der Salzburger Festspiele gegen das Treffen des österreichischen Präsidenten Waldheim, der in der Nazi-

Armee Offizier war, mit dem tschechoslowakischen Präsidenten Havel. Der erhielt Hilfe durch den „privaten Begleiter“ BRD-Bundespräsident von Weizsäcker. — (uld)

Postvertriebsstück G 7756 D
Gebühr bezahlt

4./5. August: 2. „Roter Tisch“ in Leverkusen

Am Wochenende 4./5. August findet das zweite bundesweite Treffen von BRD-Linken und DDR-Linken statt. Von der DDR-Linken haben KPD der DDR und PDS ihr Erscheinen zugesagt. Die Konferenz soll sich mit den Ergebnissen der regionalen Treffen des „Roten Tisches“ seit dem ersten Treffen befassen, mit den Ergebnissen des Kölner Arbeitstreffens und dem vorliegenden Aufruf für ein Wahlbündnis mit der PDS sowie mit der weiteren Zusammenarbeit von BRD- und DDR-Linken auch über den 2. Dezember hinaus. Ort: Am Stadtpark 68, 5090 Leverkusen. Beginn: 9 Uhr. — (rül)

DGB fordert Pfändungsgrenzen über dem Sozialhilfesatz

In einer gemeinsamen Erklärung protestieren DGB, Bundesarbeitsgemeinschaft Schuldnerberatung, Caritas, Paritätischer Wohlfahrtsverband und die Arbeitsgemeinschaft der Verbraucherzentralen gegen die geltende Höhe des pfändbaren Einkommens. Zur Zeit liegt die Pfändungsgrenze z. B. für alleinstehende Erwachsene bei 759,99 DM im

Monat. Die Verbände kritisieren, daß die Pfändungsgrenzen noch unter dem Sozialhilfesatz und damit unterhalb des absoluten Lebensminimums liegen und fordern u. a. die „Anpassung der Pfändungsfreigrenzen nach dem Lebenshaltungskostenindex (für die entsprechende Einkommensgruppe) unter besonderer Berücksichtigung der Mietpreisentwicklung in regelmäßigen Zeiträumen“. Die Pfändungsfreigrenze müsse deutlich über dem Sozialhilfesatz liegen. — (uld)

EG-Monopole: Gewinne 1989 um 25% erhöht

Die 100 größten Monopole in Westeuropa konnten 1989 ihre Umsätze (umgerechnet in ECU) um 11 % steigern. Ihre Gewinne nach Steuern stiegen sogar um durchschnittlich 29 %. Das geht aus einer jetzt im „Handelsblatt“ (30.7.90) veröffentlichten Statistik hervor. Die Konzerne, zu mehr als 80 % mit Sitz in der EG, übertrafen damit die US-Konzerne, deren ausgewiesene Gewinne 1989 um 7,5 % zurückgingen. Die Übersicht vermittelt auch einen Eindruck der enormen Macht dieser Monopole. Allein die zehn größten Monopole Westeuropas (darunter vier westdeutsche Monopole) hatten 1989 zusammen Um-

sätze von 791 Mrd. DM, ein Betrag vom Umfang des Bruttosozialprodukts Italiens. Die ausgewiesenen Gewinne dieser zehn Monopole nach Steuern beliefen sich auf 39 Mrd. DM. Weltweit kommandierten sie 2,8 Millionen Lohnabhängige. — (rül)

De Beers: UdSSR verkauft Diamanten

Die sowjetische Hauptverwaltung für Edelmetalle und Diamanten hat mit dem Diamantenmonopol De Beers einen Vertrag über den Verkauf von Diamanten im Wert von 5 Mrd. Dollar abgeschlossen. Im Gegenzug erhält die UdSSR von De Beers einen Devisenkredit von 1 Mrd. Dollar. Als Sicherheit sollen sowjetische Diamantenvorräte bei De Beers hinterlegt werden. Das Diamantenmonopol, das bisher schon sämtliche südafrikanischen Diamantengruben und den größten Teil des westlichen Diamantenhandels kontrollierte, festigt so seine Monopolstellung weiter. In westlichen Berichten wird das Geschäft als Zeichen weiterer Devisenprobleme der UdSSR gewertet. Angeblich soll die UdSSR auch 200 bis 300 Tonnen Gold bei westlichen Banken als Pfand für Devisen hinterlegt haben. — (rül)

Bund der Vertriebenen läßt in Polen aufmarschieren

Einen provokanten und aggressiven Aufmarsch veranstalteten 20000 „Deutsche“ am 22. Juli in der polnischen Stadt Lubowitz. Der Aufmarsch kam zustande unter Mitwirkung der BRD-Vertriebenenverbände. Der Vorsitzende des Bundes der Vertriebenen und CDU-Abgeordnete Hupka, der Generalsekretär des Verbandes Koschik und der CSU-Europaausgeordnete und wegen seiner Mitwirkung an faschistischen Organen bekannte Otto von Habsburg wirkten mit. Sie bezeichneten die Kundgebung als größte dieser Art seit 1945 und forderten die „Schaffung einer europäischen Modellregion Oberschlesien“, im Klartext: die Herauslösung der Region aus dem polnischen Staatsgebiet. Dafür sprachen auch Transparente, auf denen nur „St. Annaberg“ stand: eine direkte Erinnerung an das Vorgehen des von der Reichsregierung und der Antikommunistischen Liga finanzierten Freikorps „Oberland“ gegen polnische Aufständische, die sich 1921 gegen die Einverleibung der Region in das Deutsche Reich per Volksabstimmung wehrten. In Annaberg wurde der polnische Aufstand blutig zusammengeschossen. — (uld)

Aktuell in Bonn

Erfassungsstelle Salzgitter

Die Länderjustizministerkonferenz hat beschlossen, daß die „Zentrale Erfassungsstelle“ für angebliche DDR-Verbrechen in Salzgitter ihre Arbeit „zunächst“ fortsetzen soll. Der Beschluß erging einstimmig, d.h. mit Zustimmung auch der SPD- bzw. rot-grün-regierten Bundesländer. Kurz darauf teilte der Hamburger Justizsenator mit, Hamburg werde auch 1991 seinen Beitrag für die Erfassungsstelle zahlen. 1987 hatte die Hansestadt wie andere SPD-regierte Bundesländer ihre Zahlungen für die Erfassungsstelle eingestellt. Offenbar soll die Verfolgung angeblicher DDR-Verbrechen in westdeutscher Hand bleiben. Von der Übergabe der Akten an die DDR-Justiz ist nicht mehr die Rede.

THW weltweit

Das dem Bundesinnenministerium unterstehende paramilitärische Technische Hilfswerk (THW) wird immer mehr zu einem weltweit eingesetzten Einmischungs- und Ausforschungsbund. In einer Antwort der Bundesregierung auf eine Anfrage der Grünen heißt es: „So konnte der Bund z.B. zur Bewältigung der Übersiedlerströme im Herbst letzten Jahres auf 19 194 Helfer zurückgreifen, die insgesamt 222 592 Stunden im Einsatz waren. Zur Zeit wird das THW im Rahmen von Städtepartnerschaften bzw. auf Anforderung der Länder für zahlreiche humanitäre Hilfsmaßnahmen in der DDR und in Rumänien eingesetzt.“ Außerdem sei der THW weltweit in der „Flüchtlingshilfe“ eingesetzt, u.a. in Indonesien. Kritik an solchen Auslandseinsätzen weist Schäuble zurück: Sie dienten „dem deutschen Ansehen im Ausland“.

Schengen: EP-Kritik

Das Europa-Parlament in Straßburg hat das zwischen der BRD, den Benelux-Staaten und Frankreich geschlossene Schengener Abkommen kritisiert. In einer im Bundestag vorgelegten Entscheidung (Ds. 11/7562) kritisiert das EP u.a. die Gefahren für „individuelle Freiheiten“ durch „den organisierten Austausch allgemeiner und individueller Informationen zwischen den Polizeibehörden der Mitgliedstaaten, durch die Verbreitung vertraulicher Daten über die Lage der Asylbewerber“. Es fordert die Unterzeichnerstaaten auf, das Abkommen nicht zu unterzeichnen, bevor nicht sichergestellt sei, daß INTERPOL vollständig von dem Datenaustausch im Rahmen des Abkommens ausgeschlossen sei und bevor nicht der Hohe Flüchtlingskommissar der UNO zu den Regelungen zu Asylbewerbern gehört sei.

BGS weltweit

Seit 1972 sind Beamte des Bundesgrenzschutzes bei westdeutschen Fluggesellschaften im Ausland eingesetzt. Ihr Auftrag: Sicherung der Büros, der Flugzeuge und der Passagiere gegen „Gefahr“.

Welchen Umfang diese Einsätze annehmen, geht aus einer Drucksache der Bundesregierung (Ds. 11/7579) hervor. Derzeit sind 68 BGS-Beamte im Ausland tätig: 25 in Südamerika, 2 in Mittelamerika, 1 in Asien, 27 in Afrika, 13 in Europa. Die Beamten seien wie gewöhnliche Angestellte der Fluggesellschaften gekleidet und unterstützen deren Direktionsrecht. Beim BGS gelten ihre Einsätze als „Auslandsreisen“.

Nuklearexporte

In der französischen Wiederaufarbeitungsanlage für Kernbrennstoffe in Le Hague (UP2) wurden zwischen 1976 und 1989 1600 Tonnen abgebrannter Brennelemente aus BRD-Kernkraftwerken „aufgearbeitet“. Von 1990 bis 1999 sollen in UP2 und der neuen Anlage UP3 in Le Hague sogar 3260 Tonnen Brennelemente aus BRD-AKW's verarbeitet werden, in der britischen Anlage THORP weitere ca. 560 Tonnen. Diese Zahlen hat die Bundesregierung in einer Antwort auf eine Anfrage der Grünen (Ds. 11/7537) vorgelegt. Die Grünen hatten u.a. kritisiert, daß im Umfeld beider Anlagen schon jetzt eine „signifikante Erhöhung der Krebssterblichkeit in der Bevölkerung“ registriert werde.

Transnuklear

Zweieinhalb Jahre nach Bekanntwerden des Skandals um die Hanauer Atomspektion Transnuklear haben die SPD-Abgeordneten im Untersuchungsausschuß ihren Bericht vorgelegt. Der Verdacht, atomwaffenfähiges Material sei nach Pakistan und Libyen verschoben worden, hat sich nach SPD-Meinung nicht bestätigt, wohl aber die gravierenden Schmiergeldzahlungen der Firma. Ursache sei, daß bei Nuklearabfällen „niemand weiß, wohin damit“.

Boom im Kapitalexport

Westdeutsche Konzerne wollen in den nächsten zwei Jahren ihre Kapitalexporte ins Ausland um über 50 % steigern. Das geht aus einer Umfrage des DIHT bei mehr als 1000 Firmen, davon die Mehrzahl Großkonzerne, hervor. Regionale Schwerpunkte des Kapitalexports sollen weiterhin die USA und die EG-Staaten sein. Aber auch die Kapitalexporte nach Osteuropa sollen stark steigen. Mehr als die Hälfte der befragten Firmen, so der DIHT, plane in den nächsten fünf Jahren Kapitalexporte nach Osteuropa.

Was kommt demnächst?

Am 5. August will Kohl seinen Urlaub unterbrechen und in Bad Canstatt bei einer Gedenkfeier des revanchistischen Bundes der Vertriebenen die Hauptrede halten. Am 8. und 9. August soll der Bundestag in Sondersitzungen über die geplante Änderung des Bundeswahlgesetzes im Eilverfahren abstimmen. Am 23. und 24. August ist Kohl in Norwegen zu einem offiziellen Besuch.

Rolf Heißler in JVA Stadelheim verlegt

Nach Revolte in der Justizvollzugsanstalt Straubing: Verlegungen gehen weiter

Bayerns Justizministerin Berghofer-Weichner gibt — trotz zunehmender Öffentlichkeit — in Sachen Hafterleichterung nicht nach. Vor allem in der JVA Straubing mehren sich die Proteste. Nachdem bereits drei ehemalige Gefangenensprecher verlegt worden waren, wurde jetzt auch Rolf

Heißler, Gefangener aus der RAF, verlegt. In München findet deshalb am Samstag, den 11. August um 11.00 Uhr vor der JVA Stadelheim eine Solidaritätskundgebung statt. Im Anschluß dokumentieren wir die Pressemitteilung der Anwältin von Rolf zu seiner „Zwangsverlegung“. — (chl)

Hamburg, den 22. 7. 90

Rolf Heißler, politischer Gefangener aus der RAF, ist am 19. 7. 90 aus der JVA Straubing, wo er jahrelang inhaftiert war, in die Vollzugsanstalt München-Stadelheim verlegt worden. Er soll „einer der führenden Männer des Aufstandes in der JVA Straubing“ gewesen sein.

Am 2. 7. 90 hatten sich über 150 Gefangene geweigert, in ihre Zellen zurückzukehren und Gespräche mit der Anstaltsleitung sowie dem Justizministerium über die Abschaffung der „Knapstpsychiatrie“ (Haus III der JVA Straubing), längere Aufsichtzeiten pp. gefordert. Mit massivem Polizeieinsatz wurden sie am 3. 7. 90 in ihre Zellen zurückgebracht.

Bereits an diesem Tag wurde Rolf Heißler in den Sicherheitstrakt verlegt, weil er nach Auffassung der Anstaltsleitung die Gefangenen aufgewiegelt habe. Nachdem die Gefangenen und ihre „Betriebssprecher“ seine Rückverlegung in die alte Zelle zur Vorbedingung von Gesprächen mit der Anstaltsleitung machten, kam er am 12. 7. 90 in diese Zelle zurück.

Die Verteidigung erfuhr dann zufällig am 20. 7. 90, daß er tags zuvor in die JVA Stadelheim zwangsverlegt wurde.

Auf telefonische Anfrage wurde vom stellvertretenden Anstaltsleiter mitgeteilt, Anlaß sei, daß sich die Betriebsprecher auf schriftlich formulierte Forderungen von Rolf Heißler bezogen hätten.

Die Anstaltsleitung habe sich im Einverständnis mit dem Justizministerium für eine Verlegung entschieden, um Rolf Heißler, der einer der führenden Männer des Aufstandes sei, erneute Einzelhaft „zu ersparen“.

Drei weitere Zwangsverlegungen Ende Juni haben die Proteste der Gefangenen gegen die Zustände in der JVA Straubing (siehe TAZ, 14. 7., 20. 7. 90) nicht verhindern können. Der Anstaltsleiter Otto hatte daher gegenüber der Presse geäußert, man plane nicht, mit weiteren Verlegungen „den Bazillus“ in andere Gefängnisse zu übertragen.

Rolf Heißlers Verlegung ist ein erneuter hilfloser Versuch, folgende Tatsachen zu kaschieren:

— Der Aufstand von über 150 Gefangenen hat gezeigt, daß diese, wie viele Gefangene andernorts (vgl. Kassel, Frankfurt, Hamburg), nicht mehr bereit sind, den Alltag in bundesdeutschen Vollzugsanstalten widerstandslos zu ertragen. Dazu bedarf es keiner „Aufwiegelung“.

— Die Behauptungen von einer Distanz zwischen „politischen“ und „sozialen“ Gefangenen sind hier erneut widerlegt worden.

Gefangene, die wie Rolf Heißler seit Jahren für ihre Zusammenlegung, für Kollektivität kämpfen, sind solidarisch im Umgang mit jedem Gefangenen, der sich für ein Minimum an Menschenwürde in den Vollzugsanstalten einsetzt — und immer häufiger auch umgekehrt.

Für die Verteidigung:
Ute Brandt, Rechtsanwältin

Lebenslänglich bis zum Tod?

Allein in Bayern gibt es zur Zeit sechs Gefangene, die sich seit dreißig Jahren oder länger in Haft befinden, einer von ihnen sogar bereits seit 43 Jahren, seit 1947, vor Gründung der BRD. 1977 hatte das Bundesverfassungsgericht in einer Entscheidung über lebenslange Freiheitsstrafen gefordert, daß es zu den Voraussetzungen gehöre, den zu lebenslanger Freiheitsstrafe Verurteilten grundsätzlich eine Chance einzuräumen, einmal wieder auf freien Fuß gesetzt zu werden. Seit 1982 sieht der Paragraph 57a des Strafgesetzbuches (StGB) vor, daß nach fünfzehn Jahren der Rest einer lebenslangen Freiheitsstrafe zur Bewährung ausgesetzt werden kann. Seit diesem Zeitpunkt haben 102 Gefangene in Bayern eine Haftstrafe von fünfzehn Jahren überschritten, nur 25 von ihnen sind später per Gerichtsentscheidung entlassen worden. 18 Gefangene warten dagegen schon 21 bis 24 Jahre auf den Tag ihrer Entlassung, weitere 18 Verurteilte sitzen sogar schon 25 Jahre und länger ein, wenn sie nicht gar in der Haft gestorben sind. Im Durchschnitt wird in Bayern erst nach einer Haftdauer von 23 Jahren Anträgen auf Entlassung aus lebenslanger Haft stattgegeben. Damit liegt die Haftdauer der zu lebenslänglich Verurteilten heute um zwei Jahre höher als vor fünfzehn Jahren. Die Einführung des Paragraphen 54a StGB hat damit in Bayern faktisch das Gegenteil erreicht. Vielleicht deshalb, weil der, der auf seinen Rechten besteht, als verdächtig oder widerspenstig erscheint und deshalb erst recht eingesperrt bleiben muß. Vor 1982 war vorzeitige Entlassung nur per Gnadenweg möglich.

— (aus Münchner Lokalberichte 10/90)



Rolf Heißler — jetzt zwangsverlegt nach München in die JVA Stadelheim.

Neue gesetzliche Kündigungsfristen bis 1993

Nivellierung nach oben oder nach unten — oder neue Differenzierung?

Das Bundesverfassungsgericht hat den Gesetzgeber beauftragt, die in § 622 (2) des Bürgerlichen Gesetzbuchs (BGB) festgelegten unterschiedlichen Kündigungsfristen für Ar-

beiter (14 Tage) und Angestellte (sechs Wochen zum Quartalsende) bis zum 30. 6. 93 neu zu regeln, da diese mit dem Gleichheitsgebot des Grundgesetzes unvereinbar seien.

Unmittelbare Auswirkung des BVG-Spruches ist, daß die 14-tägige Kündigungsfrist für Arbeiter ab sofort von den Arbeitsgerichten nicht mehr angewandt werden darf, daß alle bei den Arbeitsgerichten anhängigen Verfahren um Kündigungsfristen ausgesetzt werden müssen. Offen ist, ob das Bundesarbeitsgericht aufgrund des Urteils auch unterschiedliche Kündigungsfristen in Tarifverträgen für hinfallig erklärt.

Bezüglich der gesetzlichen Neuregelung forderten in ersten Stellungnahmen der DGB „eine Angleichung der Kündigungsfristen der Arbeiter an die der Angestellten“, die Bundesvereinigung der Arbeitgeberverbände dagegen eine Kürzung der Kündigungsfristen für Angestellte.

In der Urteilsbegründung des BVG finden sich Hinweise auf die umstrittene Richtung der geforderten Neuregelung: „Kopf- und Handarbeiter verdienen denselben Schutz bei Arbeitsplatzverlust“. Auch eine „besondere Angestelltenmentalität“ oder eine längere vorberufliche Ausbildung würden „die ungleichen Kündigungsfristen von vorn-

herein nicht rechtfertigen“. Neben dieser Einschränkung „von vornherein nicht“ wird jedoch auf die kürzere Lebensarbeitszeit von akademisch gebildeten Angestellten hingewiesen. Auch daß manche Angestellten längere Zeit zur Stellensuche bräuchten als „vielseitig verwendbare Arbeiter“ rechtfertige nicht längere Kündigungsfristen „bei der gesamten Gruppe der Angestellten“. Es könne durchaus angebracht sein, für verschiedene Arbeitnehmer-Gruppen unterschiedliche Kündigungsfristen vorzusehen, bei „hinreichend genauer“ Begründung dieser Gruppen. Bei den Großgruppen der Arbeiter und Angestellten sei dies nicht der Fall.

Im Handelsblatt vom 23. 7. 90 findet sich folgender, mit gelassener Zuversicht formulierter Vorschlag für die Umsetzung des BVG-Urteils: „Um in der Personalpolitik ihre Flexibilität bei Auftrags- und Produktionschwankungen zu bewahren, könnten die Arbeitgeber das Instrument des befristeten Arbeitsverhältnisses künftig verstärkt nutzen oder bei Einstellungen auf einer einzelvertraglich zu vereinbarenden kürzeren

Kündigungsfrist bestehen. Bei der Diskussion über eine gesetzliche Neuregelung sollte eine Kündigungsfrist von vier oder sechs Wochen zum Schluß eines Kalendermonates nicht von vornherein tabuisiert werden ... Auf jeden Fall sollte auch die neue Regelung nur Mindest- und Rahmencharakter haben und Raum lassen für branchen- und betriebsnahe Regelungen, die durch Tarif- oder Einzelvertrag getroffen werden können. Diese werden sich immer mehr an der Qualifikation und betrieblichen Funktion als am Status orientieren.“

Die grobe Unterscheidung der Kündigungsfristen nach dem Status ist angesichts der fortgeschrittenen Zergliederung der Belegschaften für die Interessen der Arbeitgeber zu einem zu starren Instrument geworden. Eine Regelung, die insbesondere das akademisch gebildete Personal abspaltet (analog der Rechtsprechung auf anderen Gebieten, z.B. Betriebsverfassungsgesetz), zeichnet sich ab — bei gleichzeitiger Verschlechterung für die Masse der 11,5 Mio. Angestellten (gegenüber 10,4 Mio. Arbeitern in der BRD). — (cls)

Der Stromabsatz klettert wieder

Neue Argumente der Stromkonzerne für Atomenergie

„Hochkonjunktur läßt auch Stromverbrauch klettern“, jubelt in der Frankfurter Rundschau vom 15. 6. 90 die Vereinigung Deutscher Elektrizitätswerke (VDEW), denn im laufenden Jahr erwartet sie eine Zunahme des Bedarfs um 2,5 bis 3 %. Dies gehe vor allem auf das Konto der Industrie.

Vorsichtshalber setzt VDEW-Vorstandsvorsitzender Heidinger seine Prognose „auf mittlere Sicht“ sogar noch etwas niedriger an, nämlich auf das durchschnittliche Wachstum der letzten beiden Jahre in Höhe von 1,8 %. Ende der sechziger Jahre betrug es noch fast 10 %, anfang der siebziger Jahre sank es bereits auf 4,1 %. Aber schon damals beruhte diese Steigerung keineswegs auf einer entsprechenden Produktivitätsentwicklung der Industrie, auch nicht auf einer erhöhten Nachfrage der um zahlreichere Geräte bereicherten Haushalte, sondern auf der Tarifpolitik der Bundesregierung gegenüber den Unternehmen, die nur noch einen Bruchteil der wirklich anfallenden Stromkosten zu zahlen hatten und somit vom Öl auf Strom umstiegen, und gegenüber den Haushalten, bei denen die Anschaffung von Elektroheizung finanziell gefördert wurde.

Seit einem Jahrzehnt fällt es den Stromkonzernen immer schwerer, auch nur geringste Stromsteigerungen zu prognostizieren. Gibt es für sie jetzt die erfreuliche Wende angesichts der Tatsache, daß vorerst ein größerer Absatzmarkt westlicher Produkte in der DDR zu erwarten ist? Ein gerade von der Forschungsstelle für Umweltpolitik der Freien Universität Berlin herausgegebenes Gutachten, an dem auch DDR-Grüne und -Bürgerinitiativen mitgearbeitet haben, sagt Gegenteiliges voraus: Alle Prognosen, die weiter von einem Anstieg des Primärenergieverbrauchs in der DDR bis zum Jahr 2000 ausgingen, seien „unrealistisch“, weil das Land einen erheblichen Modernitätsrückstand der Energieversorgung aufholen werde, der auch im Westen in den siebziger Jahren zu einer Stagnation des Verbrauchs geführt habe. Vermutlich werde der Stromenergieverbrauch wenigstens um 2 % jährlich sinken.

Da sind die Prozente für die VDEW doch wie gewonnen so zerronnen! Das politische Argument, einmal wieder ein mehr von den ach so unbeliebten Atomkraftwerken bauen zu müssen — wofür im übrigen dauernd das Ozonloch herhalten muß — dürfte dieses Mal kaum ein paar Monate alt werden. — (edl)

Ein Wahlbündnis zu den Bundestagswahlen

Initiative für Wahlbündnis „PDS/Linke Liste“ / Vorbereitungen für Landesbündnisse in Niedersachsen und Baden-Württemberg

Die Bemühungen um den Aufbau einer sozialistischen Bündnis-kandidatur zu den Wahlen am 2. Dezember gehen weiter. Wir dokumentieren auf dieser Seite die uns zugegangenen Ergebnisse zweier regionaler Beratungen sozialistischer Kräfte, die in den letzten zwei Wochen stattgefunden haben, sowie einen „Aufruf zu einem Wahlbündnis PDS/Linke Liste“, der am 28./29.7. auf einem ziemlich kurzfristig einberufenen „Arbeitstreffen Anschluß der DDR — Anschlußfragen der Linken“ in Köln vorgelegt worden ist.

Dieser Aufruf, der erstaunlicherweise keine Kritik am Expansionismus der BRD übt und so zentrale Aufgaben der sozialisti-

schen Linken wie den Antifaschismus nicht erwähnt, ist auf dem Arbeitstreffen auf Kritik gestoßen und nicht zur Abstimmung gestellt worden. Das von seinen Verfassern angestrebte Wahlbündnis wurde von den Vertretern der PDS — darunter der Parteivorsitzende Gysi und weitere Vertreter des PDS-Parteivorstandes — ausdrücklich unterstützt. Damit steht der Wunsch der PDS, solch ein Wahlbündnis zu bilden, offiziell fest.

Weniger klar ist noch, wie die Initiatoren des Kölner „Arbeitstreffens“ sich den weiteren Aufbau des angestrebten Wahlbündnisses denken. Vorerst besteht nur die schon vor dem Kölner Treffen gebildete „Vorbereitungsgruppe“ aus elf Personen. Am kom-

menden Wochenende will diese Vorbereitungsgruppe ihr weiteres Vorgehen klären und, wie sie erklärt hat, auch öffentlich darlegen, wie sie sich den „Aufbau der Linken Liste/PDS in den Orten und den Bundesländern“ vorstellt.

Ebenfalls am 4./5.8. tagt in Leverkusen das 2. bundesweite Treffen des „Roten Tisches“ (siehe Seite 1), an dem erneut Vertreter auch der DDR-Linken — u.a. PDS, KPD der DDR — teilnehmen wollen. Dort soll über die Treffen der letzten Wochen beraten werden, über die rechtlichen Bedingungen bei den Wahlen und über die Zusammenarbeit sozialistischer Kräfte aus der BRD und der DDR über den Wahltag hinaus. — (alk, jöd, rül)

Gegen den deutschen Triumphalismus Aufruf zu einem Wahlbündnis PDS/Linke Liste

Die deutsche Vereinigung rollt: Die Bundesrepublik verleibt sich die DDR ein. Nicht nur denjenigen, die unter der im Westen gefeierten Parole „Wir sind das Volk“ diese Entwicklung in Gang setzten, sondern der gesamten Bevölkerung bleibt nur die (zum Teil begeisterte) Statistenrolle in der Aufführung ihrer Annexion. Gegen den nationalen Tummel steht allerdings die Wirklichkeit des „neuen“ Deutschland: Die enormen Kosten des Anschlusses werden von den Lohn- und GehaltsempfängerInnen durch Einkommensbegrenzungen, Verdichtung/Verlängerung der Arbeitszeiten und durch erzwungene Mobilität aufzubringen sein, während den Unternehmen und Banken für 1991 weitere Steuereinkünfte in Aussicht gestellt sind. Millionenfache Erwerbslosigkeit in Ost wie West; weitere Absenkung sozialer und demokratischer Standards auf der einen und gigantische Konzentration der ökonomischen Macht auf der anderen Seite; reaktionäres Roll-back gegen Fraueninteressen und feministische Ideen; Nato-Mitgliedschaft, AusländerInnenfeindlichkeit und Berufsverbote: das ist das soziale und politische Profil der Adenauer-Ära, nur größer, stärker, mächtiger. Es verbindet sich mit einem auch von anderen Völkern mit Sorge wahrgenommenen Trend zum neuen nationalen Triumphalismus in der deutschen Politik.

Die Übernahme der kapitalistischen Marktwirtschaft in der DDR wird zweifelsohne Reichtum für neue (Ost) und alte (West) UnternehmerInnen bringen. Auch ein Teil der „einfachen Bevölkerung“ wird mit einem höheren Lebensstandard rechnen können. Aber die feierliche Beschwörung des Endes der Nachkriegsordnung kündigt auch an: Die Neu-Durchsetzung und Effektivierung von gesellschaftlichen und ökonomischen Strukturen, die jeden Tag massenhaft Opfer produzieren; nicht als einfache Begleiterscheinung, sondern als unabdingbare Voraussetzung. Von Verhältnissen, die Menschen zu Arbeit in schädlichen Produktionen zwingen, weil ansonsten das psychische und soziale Elend der Erwerbslosigkeit droht; von einer Ordnung, in der die systematische Vernutzung und Verseuchung der Natur genauso Erfolg verspricht wie die

Ausplünderung der „Dritten Welt“; von Strukturen, die Frauen in eine mehrfach aussaugende Arbeitsteilung pressen und Gewaltverhältnisse erneuern. Unabhängig vom (berechtigten) Scheitern des „Realen Sozialismus“ und entgegen dem Überlegenheitsgejohle der westlichen Welt halten wir daran fest: Jeder der oben genannten Gründe ist weiterhin gut genug, gegen unsere Gesellschaftsordnung zu opponieren.

Die politische Linke steht vor zwei Aufgaben. Zum einen werden wir konfrontiert sein mit einem Vernichtungsfeldzug gegen die sozialistische Idee in ihrer Gesamtheit. Dagegen werden alle zu kämpfen haben, die an den Zielen und Idealen einer demokratischen, herrschafts- und ausbeutungsfreien Gesellschaft festhalten wollen. Zum anderen handelt es sich schlicht darum, Widerstand zu entwickeln gegen das sich abzeichnende Großdeutschland. Darum, ein Gegengewicht zum Nationalismus zu bilden. Darum, den von dieser Entwicklung hauptsächlich Betroffenen, den Arbeitslosen, Frauen, AusländerInnen usw. Mut zu machen. Das ist nicht wenig. Aber an diesen Aufgaben erweist sich die Existenzberechtigung der Linken. Die OrganisatorInnen dieser Konferenz sind der Meinung, daß dafür ein Zusammenschluß von Teilen der Linken notwendig ist, der diese Opposition auch auf der Ebene eines gesamtdeutschen Parlaments vertreten kann.

Wir rufen deshalb zur Bildung eines (Wahl-)Bündnisses Linke Liste/PDS auf. Damit wollen wir die Kooperation einleiten zwischen der feministischen, ökosozialistischen, (links-)gewerkschaftlichen und basisdemokratischen Linken der (bisherigen) BRD und der PDS und anderen Linken aus der (bisherigen) DDR. Für den Fall von gesamtdeutschen Wahlen mit einheitlichem Wahlgebiet wollen wir als Linke Liste/PDS kandidieren.

Wir wissen um die Schwierigkeiten und Risiken eines solchen Projekts. Einer nach wie vor relativ starken, aber noch mitten in der (notigen) Bewältigung ihrer eigenen Geschichte steckenden PDS steht eine zahlenmäßig kleine West-Linke gegenüber, mit häufig völlig verschiedenen Ansätzen in den letzten 10-20 Jahren. Daraus erwachsen (zum

Teil erhebliche) Unterschiede der politischen Kultur und Differenzen in wichtigen politischen Fragen. Dies zu ändern wird nicht einfach sein. Das Getriebensein durch den Anschlußprozeß entzieht uns zudem die Möglichkeiten der ruhigen und kalkulierbaren Auseinandersetzung, die eigentlich für Entwicklungen solcher Tragweite nötig wären. Unter anderem deshalb haben wir uns gegen eine Parteigründung und für das Konzept eines Wahlbündnisses unabhängiger oder anderweitig organisierter Kräfte entschieden. Für das Gelingen eines solchen Weges, zumal wir mehr erreichen wollen als die bloße Addition unserer Positionen, kann es keinerlei Garantie geben. Er kann nur versucht werden.

Allerdings enthält er auch Chancen. Die Linke Liste/PDS kann innerhalb des oben gesteckten Rahmens offenbleiben in ihrer politischen Vielfalt, in ihren Organisationsformen, in ihrer Möglichkeit, verschiedenste linke Gruppen, Personen und Ansätze zur Zusammenarbeit zu führen und zugleich deren Eigenständigkeit und Individualität zu wahren. Das ist schon deshalb wichtig, weil es sich bei diesem Projekt nicht um die Vertretung der Linken handelt, sondern nur um einen personellen Ausschnitt. Die angestrebte Offenheit muß gerade auch den autonomen und feministischen Handlungs- und Denksätzen gegenüber wirken. Die Heterogenität der Beteiligten, die Vorläufigkeit jeder Politik angesichts der ständigen Umwälzungen, die Notwendigkeit, daß sich die PDS und andere Linke aus Ost und West noch verändern, aber auch das Wagnis, das wir mit unserem Schritt eingehen, werden uns deutlich von anderen Formationen unterscheiden.

Unser Vorschlag für die nächsten Schritte:

— Aufbau der Linken Liste/PDS in den Orten und den Bundesländern in den Formen, die für die Beteiligten sinnvoll sind. Es sollte möglich sein, daß unterschiedliche Positionen in einen Dialog und in Kooperation zueinander treten können.

— Diskussion an der Basis über mögliche KandidatInnen der Linken Liste/PDS.

Aufruf zur Bildung einer Landesliste des Wahlbündnisses Linke Liste/PDS in Baden-Württemberg

meinderatswahlen kandidiert hatten, waren anwesend: ALL Stuttgart, ALL Heilbronn, Linke Liste/Friedensliste Freiburg; die Weinheimer Linke Liste hat der Konferenz eine schriftliche Erklärung zukommen lassen, ebenso das Antifaschistische Netzwerk Nordbaden.

Die Anwesenden begrüßen das Zustandekommen eines Wahlbündnisses Linke Liste/PDS zu den gesamtdeutschen Wahlen und rufen dazu auf, in Baden-Württemberg eine Landesliste aufzustellen.

Aufgrund der vorliegenden Aufrufe des Kölner Treffens sowie der örtlichen und landesweiten Beratungen diskutierten die Anwesenden über Inhalte einer Wahlplattform und wollen diese in den weiteren bundesweiten Diskussionsprozeß einbringen.

Bereits am 19. Mai hatten wir uns darauf geeinigt:

„Angesichts des vom Kapital und seiner Bundesregierung betriebenen Einverleibungsprozesses der DDR unter kapitalistischen Vorzeichen halten wir das Eingreifen einer antikapitalistischen und demokratischen Alternative in die Bundestagswahlen für dringend notwen-

dig.“ Zunehmend wird deutlich, daß die Einverleibung der DDR den Kapitalismus weder friedfertiger noch ökologischer noch sozialer macht. Der neue Machtzuwachs des Großkapitals wird die sozialen Probleme sowohl auf dem Territorium des zukünftigen Großdeutschlands als auch im internationalen Maßstab verschärfen. Der neue Machtzuwachs des Imperialismus ist eine gefährliche Bedrohung der Unabhängigkeit und Selbständigkeit anderer Völker. Mit der Eroberung der DDR erweitert das deutsche Großkapital seine strategische Basis und seine Vorherrschaft in Europa.

Ausgehend von unseren bereits am 19. Mai beschlossenen Forderungen und weiterer Diskussion wurden als gemeinsame Forderungen formuliert:

Widerstand gegen ein Viertes Reich — gegen großdeutsche imperialistische Anschlußpolitik! Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze als Friedensgrenze! Weg mit dem Artikel 23 Grundgesetz — Streichung der Präambel des Grundgesetzes! Entmilitarisierung! Für Friedenspolitik und Völkerverständigung! Sicherung des in der DDR beste-

— Diskussionsveranstaltungen mit Linken aus Ost und West.

— Ein gesamtdeutscher Wahlkongreß in Berlin im September, auf dem eine gemeinsame Plattform vorgestellt wird.

Alle formalen Bedingungen für eine Kandidatur werden rasch und fristgerecht angegangen. Eine erste Anlaufstelle (Organisationsbüro) wird in den nächsten Wochen geschaffen. Bis dahin ist die Vorbereitungsgruppe (nur schriftlich) zu erreichen über:

Heinrich Eckhoff, c/o Hamburger Satz und Verlags-Kooperative, Schulterblatt 58, 2000 Hamburg 36

Beratung über sozialistisches Wahlbündnis in Niedersachsen

Am 23.7.90 trafen sich in Hannover Vertreter und Mitglieder verschiedener in Niedersachsen tätiger sozialistischer und antifaschistischer Organisationen (AG Metallindustrie Niedersachsen, Antifa-AK Lüneburg, Antifa-AK Soltau-Fallingb. Visselhövede, BWK, DKP, Gruppe Aspirin, Kommunistische Presse, VSP, VVN/BdA, Volksfront), verschiedene Einzelpersonen sowie Vertreter der PDS, Bezirk Magdeburg, und der Redaktion „Neues Deutschland“, um über ein gemeinsames Vorgehen zu den bevorstehenden gesamtdeutschen Wahlen zu beraten. Die nachfolgende Presseerklärung wurde von den Teilnehmern gebilligt.

Kandidatur zur gesamtdeutschen Wahl im Dezember

„Zu einem informellen Treffen zum obig genannten Thema hatten Peter Hinz, PDS-Bezirksvorstand Magdeburg, Gunnar Siebecke, DKP-Bezirksvorstand Nds. und Georg Cravillon, BWK-Landesvorstand Nds./HB zum 23. Juli nach Hannover eingeladen. Über 50 Menschen aus 15 Städten und Gemeinden Niedersachsens aus den verschiedensten linken, sozialistischen Organisationen, Initiativen und Parteien sowie VertreterInnen der PDS-Magdeburg nahmen teil.

Es war eine erste Diskussion über Inhalte, verschiedene Kandidaturmöglichkeiten und die Notwendigkeit politischer Zusammenarbeit über Wahlen hinaus. In der z.T. kontroversen inhaltlichen Diskussion wurden u.a. Positionen bezogen zu:

— Notwendiger Verknüpfung ökologischer mit sozialen Fragen,

— dem Fehlen demokratischer Rechte im „real existierenden Sozialismus“ und der Notwendigkeit der Verbindung von Sozialismus und Demokratie, wie Verwirklichung des Streikrechts, Versammlungsfreiheit, freie Presse, freie Wahlen und Organisationsfreiheit

— gegen die politische, ökonomische und militärische Ostexpansion des deutschen Kapitals,

— für die Verteidigung und Ausweitung sozialer und politischer Rechte der arbeitenden Bevölkerung in der DDR und der BRD,

— gegen den Anschluß der DDR nach Artikel 23 GG,

— für eine kritische Aufarbeitung der Geschichte von SED und kommunistischen/sozialistischen Organisationen in der BRD.

Die TeilnehmerInnen verständigten sich darauf, eine gemeinsame Kandidatur linker, sozialistischer Kräfte Niedersachsens zu den (gesamtdeutschen) Wahlen am 2. Dezember anzustreben.

Konkret verständigten sie sich auf die Bildung einer Koordinierungsgruppe (7 Menschen) mit folgenden Aufgaben:

— Erarbeitung eines Vorschlages für eine Wahlaussage,

— Klärung rechtlicher Bedingungen für eine Kandidatur eines linken Wahlbündnisses,

— Breitestmögliche Einladung zu einem nächsten Treffen am 25./26. August, zu dem der Entwurf des Wahlvorschlages verschickt werden soll.“

— Wir treten gegen die völkische Bestimmung des Staatsbürgerrechts ein!

— Gegen die herrschende Orientierung auf die Weltmarktkonkurrenz mit ihrem menschen- und naturausbeutenden Charakter: für Völkerverständigung und Internationalismus!

Gerade angesichts der Niederlage des sogenannten realen Sozialismus kann sich die Linke den Luxus einer Zersplitterung nicht leisten. Vieles muß neu durchdacht und erarbeitet werden. In den nächsten Monaten werden wir beweisen müssen, daß wir in der Lage sind, dies zu leisten, ohne uns aus dem politischen Leben zu verabschieden. Die Diskussion muß zeigen, ob wir uns zu einer neuen Form von gemeinsamem Handeln durchringen können. Eine Gemeinsamkeit, die Widersprüche produktiv macht, die es ernst damit meint, daß es zu allen Fragen mehr als eine Alternative gibt, und die auch auf der Linken Vielfalt als Methode von Erkenntnis und Handeln verankert.

Wir laden zur weiteren Beratung über Inhalte und Form des Wahlbündnisses ein am

Sonntag, 12. August 1990, 11 Uhr
Stuttgart, Waldheim Gaisburg,
Obere Neue Halde 1

(Von der Versammlung mit einer Enthaltung und der Gegenstimme des Vertreters der MLPD beschlossen.)

Am 28./29. Juli trafen sich in Köln Vertreterinnen und Vertreter linker Organisationen und Einzelpersonen aus der BRD und der DDR, um über ein gemeinsames Vorgehen zu den gesamtdeutschen Wahlen zu beraten. Als Ergebnis einigten sich die Anwesenden auf die Bildung einer Linken Liste/PDS.

Ebenfalls am 29. Juli trafen sich in Stuttgart mehr als 30 Leute aus kommunalen Wahlbündnissen, linken Organisationen sowie solche, die nicht in Parteien oder parteiähnlichen Gruppen organisiert sind, um ihre bereits Anfang des Jahres begonnene Diskussion über eine gemeinsame Kandidatur fortzusetzen. Vertreten waren die Orte: Freiburg, Heidelberg, Heilbronn, Karlsruhe, Mannheim, Mergentheim, Stuttgart, Tübingen und Ulm; die Vertreterinnen und Vertreter aus Konstanz, Weinheim und Wiesloch, die an früheren Treffen teilgenommen hatten, waren verhindert. Die organisierten Anwesenden kamen vor allem aus: Bund Westdeutscher Kommunisten (BWK), Deutsche Kommunistische Partei (DKP), Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands (MLPD), Vereinigte Sozialistische Partei (VSP), Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes/Bund der Antifaschisten (VVN/BdA), Volksfront gegen Reaktion, Faschismus und Krieg. Von den Wahlbündnissen die bereits zu Ge-

Internationale Umschau



Auf einer am 26.7. in Jakarta begonnenen Konferenz der ASEAN-Staaten mit den USA und Japan hat US-Außenminister Baker (Bild) eine Intervention der USA in Kampuchea angekündigt. Die USA würden bei der in wenigen Wochen beginnenden UN-Vollversammlung versuchen, der Vertretung des Demokratischen Kampuchea — der Widerstandskoalition unter Prinz Sihanouk, an der auch die Roten Khmer als stärkste Widerstandsgruppe beteiligt sind — ihren Sitz bei der UNO zu nehmen. Stattdessen solle ein nebulöser und noch gar nicht bestehender „Supreme National Council“ in der kampucheanischen Hauptstadt Pnom Penh installiert werden, der auch Kampuchea in der UNO vertreten. Damit wächst die Gefahr einer direkten imperialistischen Intervention in Kampuchea weiter. — (rül)

USA: Erfolgreicher Streik von Reinigungskräften

500 Reinigungs- und Instandhaltungskräfte von Bürogebäuden in Los Angeles setzten nach vier Wochen Streik die Anerkennung der Gewerkschaft SEIU und einen Tarifvertrag gegen die Dienstleistungsfirma International Service Systems durch. Die meist eingewanderten hispanischen Arbeitskräfte, die nur wenig über dem Mindestlohn verdienen, erkämpften eine Lohnerhöhung von 70 bis 90 Cents auf \$ 5.20. Ab 1.4.1991 muß das Unternehmen den Beschäftigten Krankenversicherung, Urlaub und Krankengeld zahlen. Am 15. Juni überfiel die städtische Polizei eine Demonstration der Streikenden und anderer Gewerkschaftsmitglieder, verletzte mehrere Dutzend und arrestierte 40. Die Gewerkschaft hat Klage gegen die Stadt erhoben. — (gba)

Ford Brasilien sperrt alle Arbeiter aus

Auf unbestimmte Zeit hat der Ford-Konzern am 27. Juli das Werk in Brasilien geschlossen und die Arbeiter ausgesperrt. Das kommt einer Entlassung der etwa 3000 Arbeiter gleich. Damit antwortete die Betriebsführung auf den dritten Streik in der Woche. Die Arbeiter hatten, nachdem sie in einem 47 Tage dauernden Streik Lohnerhöhungen um 60 % durchgesetzt hatten, den Streik wieder aufgenommen, weil die Geschäftsleitung Gewerkschaftsfunktionäre während des Streiks entlassen hatte und sich weigerte, die Entlassungen rückgängig zu machen. — (uld)

El Salvador: Vereinbarung zwischen FMLN und Regierung

Am 26. Juli haben die Delegationen der salvadorianischen Befreiungsbewegung FMLN und der Regierung im Beisein von UN-Vertretern eine Vereinbarung zur Garantie der Menschenrechte in El Salvador unterzeichnet. Die Vereinbarung kam zustande, nachdem die FMLN für den Fall ergebnisloser Verhandlungen eine neue militärische Offensive gegen die Regierung angekündigt hatte. Die Unterzeichner, d.h. faktisch vor allem die Regierung El Salvadors, erklärten sich darin bereit, durch „Sofortmaßnahmen“ alle Beeinträchtigungen der Menschenrechte wie Entführungen, Folter, „Verschwindenlassen“ und ähnliche Praktiken einzustellen, die Rechte der Gefangenen zu achten und die Vereinigungsfreiheit, insbesondere der Gewerkschaften, zu respektieren. Das richtet sich insbesondere gegen die „Todeschwadronen“ des Regimes. Zur Überwachung der Vereinbarung soll eine Mission der Vereinten Nationen in El Salvador tätig werden. Diese Mission soll aber erst nach Inkrafttreten eines Waffenstillstandes eingerichtet werden. Dieser Waffenstillstand wird für September angestrebt, die Regierung El Salvadors weigert sich aber bisher, über die von der FMLN als Vorbedingung geforderte Reform der Armee auch nur zu sprechen. Die nächsten Verhandlungen sollen vom 17. bis 22. August in Costa Rica stattfinden. — (rül)

Nikaragua: Farmarbeiter kämpfen um ihr Land

Seit drei Wochen streiken die Farmarbeiter des Staatsgutes in Zapotillo. Sie haben die Farm besetzt, um zu verhindern, daß der 1983 enteignete Besitzer die Farm wieder übernimmt. Die Baumwoll-Farm wird weitgehend von Arbeitern verwaltet und bewirtschaftet, die bereits unter dem früheren Besitzer dort arbeiteten. Vor den Wahlen hatte die Allianz, die die Sandinisten besiegte, versprochen, die Landreform und die Landenteignungen nicht rückgängig zu machen. Kurz nach dem Amtsantritt legte die Regierung Chamorro einen Gesetzesentwurf vor, nachdem sogar die Anhänger des von den Sandinisten gemeinsam mit den Christdemokraten bekämpften Somoza-Regimes ihr Land zurück erhalten sollten. Somoza wurde weitgehend einheitlich von den Großgrundbesitzern unterstützt. Nach dem großen Streik der Industrie- und Landarbeiter nahm die Regierung diesen Teil des Gesetzes zurück, Eigentümer, die jedoch nach dem ersten Teil der Bodenreform enteignet wurden, sollen ihr Land zurück erhalten. „Staatseigentum am Boden ist eine der wichtigsten Errungenschaften der Revolution. Wir werden niemals mit einer Rückgabe des Landes an die Großgrundbesitzer einverstanden sein.“ erklärte nach einem Bericht der britischen Zeitung Guardian der Vorsitzende der Landarbeitergewerkschaft in der Provinz Chinandega. Die früheren Besitzer kämen jetzt zurück aus den USA, wo sie in Wohlstand gelebt hätten, um wieder „von den Arbeitern zu profitieren.“ Die Landarbeiter sind nicht bewaffnet. Sie verfügen nur über ihre Werkzeuge. Die Provinzregierung hat bereits versucht, die Farm von Polizeitruppen stürmen zu lassen. Zwei Arbeiter wurden schwer verletzt. Die Landarbeiter fürchten, daß der frühere Besitzer jetzt mit Hilfe einer Privatarmee die Farm erobern will. — (uld)



Die südafrikanische Rassistenregierung hält trotz Aufhebung der Organisationsverbote an der Unterdrückung der fortschrittlichen Organisationen fest. Sie ließ Ende Juli über 50 Funktionäre des ANC und der Südafrikanischen Kommunistischen Partei verhaften unter dem Vorwand, dieser Flügel der Befreiungsorganisation habe einen bewaffneten Putsch gegen die Regierung geplant. Auch der Vorsitzende der Südafrikanischen Kommunistischen Partei, die sich am 29. Juli offiziell neu gründete, wurde zwei Tage inhaftiert. Unter den Verhafteten sind viele, die in den sechziger Jahren als bewaffnete Kämpfer verfolgt wurden und nun aus dem Exil zurückkehrten. Die De-Klerk-Regierung geht mit Zuckerbrot und Peitsche daran, den ANC zur Aufgabe des bewaffneten Kampfes zu zwingen. — (uld)

Angola: USA verstärken Unterstützung für die Unita

Am 25. Juli beschloß die US-Regierung, die politische und militärische Unterstützung der Unita in Angola fortzusetzen. Damit ist klar, daß der Bürgerkrieg in Angola weitergeführt wird und neue Intensität erreichen wird. Die Unita erhält für das kommende Jahr 15 Millionen Dollar von den USA. Damit sind wahrscheinlich alle Bemühungen der angolanischen MPLA-Regierung, doch noch eine friedliche Lösung des inneren Konflikts zu erreichen, gescheitert. Anfang Juni hatte die Regierung erstmals Gespräche mit offiziellen Vertretern der Unita geführt, die noch kein Ergebnis hatten. Die MPLA bereitet für ihren im Herbst stattfindenden dritten Parteikongreß Entschließungen vor, nach denen sie auch für die Zulassung anderer Parteien in Angola eintritt. Das würde der Unita ermöglichen, sich als politische Organisation zu formieren. Offensichtlich aber strebt die Unita mit Hilfe von imperialistischer Unterstützung danach, die angolanische Regierung militärisch zu besiegen. Mitte Juni erklärten Sprecher der Unita, daß die Organisation die bestehende Verfassung nicht mehr anerkenne, an deren Ausarbeitung sie kurz nach dem Abzug der portugiesischen Kolonialherren selbst beteiligt war. Sie verlangt einen sofortigen Waffenstillstand, bevor Verhandlungen aufgenommen werden könnten. Die Unita werde die Waffen erst niederlegen, wenn die Regierung zurückgetreten und auf diese Art den Weg für Wahlen nach dem Mehrparteiensystem freigebe. Die Unita hat nach dem Abzug der südafrikanischen Truppen aus Namibia ihren Schwerpunkt vom Süden des Landes in den Norden, an die Grenze zu Zaire verlegt. Die Unterstützung durch die USA besteht nicht nur aus der Finanzhilfe, sondern auch aus direkter Unterstützung durch US-Truppen in Zaire. Seit etwa einem halben Jahr intensiviert die Unita ihre reaktionären Sabotageakte und Terroranschläge in Angola und greift seit kurzem regelmäßig die Hauptstadt Luanda an. Sie hat inzwischen die Elektrizitätsleitungen von der Wasserkraftwerken im Süden zerstört, so daß die Stadt nur noch über zwei kleine Gaskraftwerke verfügt. Wasser, das gepumpt werden muß, und Strom müssen deshalb rationiert werden. Die landwirtschaftliche Produktion und die Lebensmittelversorgung sind gestört. — (uld)

Zimbabwe: Weitere Schritte der Landreform

Der Landwirtschaftsminister von Zimbabwe, Mangwende, hat vor dem Parlament am 25.7. weitere Schritte zur Landreform und zur Zurückdrängung des weißen Landbesitzes angekündigt. Die Regierung will mehr als 5 Millionen Hektar vornehmlich weißen Landes kaufen, um etwa 110000 schwarze Familien auf diesem Land anzusiedeln. Eine weitere Umverteilung des Ackerlandes von den weißen Großgrundbesitzern an Schwarze erfordere jedoch eine Verfassungsänderung, bei der Höchstgrenzen für Landbesitz vorgeschrieben würden und die die Regierung in die Lage versetze, die Preise für Ackerland festzulegen, erklärte Mangwende.

Quelle: Neue Zürcher Zeitung, 28.7.1990 — (rül)

Freisprüche im Bologna-Prozeß

Zehn Jahre nach faschistischem Attentat kein Täter verurteilt

Ein Bombenanschlag faschistischer Kräfte im Hauptbahnhof von Bologna hatte am 2. August 1980, zur Haupturlaubszeit, 85 Menschen getötet und 200 verletzt. 1988 waren in dieser Sache vier Angeklagte wegen Beteiligung an dem Verbrechen zu Haftstrafen verurteilt worden. Zwei Geheimdienstoffiziere und der Anführer der Geheimloge „Propaganda 2“, Gelli, waren für Versuche, die Ermittlungen in eine falsche Richtung zu lenken, verurteilt worden, eine Reihe von Angeklagten auch wegen Bildung einer bewaffneten Bande. Am 18.7.1990 hat nun das Berufungsgericht in Bologna die vier wegen Beteiligung Verurteilten freigesprochen. Weitere Verurteilungen wurden entweder aufgehoben (Gelli) oder im Strafmaß verringert. Eine Verurteilung wegen Bildung einer bewaffneten Bande blieb nur in wenigen Fällen bestehen, wo Angeklagte die Beteiligung an Attentaten selber stolz gestanden hatten. Damit ist auch zehn Jahre nach dem Attentat keiner der Täter verurteilt, wie in etlichen anderen Fällen faschistischer Attentate seit 1969. Der Abgeordnete des faschistischen MSI, Berselli, hat nun triumphierend verlangt, die Gedenktafel am Bahnhof von Bologna zu entfernen, auf der das Massaker als faschistische Tat bezeichnet wird.

Der faschistische „schwarze“ Terror gegen die Studentenbewegung und ge-

gen die Arbeiterbewegung sollte und soll die Linke einschüchtern und politische Erschütterungen auslösen, die den Faschisten mit der Forderung nach dem „starken Staat“ Anhang zuführen. Immer wieder hat der MSI faschistische Attentate zum Anlaß genommen, die Christdemokraten zu einer „Alternative der Rechten“ aufzufordern.

Aus Protest gegen das Urteil legten die Beschäftigten in den Betrieben Bolognas am 20.7. um 10.25 Uhr, der Uhrzeit des Anschlags, für eine Minute die Arbeit nieder. Am 2. August soll die alljährliche Veranstaltung anläßlich des Attentats eine Großkundgebung werden. Die Forderungen sind vor allem Aufklärung des Verbrechens und dazu Offenlegung der Archive des Geheimdienstes.

Eigenartigerweise spielt die Forderung nach Einschränkung des Handlungsspielraums faschistischer Kräfte, nach Verbot faschistischer Propaganda und Organisation keine spürbare Rolle. Nach wie vor werden hier weder die italienische Verfassung noch ein Gesetz von 1951 angewandt, die faschistische Betätigung sowie alle Nachfolgeorganisationen der faschistischen Partei verbieten. Das verschafft den Faschisten legalen Anstrich, Handlungsspielraum und Hilfestellung bis in hohe staatliche Stellen — selbst für Bombenattentate. — (rok)

Kanada verweigert Gespräche

Mohawk kämpfen weiter gegen Golfplatz bei Montréal

Seit dem 11. Juli hält die bewaffnete Auseinandersetzung um den Golfplatz von Oka nahe Montréal in Québec, Kanada, an. Seit dem ersten Schußwaffengebrauch beim Vorrücken der Polizei gegen die Straßenblockade, bei dem ein Polizist umkam, hat die Polizei sich zurückgezogen, sperrt aber den Durchgang. Sie hat Nahrungsmitteltransporte aufgehalten, um die Mohawk durch Aushungern zum Aufgeben zu zwingen.

Der Minister für Indianerangelegenheiten, John Tschach, hat den Abzug der Polizei angekündigt unter der Bedingung, daß die Mohawk die Waffen niederlegen. Eine gemischte Kommission soll die Entflechtung beaufsichtigen. Die Mohawk beharren jedoch auf gleichberechtigten Verhandlungen über ihre Forderungen. Stattdessen bemüht sich die kanadische Bundesregierung darum, das strittige Waldgebiet, auf dem die Gemeinde Oka den Golfplatz errichten will, aufzukaufen und an die Mohawks abzutreten. Damit hätten die Mohawk in der Sache zwar Erfolg, aber ihre Rechtsposition, daß es sich seit Jahrhunderten um ihr Land handelt, würde geschwächt. Parallel denunzieren Regierungsmitglieder die Gesellschaft

der Mohawk-Krieger, die die Blockade errichtet hat, als „kriminelle Vereinigung“, die mit einer „Mischung aus Geld, Waffen und Ideologie“ operiere.

Für Sonntag, den 29. Juli, war ein Solidaritätsmarsch geplant, zu dem mehr als 10000 Ureinwohner und Unterstützer erwartet wurden. Zahlreiche Solidaritätsaktionen finden statt. Ein empfindlicher Nerv, an dem bereits einige Aktionen angesetzt haben, sind zehn für den kanadischen Verkehr zentrale Brücken, die über Reservatsland führen.

Die Mohawk und die anderen Ersten Nationen sind keineswegs isoliert — auch viele eingewanderte Kanadier sehen die Rechtlosigkeit der Ersten Nationen als Skandal an. Die Forderung nach Verhandlungen wird breit unterstützt, weniger jedoch die weitergehende Forderung nach Selbstbestimmung. Dies ist aber der Kern der Forderungen der Ersten Nationen und der Hintergrund für die Eskalation: Sie wollen und müssen verhindern, daß sich britisches und französisches Kanada auf Kosten der Ersten Nationen in dem anhaltenden Verfassungskonflikt einigen.

Quellen: Radio Canada International bis 30.7., The Independent, 27.7.90 — (mif)

Massaker an Assyren

Türkische Regierung will PKK verantwortlich machen

Am 15. und am 21. Juli protestierten in verschiedenen Städten der BRD türkische Assyren gegen Massaker an ihren Angehörigen in der Türkei. Die Demonstranten erhoben schwere Vorwürfe gegen die Arbeiterpartei Kurdistans (PKK) als mögliche Verantwortliche. Das Internationale Flüchtlingsbüro Paderborn kommt zu dem Schluß, daß der türkische Staat verantwortlich sei. Wir dokumentieren aus dem Bericht. — (uld)

„In den vergangenen sechs Monaten sind in verschiedenen Dörfern in der Süd-, Ost-Türkei assyrische Menschen brutal ermordet worden. Ganze Familien wurden mißhandelt, ausgeraubt, umgebracht. Einzelne Personen, die den Angriffen entgehen konnten, fürchten um ihr Leben. Beispielhaft dafür schildern wir den Überfall auf Familie Bulut: Am 1.5.90 zwischen 22 und 22.30 Uhr drangen mehrere Personen in Enhil-Yemisli in das Haus der assyrischen Familie Bulut ein. Einer der Täter schoß mit einer Schnellfeuerwaffe auf die anwesenden Bewohner und Bewohnerinnen und traf Gevrye Bulut tödlich. Die Ehefrau und die Kinder wurden ebenfalls zum Teil schwer verletzt. Sie kamen in das Krankenhaus von Diyarbakir. Am 3.5. verstarb dort der Sohn Sami Bulut an den Folgen der Schüsse in

den Unterleib. Es gibt klare Indizien dafür, daß die Verantwortung für die Verbrechen bei der türkischen Regierung liegt. Auf einer Videoaufnahme von der Beerdigung wird eine der tödlichen Patronen gezeigt, die, wie Untersuchungen gezeigt haben, türkisches Staatseigentum sind ...

Eine Sonderstellung der Repression erfährt Kurdistan. Das Verhältnis zwischen Türkei und Kurdistan hat kolonialen Charakter. Das Land ist voller Bodenschätze, die gnadenlos von der Türkei bzw. der BRD ausgeplündert werden. Daraus folgt Hunger und Elend in den kurdischen Dörfern. Dagegen formiert sich schon seit geraumer Zeit der kurdische Widerstand ...

Das türkische Regime hat verschiedenste Mittel eingesetzt, aber bis heute ist es nicht gelungen, den kurdischen Widerstand zu zerschlagen. In diese Zeit fallen auch die Morde an der assyrischen Bevölkerung. Die Regierung hatte nichts Eiligeres zu tun, als die Schuld für diese Massaker der PKK zuzuschreiben. Damit sind die Morde ein Teil der Aufstandsbekämpfung, denn die unterdrückte assyrische Minderheit soll gegen die Kurden und Kurdinnen aufgehetzt werden.“

Quelle: Kurdistan-Rundbrief vom 19.7.1990

Gift aus Deutschland in den Pazifik

US-Chemie-Munition aus Clausen in der Pfalz zur Vernichtung auf das Johnston-Atoll

Auf einem winzigen Pazifik-Atoll, wo das ganze Jahr sanfter Passatwind weht und seltene Schildkröten und Vögel brüten ... so beginnt ein Artikel über Chemiewaffen in der neuseeländischen Zeitung Auckland Star. Die Rede ist vom Johnston-Atoll, dem Bestimmungsort der amerikanischen Chemiewaffen, die aus der Bundesrepublik in diesem Sommer abgezogen werden sollen. In unseren Zeitungen steht über das Atoll, falls es überhaupt erwähnt wird, höchstens der Zusatz: „100 km südwestlich von Hawaii“. Ganz anders sieht es im Pazifik aus. Das „Marshall Islands Journal“, die Zeitung, die von den Opfern der amerikanischen Atomtests gelesen wird, schreibt: „Die Marshall-Inseln liegen 1300 Meilen in Windrichtung von den Johnston-Inseln entfernt“, und es zählt gleich die Krankheitssymptome auf, die das Nervengas hervorrufen kann.

Drei Länder, drei Perspektiven. Noch einmal anders sieht es bei uns in der Bundesrepublik aus. Alleiniges Thema der Berichterstattung sind die möglichen Gefahren eines Abtransportes dieses hochgiftigen Materials aus dem amerikanischen Depot in Clausen noch in diesem Jahr. Übereiltes und nicht den amerikanischen Sicherheitsbestimmungen entsprechendes Vorgehen wird kritisiert. Es geht um Streckenführung, Umladen, Dichte und Haltbarkeit der Container, Katastrophenschutz — bis zum Nordseehafen Nordenham. Der Pazifik, der Zielort der giftigen Fracht, interessiert nicht.

Die Betroffenen aus dem Pazifik weisen schon seit 1983 auf die Gefahren hin, die bei einer Verbrennung von Giftgasen drohen. Den Protesten aus Hawaii haben sich die Regierungen mehrerer Inselstaaten angeschlossen, und im März dieses Jahres hat auch der Pazifische Kirchenrat (dem 26 Kirchen und Kirchenräte angehören, darunter auch die katholische Kirche) gegen die Chemiewaffenverbrennung auf Johnston protestiert und an die Verantwortung für Gottes Schöpfung appelliert.

Niemand kann bis heute sagen, ob die Befürchtungen berechtigt sind, denn die Pilotanlage zur Verbrennung der Waffen, die schon im letzten Sommer in die heiße Testphase eintreten sollte, ist bis heute noch nicht richtig angelaufen.

Greenpeace hat immer wieder auf die Gefährlichkeit des ganzen Unternehmens hingewiesen. Sabin Hawkins, Leiterin der Pazifik-Kampagne, sagte bei einem Hearing von Greenpeace am 25. Mai in Pirmasens: „Die US-Armee experimentiert im Pazifik mit einer äußerst gefährlichen Verbrennungstechnik, die

schwerwiegende Folgen für die Umwelt haben kann. Und sie benutzt die deutsche Bevölkerung als Versuchskaninchen.“

Greenpeace deckt schwerwiegende Mängel auf an den gesetzlich vorgeschriebenen Studien für Umweltverträglichkeit. Dabei legt die Umweltorganisation den Schwerpunkt auf den Nachweis, daß selbst bei extrem hohen Temperaturen gefährliche Dioxine und Furane entstehen, und sieht dies als einen entscheidenden Grund an, die Technologie abzulehnen. Dagegen halten offizielle Studien eine Emission von giftigen Substanzen bis zu einer Obergrenze für „akzeptabel“.

Die Schwermetalle und organischen Verbindungen, die über die Luft ins Meer gelangen, verteilen sich nicht, wie offiziell angenommen, im Wasser und sinken bis zu 5 Meter Tiefe, sondern sie schwimmen auf der Oberfläche in der biologisch hochaktiven Schicht der dortigen Mikrolebewesen. In Untersuchungen wird eine Anreicherung der organischen Chlorverbindungen und Schwermetalle in der Nahrungskette, ausgehend von den Mikroorganismen bis hin zu den Fischen und Meeressäugern, nachgewiesen.

Es fehlt ebenfalls eine Gesundheits- und Sicherheitsverträglichkeitsprüfung und -planung für die Hunderte von Arbeitern auf dem Atoll. Bei einem Störfall, so ist zu befürchten, könnte das Personal schon tot sein, bevor der Monitor eine Störung überhaupt anzeigt. Für viele denkbare Situationen ist der Katastro-

phenschutz unzureichend. Selbst bei normalem Betrieb der Verbrennungsanlage ist das Personal geringen Mengen von Dioxin und Plutonium ausgesetzt, da die Insel bereits heute verseucht ist (siehe Kasten). Beim Transport vom Hafen zur Verbrennungsanlage müssen die Lastwagen das mit Plutonium verseuchte Gebiet durchqueren und wirbeln dabei radioaktive Partikel immer wieder auf. Durch jede zusätzliche Aktivität auf Johnston verstärkt sich demnach die Strahlenbelastung für die Arbeiter. Belastet werden natürlich auch Vögel und Meerestiere auf der Insel, die 1926 zum nationalen Vogelschutzgebiet erklärt wurde. Drei der größten Seevogelarten brüten schon heute nicht mehr auf dem Atoll.

Das Risiko des Transports der US-Chemie-Waffen von Clausen nach dem Johnston-Atoll ist schwer abzuschätzen. In einer amerikanischen Armee-Studie wird, falls es zu einem Verkehrsunfall beim Abtransport käme, im schlimmsten Fall mit 5000 bis 10000 Toten gerechnet. Der Transport solcher Waffen ist auf dem amerikanischen Festland verboten. Die dort gelagerten Chemiewaffen müssen am Lagerort neutralisiert werden. Aber auch nach der Verbrennung gibt es ein weiteres Transportrisiko, nämlich dann, wenn die hochgiftige Schlacke und Asche in die USA zurückgebracht werden muß. Da noch nicht geklärt ist, wo und wie sie endgültig gelagert werden soll, befürchtet Greenpeace, daß sie schließlich doch im Meer versenkt werden wird.

Über die Gründe für den übereilten Abtransport und die risikoreiche Verbrennung der Chemiewaffen gibt es allerhand Vermutungen. Das auf dieses Jahr vorgezogene Räumen des rheinland-pfälzischen Depots mag auf Drängen von Kohl mit Blick auf die Bundestagswahl geschehen sein. Anders wäre nicht zu verstehen, warum die Schiffe mit der heiklen Fracht ausgerechnet zu Beginn der Hurrikansaison im Herbst den Atlantik überqueren müssen.

Warum hat man sich für die Verbrennungstechnologie entschieden? Ausschlaggebend waren wahrscheinlich die Kosten, die Schnelligkeit der Vernichtung und der relativ geringe Restmüll. Bis 1984 wurde im kleineren Umfang ein chemisches Neutralisierungsverfahren zur Vernichtung von defekten Chemiewaffen mit Erfolg praktiziert. Dies berechtigte auf dem oben erwähnten Hearing ein ABC-Waffenspezialist der US-Armee.

Die Verbrennungsanlage auf dem Johnston-Atoll ließe sich bei geringfügigen Veränderungen auch für andere

Kleine Geschichte des Johnston-Atolls

Frühe Geschichte:

Ursprung:

Das flache Atoll mit der Johnston Insel und drei kleinen Koralleninseln. Umfang 36 km, ist unbewohnt, hat weder Erde noch Trinkwasser und weist Vorkommen von Guano (Dünger; d. Red.) auf.

1807 Captain Johnston sieht und kartographiert das Atoll.

1868 Männer der Pacific Guano Comp. aus S. Francisco hissen die amerikanische Flagge und erheben Anspruch auf das Atoll. Drei Monate später: Männer vom Schoner Kalama ersetzen die US-Flagge durch die hawaiianische und nennen die Hauptinsel Kalama.

ab 1869 Obwohl die Gebietsansprüche ungeklärt sind, wird der Guano von Amerikanern und der Besatzung der Kalama in wenigen Jahren abgetragen.

1889 Hawaii wird von den Amerikanern annektiert. Die Territorialregierung von Hawaii übt faktisch die Hoheitsrechte über das Johnston-Atoll aus. Versuche, das Atoll wirtschaftlich zu nutzen, bleiben erfolglos.

1926 Das Atoll wird zum Schutz vor japanischen Federsammlern „Reservation for the Protection of Native Birds“.

Militärsgeschichte

1934 Präsident Roosevelt unterstellt das Gebiet der Navy, ein Militärhafen und weitere Anlagen werden gebaut.

1941 Japanische Kriegsschiffe bombardieren Johnston viermal.

1941 Das Johnston-Atoll entwickelt sich zu einer Kommunikationszentrale für

- 1946 Luftwaffe und U-Boote während der Seeschlachten im Pazifik. Der Flughafen ist der am meisten angelegene Transportflughafen im Pazifik.

1951 Das Johnston-Atoll hat große Bedeutung während des Koreakonfliktes.

- 1952 Der Flughafen wird vergrößert, die Lagune deshalb teilweise zugeschüttet.

1958 Eine Serie von Atombombenversuchen, die Operation Hardtack, wird vom Johnston-Atoll aus gestartet und in der Atmosphäre gezündet.

1962 Bei einer weiteren Serie von Atombombenversuchen werden durch drei fehlgeschlagene Starts Teile des Atolls mit Plutonium verseucht.

etwa 1970 Das Johnston-Atoll ist während des Vietnamkrieges eine wichtige Luftverbindung.

1971 US-Chemiewaffen werden aus Okinawa abgezogen und auf das Johnston-Atoll gebracht.

1972 26000 Fässer mit Dioxin aus dem Vietnamkrieg werden auf dem Atoll gelagert. Infolge falscher Lagerung wird der Boden an einigen Stellen mit Dioxin verseucht.

1973 Die zivile Luftfahrt bekommt die Erlaubnis, auf dem Johnston-Atoll zum Auftanken zu landen. Den Passagieren ist das Aussteigen verboten.

1977 Das Dioxin wird auf dem Meer in Windrichtung zum Johnston-Atoll verbrannt.

1980 Auf dem Raketenstartplatz wird hohe Radioaktivität festgestellt.

1982 Die radiologische Untersuchung des Wassers und der Sedimente der Lagune offenbart recht hohe Konzentration von Plutonium.

um 1980 Ca. 100 km südlich vom Johnston-Atoll werden kobaltreiche Mangankrusten auf einem Meeresgebirge entdeckt.

1987 Die Verbrennungsanlage für Giftgas JACADS (Johnston Atoll Chemical Agent Disposal System) wird errichtet. Zeitweilig leben rund 1000 Personen, doppelt soviel, wie gewöhnlich, auf der Insel.

Bis heute dient ein großer Teil der Insel als Lagerstätte für 68410 M-66 Raketen mit dem Nervengas GB und 13899 M-66 Raketen mit dem Nervengas VX und eine unbekannte Menge Senfgas. (Quelle: „Pazifik aktuell“ Nr. 6/90)



Protestpostkarte aus Mikronesien: „Wenn es sicher ist, laßt es in Tokio fallen, testet es in Paris, bewahrt es in Washington auf — aber haltet den Pazifik atomfrei.“

Landwirtschaft in der SVR Albanien

Schritte, die zu schnelle und starke Zentralisierung zu überwinden

Die Bestrebungen der Imperialisten, auch Albanien ihrem Einfluß zu unterwerfen, sind deutlich. Die Partei der Arbeit Albaniens beharrt zu Recht darauf, daß noch nie auswärtige

Mächte die Probleme des Landes haben lösen können. Wir dokumentieren Auszüge aus einem Artikel der Zeitschrift „Roter Morgen“ über die Landwirtschaft. — (uld)

Die Partei hat die Überspitzungen in der Kollektivierung des Privatviehs korrigiert und im September 1985 die Kleinherden von der Ebene der Genossenschaft auf die der Brigaden dezentralisiert. Das war ein Schritt zurück, aber immer noch eine höhere Stufe der Vergesellschaftung als in den siebziger Jahren. Die Vergesellschaftung der Kleinherden zeigt, daß die PAA den Marxismus-Leninismus auf die besonderen Verhältnisse in Albanien anwendet.

Die Sowjetunion zur Zeit Lenins und Stalins kannte keine Vergesellschaftung der Kleinherden bei den Brigaden. Offensichtlich ist aber auch der marxistisch-leninistische Charakter dieser Maßnahmen, denn sie sind langfristige Schritte zu einer höheren Vergesellschaftung der landwirtschaftlichen Produktion. Ebenso neu und bis dahin ungewöhnlich war, daß die Produktion der Kleinherden nicht der zentralen Planung durch das Landwirtschaftsministerium unterliegt. Die Brigade erstellt den Plan dafür selbst, der dann vom Volksrat der Dörfer gebilligt und kontrolliert wird. Durch diese Dezentralisierung sollte die Initiative der Brigaden gefördert werden. Sie selbst sollen die besten Wege finden, um sich mit Fleisch, Milch, Butter, Käse usw. selbst zu versorgen.

Die Zahl der Milchkühe der Kleinher-

den der Brigaden verdreifachte sich von Mitte 1986 bis Mitte 1988 und beträgt heute 1/3 des gesamten Bestandes an Milchkühen. Die Produktionskosten sind niedriger, da die Ausgaben für Stallungen, Futtermittel und Transport geringer sind als bei den zentralisierten Herden der Genossenschaften. Die PAA drängt darauf, daß die Genossenschaften den Kleinherden der Brigaden mehr Hektar Weideland überlassen. Bis jetzt haben sie nur 1/7 des Weidelandes.

Die Vergesellschaftung bei den Brigaden korrigierte auch Mängel der Überzentralisierung der Herden. Die Versorgung mit Futtermitteln ist einfacher, ebenso die tierärztliche Betreuung. Da die Zahl der in der Viehzucht tätigen Arbeitskräfte durch Überzentralisierung zu stark beschränkt wurde, ergaben sich auch von daher Mängel in der Versorgung des Viehs.

Die Brigaden erhielten zuerst die Möglichkeit, Überschüsse ihrer Produktion an die Genossenschaft zu verkaufen. Mit den Reformen vom Februar 1989 werden dafür Preise bis maximal zu den Ankaufpreisen des Staates für dieselben Produkte möglich. Die Preise werden in diesem Rahmen nach den konkreten Bedingungen von den Genossenschaften selbst festgelegt, nicht mehr vom Staat. Die Brigaden erhalten auf-

grund der Beschlüsse des 7. Plenums ferner Ergänzungslöhne bei Übererfüllung der Planaufgaben bis zu 20 %.

Auch bei den Eigenhöfen der Genossenschaftsbauern, die von 1000-1500 qm in den 70er Jahren auf 200 qm Anfang 1980 reduziert worden waren, gibt es Veränderungen. Seit 1985 wurden sie bei den Brigaden in Parzellen von 1000-2000 qm zusammengefaßt, auf denen Gemüse, Kartoffeln usw. zur Selbstversorgung angebaut wurden. Andererseits wurde die Fläche der privaten Nebengewirtschaften wieder ausgedehnt.

Schon seit Anfang 1989 können die Genossenschaftsbauern die Produkte ihrer Nebengewirtschaften zu freien Preisen auf dem Markt verkaufen. Das hat inzwischen zu einer spürbaren Verbesserung des Angebots geführt. Allerdings wird die „freie Preisbildung“ dadurch begrenzt, daß der Staat und die Genossenschaften die Hauptmasse der landwirtschaftlichen Produkte in einem staatlich festgelegten Rahmen verkaufen. Dieser bestimmt letztlich auch das Niveau der „freien“ Preise der Privatverkäufe. Es ist klar, daß die Wiederzulassung eines Marktes für die Nebengewirtschaften auch dem Schwarzmarkt vorbeugt, der immer dann entsteht, wenn es Mangelsituationen gibt.

Für das amerikanische Festland scheint sie noch nicht genug erprobt zu sein. Rund um die dortigen Waffendepots regt sich Widerstand gegen die erwartete neue Umweltbelastung. Auf diesem Hintergrund entsteht der Verdacht, den Greenpeace USA so formuliert: „Die Armee ... benutzt die deutsche Bevölkerung als Versuchskaninchen. Die Militärs hoffen, das Umherkutschieren chemischer Waffenvorräte als künftige Rechtfertigung auch in den USA verwenden zu können.“ ...

(aus: Pazifik aktuell Nr. 6/90) — (hel)

Um die Produktion von Fleisch weiter zu steigern, beschloß das 10. Plenum des ZK der PAA, daß die Genossenschaften selbst beurteilen und entscheiden sollen, ob das Halten einer Privatkuh oder privaten Kleinviehs effektiver ist als Kleinherden bei den Brigaden. Ab 1986 können auch die Genossenschaften Überschussprodukte wieder auf dem Genossenschaftlermarkt verkaufen. Seit 1987 auch nicht mehr zu Fixpreisen, sondern zu Preisen innerhalb einer staatlich festgelegten Schwankungsbreite, um einen besseren Ausgleich zwischen Angebot und Nachfrage herbeizuführen. So können auch leicht verderbliche Produkte zu niedrigeren Preisen noch verkauft werden. Der Genossenschaftlermarkt verbessert ebenfalls die Versorgung der Bevölkerung, ist ein Anreiz zur Planüberfüllung und erhöht das Einkommen der Genossenschaftsbauern.

Die Ankaufpreise des Staates sind in einigen Fällen erhöht worden, damit einmal auch die Genossenschaften mit den Böden niedriger Fruchtbarkeit rentabel arbeiten können und damit die Genossenschaften höheren Typs einen stärkeren Anreiz zur Ausdehnung der Produktion bekommen. Die Verkaufspreise der Nahrungsmittel bleiben aber gleich ...

Inzwischen beschränken sich auch die Produktionsverpflichtungen der landwirtschaftlichen Betriebe an den Staat nur auf Abgabeverpflichtungen für den Export bzw. für die Versorgung über die Kreise hinaus. Die Versorgung der Bezirke selbst liegt in der Hand der staatlichen Organe und Betriebe auf Bezirksebene ... Ab 1990 gilt dieses Verfahren, das gute Ergebnisse hatte, für die gesamte Landwirtschaft.

Aus: Roter Morgen (Stuttgart), Nr. 7/90.

Hauptproblem bei der Befriedigung der Bedürfnisse des albanischen Volkes ist die Versorgung mit Lebensmitteln, erklärte Ramiz Alia auf dem 10. Plenum des ZK Anfang April 1990. Deswegen waren die ersten Schritte zu einer Reform des Wirtschaftsmechanismus in Albanien der Landwirtschaft gewidmet.

Vor allem die Fleischversorgung ist unzureichend. In diesem Jahrzehnt stagnierte die Produktion der Viehwirtschaft pro Kopf der Bevölkerung. (Ramiz Alia auf dem 7. Plenum des ZK der PAA am 1./2.2.1989, in „Albanien heute“ 1/1989) Seit 2 bis 3 Jahren ist der Fleischverbrauch in den Städten rationiert.

Die Mängel der Fleischversorgung sind vor allem eine Folge der fehlerhaften, überhasteten Durchführung eines Beschlusses der Partei über die Vergesellschaftung des privaten Kleinviehs und der privaten Kühe der Genossenschaftsbauern im Jahre 1981. Das Ziel dieser Maßnahme war, die Fleischproduktion zu steigern, indem das private Vieh in größeren Einheiten zusammengefaßt wurde. Zweifelloso ist eine solche Art der Viehhaltung rationeller und erfordert weniger Arbeitszeit. Sie entsprach dem allgemeinen Ziel des Marxismus-Leninismus, eine immer höhere Stufe der Vergesellschaftung der landwirtschaftlichen Produktion zu erreichen, um die Produktivkräfte zu entwickeln. Offensichtlich aber wurde in vielen Fällen überhastet, ohne notwendige Überzeugungsarbeit und mit bürokratischen Mitteln das Vieh eingesammelt. Dadurch kam es zu zahlreichen Schlachtungen, so daß der Viehbestand erheblich abnahm und die Pläne nicht erfüllt werden konnten ...



Auf große Unterstützung trifft die Arbeit der Staudinger Schule: Demonstration der Schüler gegen Lehrer-erlaß und Schulleiter am 12.6. Das Oberschulamt äußerte Verwunderung darüber, daß die angemeldete Demonstration von der Stadt genehmigt worden sei, „obwohl sie in die Unterrichtszeit fiel“.



Elternbeirat und SIV hatten am 18.6. zu einem Sit-in aufgerufen, um die Lehrer bei ihrem „Gespräch“ mit dem Vertreter des Ministeriums zu unterstützen. Dr. Pauly versäumte nicht, die Lehrer mehrfach auf ihre Beamtenpflicht hinzuweisen, besonders auf die Wahrung von Konferenzgeheimnissen.

Freiburg. Genau zwei Jahre ist es her, seit das Kultusministerium versucht, die letzte integrierte und differenzierte Gesamtschule in Baden-Württemberg — nach einer feierlich abgegebenen und im Schulgesetz verankerten formalen Bestandsgarantie als Schule besonderer Art — zurückzuführen auf einen dreigliedrigen Schulverbund. Lehrer, Eltern und Schüler wehren sich kräftig, sie haben breite Unterstützung in der Stadt und im Gemeinderat. Der erstmals auf Lebenszeit eingesetzte Schulleiter (bis 1988 wurden Schulleiter auf sechs Jahre gewählt ohne Möglichkeit der Wiederwahl) kann zwar auf reichhaltige Erfahrung in der Niederrichtung nicht ministerialkonformer Bildungsansätze zurückblicken, sah sich jedoch schließlich in diesem Sommer in der Situation, seine Versetzung beantragen zu müssen. Mayer-Vorfelder schlug es ihm ab: Recht und Ordnung müßten an dieser kleinen Schule im Südwesten wieder einkehren, ab jetzt werde er persönlich die Sache in die Hand nehmen. Was regt den Minister so auf?

Die heutigen Ziele der Schule

Als mit Beginn des Jahres 1988 klar wurde, daß nach 18-jähriger „Versuchsphase“ das gegen den damaligen Kultusminister Hahn erkämpfte Experiment einer fortschrittlichen Schule mit gewählter kollegialer Leitung beendet werden würde, entschlossen sich Schüler, Lehrer und Eltern, den bis dahin erhaltenen Bestand zu formulieren und in einer „Schulordnung“ — verabschiedet von der Schulkonferenz — festzuschreiben. So konnte es gelingen, kommende lebenslanglich eingesetzte Schulleiter und Funktionsträger mit folgenden Zielen dieser Gesamtschule zu konfrontieren:

- Möglichst späte Entscheidung über den Schulabschluß durch eine offene, begabungs- und entwicklungsgemäße Schullaufbahn;
- Förderung gemeinsamer Erfahrungen beim Lernen und bei sozialen Prozessen durch Integration von Schülern unterschiedlicher Voraussetzungen;
- Betreuung, Förderung und soziale Integration der Schüler durch den außerunterrichtlichen Bereich der Ganztagschule;
- Förderung individueller Fähigkeiten

Ende der Gesamtschule per Ministererlaß?

Lehrer, Schüler und Eltern der Staudinger Schule fordern Ablösung des Schulleiters

und Neigungen durch Leistungs- und Neigungsdifferenzierung;
— Entwicklung einer effektiven und transparenten Entscheidungs- und Verwaltungsstruktur und eines durch Kooperation, Kollegialität und Mitbestimmung gekennzeichneten demokratischen Schullebens.“

Empfang des neuen Schulleiters

Schon vor der Befragung durch die Gremien der Schule hatten eine Reihe von Lehrern den damaligen Leiter der Gesamtschule Konstanz, B. Unmüßig, dringend aufgefordert, seine Bewerbung zurückzuziehen. Die Schule selber schlug nach gewohnter Manier einen Lehrerkollegen aus ihrer Mitte als kommenden Schulleiter vor, und der hatte sich — neben anderen Lehrern mit Gesamtschülerfahrung — auch beworben. Das Ministerium entscheidet sich für Unmüßig. Elternbeirat, Gesamtlehrerkonferenz, Schülerinteressenvertretung, der Schulausschuß der Gemeinde, die Mehrzahl der Gemeinderäte lehnen den Schulleiter öffentlich ab, kräftig unterstützt von der örtlichen Presse. Alle wissen, daß nach Beseitigung der kollegialen Schulleitung (an der Eltern und Schüler stimmberechtigt beteiligt waren) eine offene Diskussion um den Fortgang der Schule nur mit einem Schulleiter möglich sein wird, der die Ideen einer integrierten Gesamtschule auch vertritt.

Fünf Monate nach Dienstantritt sieht sich der Elternbeirat gezwungen, auf einer von 1000 Schülern, Eltern und Lehrern besuchten öffentlichen Schulvollversammlung im Januar 1989 die Kritik an dem neuen Schulleiter zu formulieren, der verlangt hatte:
— die Schule brauche mehr Schüler mit besseren Grundschulempfehlungen;
— die Abschlussergebnisse müßten näherungsweise den Notendurchschnitt der Regelschulen erreichen;
— das Konzept der Ganztagschule müsse nach Leistungsgesichtspunkten neu durchdacht und der Betrieb umorganisiert werden;

— der Einsatz von Lehrern unabhängig von ihrer Schulartausbildung müsse in Frage gestellt werden;
— die Schulleitungskonferenz könne allenfalls unverbindliches Beratungsgremium sein, solange er dies für sinnvoll halte. Die Teilnahme von Eltern sei für ihn keine Frage der Qualität, sondern lediglich der Quantität.“

Die Schulvollversammlung hält in einer Resolution demgegenüber ausdrücklich fest an den genannten Zielen der Schule, weist darauf hin, daß die selben Diskussionspunkte am Anfang der Auflösungsprozesse der anderen baden-württembergischen Gesamtschulen standen und warnt: „Würden die Absichtserklärungen in die Tat umgesetzt, würde dies die Errichtung eines dreigliedrigen Schulverbundes bedeuten.“

Den Hauptschlag führt das Ministerium gegen die Lehrer

Nach Demontage eines in 18 Jahren bewährten demokratischen Schulleitungssystems greift das Ministerium nun zum wohl wirksamsten Mittel der Vernichtung integrativer Strukturen an der Schule: Per Ministererlaß wird der seit Gründung der Schule zu einem großen Teil nicht ausbildungsbezogene Lehrereinsatz beseitigt. Begründung durch Schulleiter und Stellvertreter auf einer Gesamtlehrerkonferenz am 26.3.1990: „Je höher die Ausbildung (des Lehrers) desto besser die Abschlüsse (der Schüler)“. Die Konferenz stuft die Regelung, daß „in den Klassen 9 und 10 in der Regel nur Lehrer unterrichten, die die Lehrbefähigung der jeweils entsprechenden Schulart haben“, „als schädlich und katastrophal in vielfacher Richtung“ ein. „Nach dem Verlust des Einheitsdeputats beschneidet der Erlaß in einem nicht mehr erträglichen Maß die Integration des Kollegiums.“ Mit 104:2:2 Stimmen wird der Schulleiter beauftragt, die Rücknahme des Erlasses nachdrücklich zu fordern. Der Schulleiter weigert sich. Am 4. April fordert die Personalversammlung in geheimer Abstimmung mit sechs Gegenstimmen und

sechs Enthaltungen die Ablösung des Schulleiters. Einen Tag später verlangt der Elternbeirat bei sechs Gegenstimmen ebenfalls die Rücknahme des Erlasses und die Ablösung des Schulleiters. Mayer-Vorfelder sieht sich gezwungen, in die Auseinandersetzung persönlich einzugreifen.

Der Lehrereinsatz seit Gründung der Gesamtschule

Ausführlich hat sich die Schulvollversammlung am 28. Juni mit dem Lehrereinsatz befaßt:

„Die Staudinger Gesamtschule hatte von Anfang an die Absicht, als weiterführendes Schulangebot ab Klasse 5 die dreigliedrige Regelschule (Haupt-, Real-, Gymnasialschule) zu ersetzen, u.a. mit dem Ziel, auf anderen Wegen mehr Schüler trotz anders lautender Grundschulempfehlung zu höheren Abschlüssen zu führen, ohne die Schüler von einander zu trennen. Die Lehrer-generierung der ersten Stunde war aber nach staatlicher Ausbildung als Grund- und Haupt-, als Real- oder als Gymnasiallehrer ausgebildet. Sollte trotzdem das Ziel der Integration der drei Schularten erreicht werden, mußten auch Lehrarbeit und Lehrereinsatz ausbildungsübergreifend, nicht getrennt erfolgen.“

Entsprechend organisierte sich in der Praxis das System ausbildungsübergreifender Fachkommissionen: alle Lehrer mit Englisch oder Mathematik z.B. gehören zur Fachkommission. Die Tätigkeit dieser Fachkommissionen umfaßt(e) z.B. die Erstellung einzelner Unterrichtseinheiten, der Stoffverteilung des Halbjahres, von Tests und Vergleichstests, die Einführung neuer Bücher, auch die Erstellung von Normen für die Zuweisung der Schüler von Klasse sechs nach sieben und von acht nach neun. Eines ihrer Merkmale ist/war das gleichberechtigte Nebeneinander der drei Lehrergruppen ... Nur so war möglich, daß die Lehrer die Entscheidung über die jeweilige individuelle Schülerlaufbahn und den entsprechen-

den höchsten Schulabschluß qualifiziert fällen und die Schüler dorthin fördern konnten ... Die Fachkommissionenarbeit war das interne Fortbildungssystem, das die Lehrer für ihre Unterrichtsarbeit brauchten, in die Fachkommissionen brachten sie ihre praktischen Erfahrungen ein und konnten diese überprüfen ...

Von 1970 an hatten alle Lehrer unabhängig von ihrer Ausbildung die gleiche Arbeitszeit von 25 Stunden. Ein massiver Eingriff der Kultusbürokratie war die Streichung dieses Einheitsdeputats. Seit 1982 müssen trotz gleicher Arbeit die Lehrer eine unterschiedliche Arbeitszeit zwischen 23 und 29 Wochenstunden leisten. Als Antwort schufen die Lehrer damals das interne System der Solidaritätsstunden, indem die Gymnasiallehrer die stärker belasteten GHS-, Realschul- und Fachlehrer ausgleichsmäßig ein Stück weit unterstützten, aber auch, um den integralen Lehrereinsatz und die gemeinsame Fachkommissionsarbeit zu erhalten. Das gelang auch weitgehend.“

Wie soll die Auseinandersetzung weitergehen?

Am 4. April hatte die Personalversammlung das Oberschulamt und das Ministerium um ein Gespräch gebeten, „in dem wir die Konflikte aus unserer Sicht darstellen und unsere Forderungen erläutern können.“ Am 18.6. kam vom Ministerium Dr. Pauly in die Gesamtlehrerkonferenz. Den Anliegen der Schule wurde eine klare Absage erteilt: „Es gibt für uns keinen Begründungszwang für diesen Erlaß ... Hier werden sämtliche Spielregeln des Schulgesetzes nicht eingehalten ... Wer sich an dieser Schule nicht wohlfühlt, kann einen Versetzungsantrag stellen.“ Die Sache ist also festgefahren. Es drohen Kurzschlußreaktionen und administrative Maßnahmen.

Die Stadt Freiburg steht dem Vorschlag der Eltern und Lehrer zur Verschärfung der Diskussion eine Kommission aus Vertretern der Schule, des Schulträgers und des Oberschulamtes zu bilden, in der über wichtige Belange der Schule frühzeitig beraten wird, aufgeschlossen gegenüber OB Böhme: „Ich unterstütze diesen Vorschlag.“ — (rbl)

Die Staudinger Gesamtschule wurde zum 1.8.1988 als „Schule besonderer Art“ gesetzlich geregelt. Damit war, bei allen schmerzlichen Veränderungen, die Bedingung für eine produktive und lebendige pädagogische Arbeit in dem gesetzten Rahmen gegeben — wie sich alle Gruppen der Schule nach der langen Auseinandersetzung um die Regelung erhofft hatten.

Voraussetzung für die gewünschte pädagogische Arbeit war,
— daß die Ziele der Schule und der durch die Verordnung des Kultusministeriums gesetzte Rahmen nicht mehr in Frage gestellt werden und Kultusministerium und Oberschulamt die fürsorgliche Förderung der Schule übernehmen,
— daß die Gruppen der Schule weiterhin aktiv die Verantwortung für die Schule tragen,
— daß die Schulleitung und der neue Schulleiter die Ziele, den Rahmen und die Tradition der Schule anerkennen und produktiv weitergestalten.

Durch die Amtsführung des vom Kultusministerium am 20.10.1988 eingesetzten Schulleiters Bernhard Unmüßig konnte die Arbeit nicht in Angriff genommen werden. Vielmehr versuchte der Schulleiter, eine andere Schule gegen den erklär-

Resolution der Schulvollversammlung am 28. Juni

ten Willen der eindeutigen Mehrheiten an der Staudinger Gesamtschule durchzusetzen. Dies führte zu heftigen Auseinandersetzungen und zum Zerbrechen des Schulfriedens, als das Kultusministerium mit Mitwirkung des Schulleiters in einem Erlaß vom 16.2.1990 festlegte, daß Lehrer in den Klassen 9 und 10, entgegen der bisherigen Praxis, nur noch entsprechend ihrer Ausbildung eingesetzt werden sollen. Dadurch würde Beratung, Zuweisung und Unterricht durch die Lehrer weniger qualifiziert, Schüler früher und stärker nach Abschlüssen sortiert, die erwünschte soziale Integration unterbunden, die bisherige Arbeit der Lehrer disqualifiziert und die Aufteilung des Lehrerkollegiums in einzelne Gruppen bewirkt.

Hierauf reagierte die Personalversammlung und der Elternbeirat mit der Forderung, den Erlaß zurückzunehmen und den Schulleiter abzulösen. Die Schüler haben ihrem Interesse am Erhalt der Schule und insbesondere an der bewährten Praxis des Lehrereinsatzes durch einen Streik Ausdruck verliehen. Auf einer Demonstration stellten sie dies in

den überregionalen Rahmen baden-württembergischer Bildungspolitik.

In der Schule ist mittlerweile ein Klima des Mißtrauens entstanden. Außerunterrichtliche Initiativen wie Projektwoche werden aus Protest und Resignation nicht mehr durchgeführt. Die Schule wird zunehmend desorganisiert, bei Prüfungen ist der reibungslose Ablauf nicht mehr garantiert.

Die Vollversammlung fordert:

1. Der Landtag von Baden-Württemberg möge sicherstellen, daß der gesetzliche Auftrag „Schule besonderer Art“ durch die Exekutive verwirklicht wird. Er möge darauf hinwirken, daß der Erlaß zum Lehrereinsatz zurückgenommen wird und darüber wachen, daß die Rahmenbedingungen der Schule nicht verändert werden.

2. Das Kultusministerium und das Oberschulamt werden aufgefordert, die gewachsenen pädagogischen Strukturen zu erhalten und zu fördern, den Erlaß zurückzunehmen und für eine der Schule

le angemessene Schulleitung zu sorgen und die ausgesprochene Abordnung eines Lehrers zurückzunehmen.

3. Wir bitten die Stadt Freiburg, in Wahrnehmung der übernommenen Fürsorge für die Schule, Gespräche mit dem Kultusministerium und Oberschulamt zu führen.

4. Der Schulleiter wird aufgefordert, die Diffamierung von Schülern, Lehrern und Eltern zu beenden, Ziele, Rahmen und Tradition der Schule anzuerkennen, Versuche des Abbaus der Schule zu unterlassen und die Schule fürsorglich zu leiten.

5. Der Elternbeirat wird aufgefordert, die weitere Entwicklung sorgfältig zu beobachten und die Öffentlichkeit zu unterrichten und gegebenenfalls tätig zu werden.

6. Kultusministerium, Oberschulamt, Schulamt und die Stadt Freiburg werden aufgefordert, zusammen mit der Staudinger Gesamtschule einen „gemeinsamen Ausschuß“ einzurichten, um eine vorausschauende Planung zur Einhaltung der Ziele, zur Ausgestaltung des Rahmens und zur Weiterentwicklung der Traditionen der Staudinger Gesamtschule einzurichten.

Revisionsprozeß

Ein Richter bewies seine totale Befangenheit

Nach der Sommerpause wird vor dem OLG Düsseldorf der Revisionsprozeß gegen die Angeklagten Bärbel Perau, Norbert Hofmann und Thomas Thöne stattfinden. Der Termin steht noch nicht fest. Ende 1988 wegen Sprengstoffanschlags verurteilt, findet um 19 Uhr eine Veranstaltung im Audi-Max der Universität statt, an der u. a. W. Schwab, Verteidiger von B. Perau, teilnimmt. Im folgenden Auszüge aus der Presseerklärung der Prozeßgruppe. — (syb)

Die Verhaftung

Im Sommer 1986 fanden in Duisburg wegen eines Brandsanschlags auf ein RAF-Büro Durchsuchungen in sieben Wohnungen und dem Infoladen Zündstoff statt. Dabei wurde auch angeblich die Fotokopie eines Bekenner-schreibens zu einem Anschlag auf eine BGS-Kaserne beschlagnahmt. Dieses fotokopierte Bekenner-schreiben diente als Grundlage, um Bärbel und Norbert zu verhaften.

Allen dreien wurde nun die Bildung einer terroristischen Vereinigung (§ 129a) und die Ausführung eines Sprengstoffanschlags (§ 311) auf eine BGS-Kaserne in Swisttal-Heimerzheim am 11. 8. 86 bei Bonn vorgeworfen. Bei der Durchsuchung des Dachbodens in dem Haus, wo Thomas wohnte, wurden Gummihandschuhe gefunden mit Spuren von Chlorat. Im Urteil heißt es dazu: „Der Angeklagte Thöne beteiligte sich arbeitsteilig an der Tatvorbereitung dadurch, daß er das zur Explosion gebrachte Gemisch aus Natrium-Chlorat und Zucker in den Sprengkörpern herstellte.“

Was hier als Annahme für die Beteiligung für den Sprengstoffanschlag dargestellt wird, beweist, daß die Richter Thomas Thöne von vorneherein für einen Terroristen halten. Denn in jeder Chemieprüfung würden sie mit ihrer Annahme herausfinden, Natrium-Chlorat ließe sich mit Wasser so abwaschen, daß nur Chlorat überbleibt und kein Natrium.

Von dieser Qualität sind auch die anderen Beweise gegen die drei. Sieben Monate später wird in dem Zusammenhang mit dem Verfahren Thomas R. verhaftet. Er soll mit weiteren „Unbekannten“ die terroristische Vereinigung weitergeführt haben.

Urteil und Revisionsprozeß

Am 20. 1. 89 wurden Norbert zu zehn Jahren, Bärbel und Thomas zu neun und Thomas R. zu vier Jahren Knast verurteilt. Thomas R. ist als einziger nach dem alten § 129a verurteilt worden. Mittlerweile ist Thomas R. Ende 1989 entlassen worden.

In der Urteilsbegründung offenbarte

sich ein weiteres Mal ihr Haß und ihre Wut darüber, daß sich die Gefangenen nicht von ihren politischen Vorstellungen distanzieren. Aus der Urteilsbegründung: „Die intellektuell untermittelten Statements der Angeklagten und ihre bis zum Erbrechen wiederholten Schlagworte hatten gezeigt, daß ihnen der Blick auf die Wirklichkeit durch eine Bretterwand verstellt sei... uneinsichtig, verblendet, unnachgiebig. Der propagierte Flächenbrand kann von der Exekutive allemal noch mit der Fliegenpatsche ausgeschlagen werden.“

Ein Richter, der sich so über Angeklagte äußert, beweist seine totale Befangenheit.

Der Wille von OLG und BAW zu einem hohen Urteil zu kommen, ging so weit, ihre Erklärungen während des Prozesses als Beweis für andauernde Mitgliedschaft in der RAF selbst im Knast zu werten. Damit versuchten sie nicht nur jegliche politische Verteidigung zu kriminalisieren, sondern sie konnten sie so auch nach dem deutlich verschärften neuen § 129a verurteilen, der erst während der Haft der Angeklagten in Kraft getreten war.

Der BGH hat in der Revision „die RAF-Mitgliedschaft“ sowie den Anschlag auf die Kaserne in Swisttal-Heimerzheim als Mittäter abgesegnet. Das pauschale Kriminalisieren der Prozeßklärungen war der einzige Punkt, der dem BGH in dieser Form zu weit ging. Er verwies diesen Punkt an das OLG zurück mit der Aufforderung, entweder zu beweisen, daß es sich hier nicht um Prozeßklärungen gehandelt hat, sondern Aufrufe der RAF oder aber die Sache fallen zu lassen. An dem Strafmaß wird diese Revisionsverhandlung aber kaum etwas ändern. Hier geht es im wesentlichen um ein Detail, das den schönen rechtsstaatlichen Schein doch zu sehr stört.

Wiederaufnahme der Verfahren

Das OLG hat seine Urteile gesprochen, ohne einen tatsächlichen Nachweis für seine Anklagevorwürfe zu erbringen. Auch die Revisionsentscheidung des BGH stellt dies nicht in Frage.

Aufgrund von Einschüchternungen, Fehlern und politischen Widersprüchen haben wir es damals nicht geschafft, eine größere Öffentlichkeit und damit mehr Druck herzustellen, um den Prozeß zum Kippen zu bringen.

Wir wollen jetzt unter besseren öffentlichen Bedingungen versuchen, den Angriff des Staatsschutzes zu Fall zu bringen und unsere Lebens- und Diskussionszusammenhänge zu verteidigen gegen ihre Kriminalisierung. Wir stellen jetzt die Forderung nach Wiederaufnahme des Verfahrens auf, als konkreten Schritt, uns gegen den Angriff des Staates zu wehren zu setzen.

Kundgebung gegen Haftbedingungen

Stuttgart. Ca. 100 Menschen beteiligten sich am 13. 7. an der Kundgebung vor dem Justizministerium, die dort jeden zweiten Freitag abgehalten wird. Diesmal hatten die Initiativen im Gesundheitswesen Frankfurt und Westberlin sowie die AG Weiße Fabrik in der ÖTV am Bürgerhospital Stuttgart aufgerufen, unterstützt wurde die Aktion von den Angehörigen der politischen Gefangenen. In einem Flugblatt heißt es: „Seit 20 Jahren erleiden politische Gefangene schwerste Gesundheitsschäden. Viele unter den 60000 Gefangenen in der BRD sind krank aufgrund der ‚ganz normalen‘ Haftbedingungen... Freie ÄrztlInnenwahl für alle Gefangenen! Freilassung aller haftunfähigen Gefangenen!“ Die spanische Regierung wurde aufgefordert, ihre harte Haltung gegenüber den Forderungen der politischen Gefangenen aufzugeben. — (evo)

Schlesienmuseum wird nicht in Hildesheim stationiert

Hildesheim. Helga Schuchardt, Ministerin für Wissenschaft und Kunst in Niedersachsen, erklärte, daß nach „informellen Gesprächen“ im Kabinett „Einigkeit“ darüber bestehe, den (noch nicht begonnenen) Bau des Museums zu stoppen. Sie grenzte sich dabei aber nicht direkt von den Zielsetzungen des seit langem von der Reaktion betriebenen Projekts ab, sondern erläuterte, daß Wissenschaftlichkeit nicht gewährleistet sei. Die Entscheidung (Kabinettsbeschluss steht noch aus) gegen ein Landesmuseum Schlesien sei „keine Entscheidung gegen deutsche Geschichte“. „Die Lehrstühle für ostdeutsche Geschichte sollten gefördert werden“, es solle eventuell noch „der eine oder andere“ hinzukommen, so das Wissenschaftsministerium. — Auch mit solchen reaktionistischen Lehrstühlen soll der Widerstand gegen die kolonialistische BRD-Ostpolitik geschwächt werden. (Quelle: HiAZ, 27. 7. 90) — (rab)

Stadtrat fordert Gesetz für Ausländer-Kommunalwahlrecht

Essen. Der Essener Stadtrat hat sich in seiner Sitzung am 6. 6. mit den Stimmen von SPD und GAL/Die Grünen erneut für die Einführung des kommunalen Ausländerwahlrechtes ausgesprochen. Er fordert die SPD-Landesregierung NRW auf, eine entsprechende Gesetzesinitiative zu ergreifen. Weiter solle die Landesregierung „die veränderten Mehrheitsverhältnisse im Bundesrat“ nutzen und „sich umgehend für eine Novellierung des Ausländergesetzes“ einsetzen. Der Rat unterstützt einige wichtige Forderungen der Ausländerbeiräte NRW, wie z. B. doppelte Staatsbürgerschaft, gesichertes Aufenthaltsrecht, politische Gleichstellung von Ausländern und Deutschen. — (syb)

FAP mit Axt, Polizei mit Tränengas gegen Antifaschisten

Göttingen. Für den 14. 7. hatte die FAP einen Landesparteitag im südniedersächsischen Raum angekündigt. Das Antifa-Plenum im Göttinger JuZI wollte mit einer mobilen Demonstration darauf reagieren. Bei der Suche nach dem Tagungsort wurden vier Frauen unter den Augen der gut postierten Polizei in Mackenrode von zwei FAPlern brutal überfallen, indem sie mit Leuchtmunition beschossen und eine Frau mit einem gezielten Schlag mit einer Axt am Kopf getroffen wurde. Der Täter wurde wegen versuchten Totschlags festgenommen, einen Tag später aber gegen Kaution schon wieder freigelassen. Verschiedene Gruppen beschlossen daraufhin eine Demonstration in Mackenrode am selben Tag, ca. 200 demonstrierten durch den Ort, hielten Ansprachen und verteilten Flugblätter. Vor dem Haus des FAP-Treffens versperrte Polizei den Weg und schoß ohne Anlaß und Vorwarnung CS-Gas-Granaten vor und in die Demonstration. Die Polizei mußte öffentlich eingestehen, daß ihre Behauptung, es wären Steine geflogen, schlicht erlogen war. Die „Göttinger Bürgerinnen und Bürger gegen Rechtsextremismus und Gewalt“ stellen ein „fest geprägtes Feindbild auf Seiten der Polizei gegenüber Mitgliedern autonomer und anderer antifaschistischer Gruppen“ fest. Fünf Strafanzeigen wegen Körperverletzung im Amt wurden gegen die Polizei gestellt. Innenminister Glogowski verbot mit einem „vorläufigen Erlass“ den Einsatz von Gasgranaten oder -patronen gegen Menschenansammlungen, es sei denn, anders sei ein Schußwaffengebrauch nicht zu verhindern. Außerdem darf Gas nicht mehr mit Wasserwerfern versprüht werden. — (kek)

Republikaner von CDU und FWG in Ausländerausschuß gewählt

Ulm. Zum ersten Mal sind im Gemeinderat Stimmen für einen Republikaner-Stadtrat abgegeben worden. Der Ausländerausschuß mußte neu besetzt werden. Da sich für CDU, FDP/Bunte und Republikaner gleiche Höchstzahlen beim zehnten Sitz ergaben und die CDU dann verzichtete, fiel durch Los der Fraktionsverbund FDP/Bunte der Sitz zu. Die Republikaner erhoben Einspruch, weil sie auf einen Sitz „in einem so wichtigen Ausschuß“ nicht verzichten wollten. In geheimer Wahl erhielt der Rep-Stadtrat 23 Stimmen (von CDU und FWG), die FDP-Stadträtin unterlag mit elf Stimmen. Nach Protesten reichte die FDP die Klage ein. Es könne nicht schaden, wenn der Bürger über die Arbeit im Ausländerausschuß erfahre, was die Republikaner denken. — (elr)

Widerstand gegen Abschiebung von Kurden und einem Hindu

Nürnberg. Der Nürnberger OB wurde am 18. 7. von der „rot-grünen“ Stadtratsmehrheit gebeten, „im Rahmen seines Ermessensspielraumes“ die Ausweisung von Kurden in die Türkei zu verhindern. Vor dem Rathaus demonstrierte die Initiative Freie Flüchtlingsstadt Nürnberg. Die grüne Ratsfraktion hatte den Antrag (ohne „Ermessensspielraum“) gestellt. Sie fordert die Beachtung einer Entscheidung des europäischen Gerichtshofes. Ein entsprechender Antrag betraf den Flüchtling S. aus Bangladesh. Seine Abschiebung ist rechtskräftig, der Petitionsausschuß des Landtags und das Landtagsplenum hat sie bestätigt. Gegen S. wurde Haftbefehl erlassen. Eine Nürnberger Kirche unterstützt S. mit „Kirchenasyl“. — (mak)



Köln. Zum Antikriegstag wird in Köln eine Demonstration und Kundgebung vorbereitet. Acht Organisationen beteiligten sich jetzt an der Herausgabe einer gemeinsamen Zeitung. Der Überfall auf Polen am 1. 9. 1939 und die Polenpolitik heute, steht im Mittelpunkt vieler Artikel. Die Stadt Köln zahlt alle zwei Jahre der Landsmannschaft Westpreußen 4500 DM. — (jöd)

Sinti fordern Rücktritt eines CDU-Ratsherrn

Stadtratsmitglied betreibt rassistische Hetze gegen Sinti- und Roma-Familien

Hannover. CDU-Ratsherr Rotermund, seines Zeichens Vorsitzender des städtischen Jugendwohlfahrtsausschusses, forderte Ende Juni in einem offenen Brief die „lieben Mitbürgerinnen und Mitbürger“ des Stadtteils Döhren auf,

mit ihm eine Bürgerinitiative besonderer Art zu gründen. Das Ziel ist die Vertreibung der Sinti- und Roma-Familien vom Döhrener Schützenplatz, den sie seit Jahren über die Sommermonate von der Stadt zugewiesen bekommen.

Eine „mit Toilettenpapier und Kothaufen übersäte“ Umgebung des Schützenplatzes sieht dieser braune Saubermann sowie „ständig hinter Bäumen urinierende Sinti- und Roma-Frauen und -Männer“. „Persönlich belästigt“ werde man durch „bettelnde oder pöbelnde Mitglieder der Nobelkarossenbesitzer“. Die meisten Sinti und Roma seien „offensichtlich durch ihr Verhalten nicht bereit, immer wieder in der Bevölkerung entstehende Ärgernisse abzubauen bzw. zu beseitigen“, schreibt Rotermund und ruft zur Bürgerwehr. Bereits im Juli 1989 machte er von sich Reden, als er die Änderung der Belegungsmodalitäten öffentlicher Flächen für Sinti und Roma forderte. In einem Gespräch, zu dem die Sinti und Roma damals einluden, reduzierten sich die sog. Anwohnerbeschwerden dann auf eine Handvoll Leute und konnten nicht aufrechterhalten werden. Unterstützt wird Rotermund diesmal von einer Stadteilzeitung, die seinen Brief abdruckte und in einem Kommentar der Stadtverwaltung beiseitelegte, sie würde gegenüber den Sinti und Roma beide Augen zudrücken.

Die Grün-Alternative Bürgerliste (GABL) schreibt zu diesem Vorgang in einem offenen Brief: „... Sie beteiligen sich damit nicht nur an der Diskriminierung von Menschen, deren Geschichte eine Geschichte der Verfolgung und Vernichtung ist und die niemals eine gerechte Entschädigung für erlittenes Unrecht erhielten, sondern Sie betätigen sich sogar als Sprachrohr für Leute mit Aversionen und Vorurteilen gegenüber dieser Minderheit...“ Zu Recht wird der Rücktritt Rotermunds gefordert.

Der niedersächsische Verband deutscher Sinti möchte, daß der Rücktritt Rotermunds Gegenstand der nächsten Ratssitzung wird. Die Presseerklärung des Verbandes wurde in keiner örtlichen Tageszeitung erwähnt. Ihr Wortlaut:

„Mit großer Bestürzung und Empörung haben wir der lokalen Presse entnommen, daß Herr Lutz Rotermund, Ratsherr und Ausschußvorsitzender des Jugendwohlfahrtsausschusses der Stadt Hannover, (CDU), die Gründung einer Bürgerinitiative ‚Keine Sinti und Roma auf dem Döhrener Schützenplatz‘ betreibt. Das von Rotermund veröffentlichte Pamphlet ist derartig propagandistisch und hetzerisch abgefaßt, daß wir uns, insbesondere aber die älteren Mitglieder unseres Verbandes, an die schlimmsten Zeiten der jüngeren deutschen Geschichte erinnern fühlen. Die Geschichte unserer Minderheit ist eine Geschichte der Verfolgung und Vertreibung. Es ist uns daher nicht neu, wenn einige Personen aus der Mehrheitsgesellschaft immer wieder uns diskriminieren und Aversionen gegen uns schüren. Es ist für uns aber unerträglich und nicht mehr hinnehmbar, wenn ein führendes Mitglied einer lokalen christlichen Partei, Vorsitzender eines wichtigen politischen Gremiums des Stadtrats, zum Sprachrohr der wenigen Leute mit Aversionen gegen unsere Minderheit sich aufschwingt. Wir möchten positiv die Reaktionen einiger Anwohner am Döhrener Schützenplatz hervorheben, die uns gegenüber sich von der Hetze des Herrn Rotermund und somit von ihrem Ratsherrn distanzieren haben. Dies bestärkt uns in der Auffassung, den Rücktritt des Herrn Rotermund zu fordern, wie es die GABL schon getan hat.“

Quelle: Niedersächsischer Verband deutscher Sinti e.V. — (rec)

Auflösungsgesetz unterzeichnet

Akademie-Beschäftigte wollen in den öffentlichen Dienst

Westberlin. Seit dem 29. 7. 90 ist das Gesetz zur Auflösung der Akademie der Wissenschaften (AdW) in Kraft. Nach insgesamt 16 Monaten scheint auf der parlamentarischen Ebene vorläufig ein Schlußpunkt gesetzt zu sein. Zuletzt gipfelte die Auseinandersetzung zwischen der Senatskoalition einerseits und der CDU/REP-Opposition andererseits in einem Mißtrauensantrag gegen den Regierenden Bürgermeister.

Vergeblich hatte der Vorsitzende des Abgeordnetenhauses, Wohlrabe (CDU), versucht, durch Ansetzung einer dritten Lesung und Anfertigung eines vierten Gutachtens die endgültige Verabschiedung zu verhindern. Danach weigerte er sich mehrere Wochen, das Gesetz zu unterschreiben, wodurch es nicht veröffentlicht und damit in Kraft treten konnte.

Inwiefern es tatsächlich zu der nun beschlossenen Auflösung der AdW (zum 31. 12. 90) kommen wird, ist fraglich. Die Leitung der AdW hatte schon früher angekündigt und jetzt erneut bekräftigt, alles in ihrer Macht stehend zu tun, um die Auflösung zu verhindern. Die Aussichten hierfür sind jetzt wesentlich besser als noch vor einem Jahr. Zuerst kann die Leitung vor dem Verwaltungsgericht Klage erheben und aufschiebende Wirkung erlangen. Ein solches Verfahren bis in die letzte Instanz kann Jahre dauern.

Zum zweiten wird es ab Dezember auch in (West-)Berlin möglich sein, das Bundesverfassungsgericht anzurufen. Insofern hat die Verzögerungstaktik von seiten der CDU, aber auch der SPD, schon Nutzen gehabt.

Wissenschaftssenatorin Riedmüller, anfangs bestrebt, Kompromißlösungen zu finden, hat sich jetzt für die Auflösung stark gemacht. Ihre Begründung allerdings ist fragwürdig: Künftig werde es nur noch Platz für eine Akademie der Wissenschaften geben, und dies könne keine der beiden bisherigen Akademien sein. Deswegen müsse jetzt durch die Auflösung der Westberliner AdW der Weg freigemacht werden. Sie droht also der Ostberliner Akademie das gleiche Schicksal an. Dort wären Tausende Beschäftigte (hier „nur“ ca. 150) betroffen.

Die hier Beschäftigten bei der AdW haben jedenfalls „die Schnauze voll“. Nach monatelangem Tauziehen wollen sie nicht auf die Urteile der Gerichte warten, egal ob sie für oder gegen die Auflösung entscheiden. Sie wollen die im Auflösungsgesetz gegebene Zusage der Übernahme in den öffentlichen Dienst in Anspruch nehmen. Das hat eine schriftliche Umfrage ergeben. Zur Unterstützung dieses Vorhabens wollen sie einen Ausschuß unter Beteiligung der Gewerkschaften gründen. — (har)

Wohnungsnot schamlos genutzt

Krupp Wohnungsbau verschärft ihre Vergaberichtlinien

Essen. Nach der städtischen Allbau ist Krupp Wohnungsbau in Essen die zweitgrößte Wohnungsgesellschaft. 14 000 Wohnungen, rund 4,5 % des gesamten Essener Bestandes, sind in ihrem Besitz. Während Krupp früher ausschließlich an Werksangehörige vermietete, haben Beschäftigte von Krupp heute nur noch Vorrang, bewerben kann sich jeder. Allerdings: Die Vergaberichtlinien wurden von der Geschäftsführung vor kurzem drastisch verschärft.

In Zukunft muß ein Wohnungsbewerber neben Auskünften von Creditreform und Schufa zwei ausgefüllte Formblätter vorlegen: Auf dem einen soll der Kapitalist, bei dem er arbeitet, Angaben über den Verdienst und Lohnpfändungen machen und bescheinigen, daß das Arbeitsverhältnis ungekündigt ist. Auf dem anderen soll der *bisherige* Vermieter bestätigen, daß der Bewerber „die Miete pünktlich bezahlt hat“ und „den Verpflichtungen aus Mietvertrag und Hausordnung stets nachgekommen ist“.

Doch damit nicht genug: Bestimmte Gruppen von Wohnungsbewerbern werden besonders diskriminiert. Jugendliche in der Ausbildung und Studenten sollen „selbstschuldnerische Bürgschaften“ ihrer Eltern vorlegen. Bei einem eigenen Einkommen müssen sie nachweisen, daß sie — in Anlehnung an die Sozialhilfessätze — neben der Miete noch

wenigstens 450 DM zur Verfügung haben. Von ihrem Ehepartner getrennt lebende Personen sollen in der Regel gar keine Wohnung mehr erhalten, weil Unterhaltsansprüche entstehen können. Sozialhilfeempfänger werden nur noch genommen, wenn das Sozialamt die Einkommensverhältnisse ausdrücklich garantiert.

Darüber hinaus sollen die zuständigen Sachbearbeiter überprüfen, ob der Wohnungsbewerber zu dem zu vermietenden Objekt „paßt“. Was damit gemeint ist, ist nicht ganz klar, vermutlich würde jedoch ein ausländischer Arbeiter schlecht in eine Wohnsiedlung höherer Angestellter „passen“. Auf jeden Fall soll der Sachbearbeiter zur Beurteilung des Bewerbers „möglichst“ auch seine bisherige Wohnung „überprüfen“!

Mit diesen Richtlinien nutzt Krupp Wohnungsbau die Not auf dem Wohnungsmarkt schamlos aus. Schon vor einem Jahr standen allein bei Krupp 2000 Wohnungsbewerber auf der Warteliste. Begründet werden die neuen Richtlinien u.a. mit den Erfahrungen bei Zwangsräumungen: Die Mieteinnahmen sollen mit allen Mitteln gesichert werden. Gleichzeitig sollen unliebsame Mieter ferngehalten werden. Das können natürlich auch Leute sein, die sich gegen Zumutungen ihrer bisherigen Vermieter gewehrt haben. — (wof)

Erneut Veränderung der Ladenöffnungszeiten geplant

München. Gegenwärtig führen die Betriebsräte des Einzelhandels Verhandlungen über Betriebsvereinbarungen zur Arbeitszeit für 1991 (ab da 37,5 Std./Woche). Die Einzelhandelskapitalisten wollen kampagnenähnlich wie bei der Einführung des Dienstleistungsabends, die Öffnungszeit am Morgen um eine halbe Stunde nach hinten legen. Sie wollen die Kostensteigerung durch den langen Donnerstag ausgleichen und die Stunde Arbeitszeitverkürzung billig einbauen. Vorbereitungsarbeiten würden in die umsatzstarken Zeiten, die Arbeitszeit noch mehr in den Abend hinein verlagert. Und das ist angesichts der Forderung, das Ladenschlußgesetz ganz zu beseitigen (die kürzlich von der Monopolkommision erneut erhoben wurde), für die Arbeitsbedingungen folgenreich. — (dar)

17 % Teilzeitbeschäftigte bei der Stadt Hannover

Hannover. Der städtische Gesamtpersonalrat fordert für den Stellenplan 1991, den hohen Anteil an Teilzeitarbeit in der hannoverschen Stadtverwaltung zu reduzieren. Mit 17 % Teilzeitbeschäftigten sei Hannover bundesweit unbestrittener Spitzenreiter. Der Gesamtpersonalrat will nur befristete Einrichtung von Teilzeitarbeitsplätzen, dazu Mitspracherecht der Personalvertretungen sowie keine Teilzeitarbeit unterhalb der Sozialversicherungsgrenze. Bereiche mit hohem Anteil an Teilzeitarbeit wie die Gebäudereinigung sollen als ämterübergreifende Aufgabe gesehen werden, damit die planmäßige Zerstückelung von Vollzeitarbeitsplätzen aufhört. — (rec)



Westberlin. In einem Schreiben an die ÖTV-Betriebsgruppen im öffentlichen Dienst Westberlins, werden die Betriebsgruppenvorstände aufgefordert, jetzt mit der Vorbereitung der Mitgliederdiskussion zur Tarifrunde 1990/91 zu beginnen. Unmittelbar nach den Sommermonaten soll über die Forderungsaufstellung entschieden werden. — (har)

Anwaltsgehilfinnen erhalten 165 DM mehr

Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherung erreicht Tarifabschluß in Hamburg

Hamburg. Vor mehr als drei Jahren haben in Hamburg Rechtsanwälte eine tariffähige Arbeitsgemeinschaft gegründet, die mit der HBV zum 1. 1. 1989 einen Gehalts- und Manteltarifvertrag abgeschlossen hatte. Zuvor hatte die

HBV gewerkschaftliche Verbindungen zu einzelnen Anwaltsbüros genutzt, Druck in Richtung Tarifverträge zu machen. Die tariffähige Arbeitsgemeinschaft hat sich nach Kenntnis der HBV nicht wesentlich erweitert.

Zum 31. 3. 1990 hatte die HBV den Gehaltstarifvertrag gekündigt und eine Forderung von 8 % sowie eine nicht genauer bezeichnete besondere Berücksichtigung der unteren Gehaltsgruppen 1 und 2 gefordert. Vorher hatten sich auf Einladung der HBV ca. 35 Anwaltsgehilfinnen — größtenteils nicht Gewerkschaftsmitglieder — getroffen und über eine mögliche Forderung beraten. Einhellig waren sie dafür eingetreten, daß mindestens 5 % herauskommen müßten. Aus vielen Büros wurde berichtet, daß es in den Anwaltsbüros „boomt“, während sich gleichzeitig die Arbeitsbedingungen vielfach erheblich verschlechtert hätten. Nach wie vor ist es auch so, daß Gehaltserhöhungen ausgesprochen unregelmäßig und „nach Nase“ erfolgen. Einige Anwaltsgehilfinnen kritisierten auch die Tarifgruppen 1 und 2, die viel zu niedrig angesetzt seien, sie lagen unter DM 2000 für 38,5 Stunden. So ist die Forderung 8 % und besondere Berücksichtigung der unteren Gehaltsgruppen herausgekommen.

Zwischenzeitlich lag auch eine Untersuchung des Hamburgischen Anwalts-

vereins „betr. Gehälter und Arbeitsusancen“ vor, die alle zwei Jahre mitgliederintern veröffentlicht wird. Auffällig war hier, daß alle Gehaltsgruppen von den Anwaltsgehilfinnen an abwärts deutlich höhere Gehaltserhöhungen aufwiesen als in den Jahren vorher und als für die Bürovorsteher und Anwaltssekretärinnen mit Fremdsprachenkenntnissen. Nach diesen Angaben haben die Anwaltsgehilfinnen in den Altersgruppen von 21 bis 40 Jahren Gehaltsanhebungen um die 10 % erhalten (im Vergleichszeitraum von zwei Jahren), Steno/Phonotypistinnen in ähnlicher Höhe. Der Drang junger Frauen in diesen Beruf hat in den letzten Jahren deutlich nachgelassen, die Anwaltsbüros haben oft Schwierigkeiten, Auszubildende oder junge Angestellte zu bekommen. Dies mag ein Grund für die deutlichen Gehaltsanhebungen gewesen sein. Möglich ist aber auch, daß sich hier eine Wirkung des Tarifvertrages abgezeichnet hat, der sehr weit bekannt ist und gerade für die Gruppe der jüngeren Anwaltsgehilfinnen deutlich über dem Üblichen liegt.

Abgeschlossen hat die HBV in Höhe von 165 DM für alle gleich. Das bedeutet in der Gehaltsgruppe 1 eine prozentuale Erhöhung 9,7 %, in der Endstufe 2 um 7,8, in der Endstufe 3 um 5,5 % und in der Gehaltsgruppe für hochqualifizierte Beschäftigte noch 5 %. Die Auszubildenden erhalten im ersten Lehrjahr 40 DM, im zweiten 35 DM und im dritten 25 DM mehr. Die Laufzeit allerdings geht bis zum 30. 9. 1991. Das hat aber den Vorteil, daß Gehaltsverhandlungen geführt werden können nach Abschluß der „großen“ Branchen und damit Bezugspunkte aus der allgemeinen Gehaltsentwicklung in den Verhandlungen genutzt werden können.

Zwei große Probleme bleiben aber bestehen: Nach wie vor sind die geringfügig Beschäftigten vom Tarifvertrag nicht erfaßt. Inzwischen werden sie nach Angaben des Hamburgischen Anwaltsvereins in 52 % aller Anwaltsbüros beschäftigt. Außerdem bleibt die Bezahlung in den unteren Gehaltsgruppen auch nach dieser Gehaltserhöhung so gering, daß davon keine Frau selbständig leben kann. — (mek)

Weder Aufsicht — noch Rat?

Hamburg. Die Jungheinrich-Kapitalisten haben zum 1. Juli 1990 ihren Gabelstapler-Konzern in eine Aktiengesellschaft umgewandelt. Die 33 inländischen Gesellschaften wurden zu einem einheitlichen Unternehmen zusammengeführt. Am 30. August sollen die Aktien unter der Führung der Commerzbank an den Börsen Hamburg und Frankfurt amtlich notiert werden. Verbilligte Belegschaftsaktien gibt es nicht. Dafür darf jede normale Kollegin und jeder normale Kollege maximal 10 Vorzugsaktien (Aktien ohne Stimmrecht) kaufen, während die leitenden Angestellten „der guten Ordnung halber“ bis zu hundert erwerben dürfen. Für die Belegschaftsvertretung bedeutet diese gesellschaftsrechtliche Umwandlung der Firma in eine Aktiengesellschaft, daß erstmals ein einheitlicher Gesamtbetriebsrat von den acht Betriebsratsgremien gebildet werden mußte. Sodann aber wurde von dem neugebildeten Vorstand der Jungheinrich Aktiengesellschaft die Wahl zum Aufsichtsrat eingeleitet. Sechs Plätze stehen gemäß Mitbestimmungsgesetz für die sogenannte Arbeitnehmerbank bereit: Ein leitender Angestellter, zwei externe Vertreter der Gewerkschaften und nur drei für betriebliche Vertreter, d.h. ein Angestellter und zwei Arbeiter. Die Vertrauenskörperleitung hat entsprechend den Richtlinien der IG Metall die Wahlprozedur für die drei betrieblichen Vertreter im Aufsichtsrat eingeleitet. Die Diskussion um die Gewichtung dieser Ämter schwankt unter den Kolleginnen und Kollegen noch sehr zwischen Ehrgeiz, Überschätzung und „weder Aufsicht noch Rat“ — aber vielleicht eine gute Informationsquelle mehr. — (hel)

Weiterer Waffenfund beim Verfassungsschutz

Westberlin. Wegen des Verdachts „auf Vorbereitung eines Sprengstoffvergehens und Strafvereitelung im Amt“ ermittelt die Staatsanwaltschaft gegen den Berliner Verfassungsschutz. Im letzten Jahr wurden bei einer Untersuchung zwei Pistolen aufgestöbert, wovon eine die Schmeißer-Mordwaffe sein soll. Erst im Mai veranlaßte der Innensenator die Suche nach weiteren illegal beschafften Waffen. 5 kg Sprengstoff und eine Rohrbombe wurden sichergestellt. Der auch am Staatskomplott „Celler Loch“ beteiligte Lockspitzel „Hein“ hatte mit dem Sprengstoff 1982 Kontakt zu militanten Linken hergestellt. Später hatte „Hein“ den Sprengstoff teilweise zurückgegeben. Der Innensenat beteuert, daß es keine Anhaltspunkte dafür gebe, daß der VS einen Sprengstoffanschlag vorbereitet oder bereits ausgeübt hätte. — (ard)

Kabelwerk Stuttgart: Erst Sonntagsarbeit, jetzt Aus?

Stuttgart. Die Kabelmetal Electro GmbH in Hannover, Teil des französischen Alcatel-Konzerns, hat im Dezember 1989 von SEL das Stuttgarter Kabelwerk übernommen. Zuvor hatte SEL in der Glasfaserproduktion gegen Widerstand Vollkontschicht — zunächst „probeweise“ — durchgesetzt. Jetzt soll Ende 1990 die Herstellung von Glasfasern, Ende 1991 auch die von Kupferkabeln eingestellt und im Rahmen des Konzerns verlagert werden. Betroffen sind 539 Beschäftigte. Frühschicht und Spätschicht legten am 26. 7. die Arbeit nieder. Bei einer Betriebsversammlung wurde der Vertreter der Unternehmensleitung, der Ersatzarbeitsplätze z.B. in Nordfrankreich anbot, zum Abbruch seiner Rede gezwungen. Der Vertreter der IG Metall forderte zum Widerstand „ohne Illusionen“ auf: „Die Bedingungen, zu denen wir vielleicht eine Niederlage erleiden, werden ganz entscheidend von der Härte der kommenden Auseinandersetzungen abhängen.“ — (rok)

Chemie-Runde Baden-Württemberg: Deckel drauf

Mannheim. Am 20. 7. wurde nach kurzen Verhandlungen der Abschluß von Rheinland-Pfalz übernommen: 230 DM bzw. mindestens 6,5 % für August, 6,5 % für die folgenden Monate, 70 DM für alle Azubi (obwohl die Forderung in Baden-Württemberg doppelt so hoch wie in Rheinland-Pfalz war), zwölf Monate Laufzeit. Die Forderung nach einem Tarif für die Schüler der Berufsakademien soll im September behandelt werden. Der Verhandlungsführer der IG Chemie mußte zunächst einige Stimmen in der Tarifkommission für einen höheren Abschluß „erledigen“. Am Verhandlungstag selbst gab es noch einige kleinere Aktionen in Form „kollektiver Information beim Betriebsrat“. — (tht)

BASF-Hauptversammlung

Tumult bei Anträgen auf Entschädigung für Zwangsarbeiter

Ludwigshafen. Eine Rekorddividende von rund 800 Millionen DM konnten die BASF-Aktionäre auf der Hauptversammlung am 28. Juni feiern. Gegen die Lobesreden versuchten etliche, die ungeschönte Wirklichkeit des Chemiekonzerns zur Sprache zu bringen.

Ein Aktionär verlangte, den Vorstand nicht zu entlasten: Erstens, weil bei der 100-jährigen BASF-Tochter Glasurit do Brasil (GdB) Ende 1989 die Gewerkschafterin Rodrigues entlassen wurde, die sich für Zahlungen von Gefahrentzügen an Kolleginnen eingesetzt und für die betriebliche Sicherheitskommission kandidiert hatte.

Zweiter Grund: „Bei der BASF-Tochter Glasurit do Brasil wird versucht, jeden Ansatz gewerkschaftlicher Arbeit zu unterdrücken. So wird den Beschäftigten seit Jahren eine betriebliche Interessenvertretung in Form eines Betriebsrates verweigert. (...) Damit werden brasilianischen Beschäftigten Rechte verweigert, die in der Bundesrepublik selbstverständlich sind!“

Zugleich beantragte dieser Aktionär eine gegenüber dem Verwaltungsvorschlag gekürzte Dividende auszuschütten. Der freiwerdende Betrag solle dazu genutzt werden, die miserablen Löhne zu erhöhen und in den ausländischen Tochterunternehmen der BASF die gleichen Umwelt- und Sozialstandards wie in der BRD einzuführen. So existiere bei der Glasurit do Brasil bislang weder eine Kläranlage noch z.B. eine „Chromatinsel“. Er erläuterte: Die Beschäftigten bei GdB stellen Kfz-Lacke her, die hochgiftige, krebserregende Chromate zur Rostverhinderung enthalten. In den USA müssen Lacke heute schon chromatfrei sein. Im feuchtwarmen, rostfördernden Klima Brasiliens dagegen ist der nötige Chromatanteil noch höher, d.h. die Beschäftigten sind ohne Schutzvorrichtung (der sog. „Chromatinsel“) extremer Krebsgefährdung ausgesetzt.

Andererseits können sie Ursachen für spätere Gesundheitsschäden schwer nachweisen, da Glasurit mit Leiharbeits- und Kurzzeitbeschäftigten für eine hohe Rotationsrate sorgt. Viele Arbeiterinnen und Arbeiter werden nach zwei Jahren entlassen, wenn sie eine höhere Lohnstufe erreicht hätten. Die Geschäftsleitung bestreitet Gesundheitsgefahren, denn dann müßte sie nach brasilianischem Gesetz an solchen Arbeitsplätzen 30 % mehr Lohn bezahlen.

Die Antwort des Vorstands war nicht überzeugend. Er wies die Darstellung als „tendenziös und entstehend“ zurück und lehnte eine Beantwortung ab.

Zu Tumulten kam es, als ein Mitglied der Alternativen BASF-Aktionäre seinen eingereichten, aber nicht veröffentlichten Antrag, 30 Millionen DM (weniger als 0,50 DM pro Aktie) des Gewinns an ehemals im Werk Ludwigshafen beschäftigte Zwangsarbeiter als Entschä-

digung auszus zahlen, begründen wollte.

Kurz nach seinen Eingangssätzen wurde ihm das Wort entzogen und kurzerhand das Mikrofon abgestellt; über 1933 wollte man hier nichts hören. Er wollte dafür appellieren, daß die BASF als ehemalige Nutznießerin des Verbrechens der Zwangsarbeit in eine noch zu errichtende Stiftung zur Entschädigung von Zwangsarbeitern (eine solche wird derzeit im Innenausschuß des Bundestags diskutiert) „freiwillig“ einbezahlt.

Erfolgreicher war hier ein Vertreter der Dresdner Bank, der die überraschte ehrbare Versammlung auf den kommenden 50. Jahrestag des Baus des KZ Monowitz/Auschwitz hinwies. Er erklärte im Auftrag des Aktionärs und Journalisten Otto Köhler:

„Ich danke dem Vorstand, daß er meine Anregung in der Hauptversammlung vom 25. Juni 1987 zur wahrheitsgemäßen Darstellung der Geschichte unseres Hauses im Jubiläumsjahr 1990 insoweit Rechnung trug, daß im Katalog zur Ausstellung „125 Jahre BASF“ sowohl unsere Beteiligung am Ersten Weltkrieg, insbesondere an der Giftgasproduktion, wie auch bei der Vorbereitung des Zweiten Weltkriegs, dem Einsatz von Zwangsarbeitern, der Errichtung unseres Werkes in Auschwitz und der Produktion von Zyklon B nicht mehr verschwiegen wird. Über Einzelheiten der Darstellung ließe sich streiten, das kann nicht Gegenstand dieser Hauptversammlung sein.“

Ich möchte allerdings auch an den zweiten Punkt meiner Hauptversammlungsrede vor drei Jahren erinnern und frage: Welche Vorbereitungen hat der Vorstand getroffen, um im nächsten Jahr die fünfzigjährige Wiederkehr des Tages angemessen zu begehen, an dem das IG-Farben Werk in Auschwitz gegründet wurde?

Der Aufbau von IG Auschwitz wurde bekanntlich von unserem BASF-Werk in Ludwigshafen aus betrieben und — so weit der Staatsapparat involviert war — von unserem dorthin entsandten langjährigen Vorstandsmitglied Carl Krauch. Wir von der BASF tragen deshalb unter den IG-Nachfolgern die eigentliche Verantwortung.

Ich schlage deshalb vor, daß wir am 7. April 1991 zur fünfzigsten Wiederkehr des Tages, an dem unser Werk in Auschwitz gegründet wurde, eine Gedenkfeier in Ludwigshafen veranstalten. Zu dieser Gedenkfeier sollen alle noch überlebenden Zwangsarbeiter eingeladen werden. Zugleich soll ihnen oder ihren Erben der noch ausstehende Lohn — wegen der Verzögerung selbstverständlich nach heutigen Tarifen — und eine angemessene Entschädigung für Gesundheitsschäden und Zwangsmaßnahmen gezahlt werden.“ — (ede)



Hannover. Mit einer Stimme Mehrheit haben CDU/FDP im Kreistag durchgesetzt, dass der Bund der Vertriebenen (BdV) Zuschüsse zur Aussiedlerbetreuung (12000 DM) gezahlt werden. Sie SPD stimmte mit den Grünen für die Streichung. Der CDU-Fraktionschef: „Wir sind nicht bereit, den BdV zur Hatz freizugeben.“ — Bild: „Deutsche“ Kundgebung am 21.7. im polnischen Lubowitz. — (chs)

Aus Ländern und Gemeinden

120 Menschen bei Demo für eine autofreie Stadt

München. Nur etwa 120 Demonstranten und Demonstranten waren am 21. Juli in München unter der Losung „Für eine autofreie Stadt“ unterwegs. Wenn Fußgänger und Radfahrer die Straßen zurückerobern wollen und die Stadt mehr Lebensqualität erhalten soll, muß aber besser mobilisiert werden. Ein Vertreter des Münchner Jugendaktionsbündnisses forderte in seinem Redebeitrag, daß der Münchner Verkehrsverbund (MVV) die ganze Nacht über fahren solle und daß der MVV — bis hin zum Nulltarif — viel billiger werden solle. Das sei auch finanzierbar, denn die Folgekosten des Autoverkehrs zahle ja jetzt auch die Allgemeinheit: Waldsterben, Krankenhauskosten „der Kinder, die von den Autofahrern über den Haufen gefahren werden“, Schäden an Häuserfassaden. ... Eigentlich seien die Autofahrer die „wirklichen Schwarzfahrer“. Die ganze Lebensweise der Menschen in den Städten sei dem „Autokult untergeordnet“. Für den Herbst ist eine weitere Demonstration geplant. Wird es zu der geforderten „Verkehrsbewegung“ kommen? Es ist zu wünschen. — (chl)

Kommunalpolitisches Forum: Wie die Mieten bremsen?

Mannheim. Zur Diskussionsrunde des Kommunalpolitischen Forums waren u. a. Leute von BWK, DKP, Grünen und SPD erschienen. In Mannheim ist aufgrund der Mietnachsubventionierung von 6000 Wohnungen die Lage gegenwärtig noch etwas weniger angespannt als in anderen Ballungszentren. Aber viele Faktoren treiben die Mieten, u. a. ein neuer Mietspiegel, für den die Erhebungen anlaufen. W. Ebert (DKP-Stadtrat) berichtete über seine Aufforderung an den OB, die Erhebungen auszusetzen, da eventuell das Mietspiegelgesetz geändert wird. Er unterstützte eine in Hamburg verabschiedete Erklärung der Mieterbünde BRD und DDR, die die Übernahme von Teilen des DDR-Mietrechts fordern. — (tht)

Grundschule als volle Halbtagschule

Hannover. Der neue niedersächsische SPD-Kultusminister Wernstedt setzt mittels der CDU-Linie fort, den Ausbau der Grundschulen als volle Halbtagschulen zu forcieren. Damit wird die Forderung nach mehr Hortplätzen unterlaufen und ein personell, pädagogisch wie auch räumlich völlig unzureichendes Betreuungsangebot für die Kinder berufstätiger Eltern ausgebaut, ein Projekt, das von Beginn an umstritten war. Fünf Tage pro Woche werden die Grundschüler von 7.30 bis 13 Uhr betreut. Drei volle Halbtagschulen in Nienburg, Hildesheim und St. Andreasberg. Sieben weitere niedersächsische Grundschulen folgen. Aus der Stadt Hannover hatte bisher kein einziger Antrag dafür vorgelegen. Für 1991 planen der städtische Schuldezernent Warmbold und der Kultusminister, etwa 10 % der 57 hannoverschen Grundschulen zur vollen Halbtagschule auszubauen. Mit dem Versprechen einer halben Lehrerstelle pro Schule, die es zusätzlich geben soll, will die Landesregierung den Schülern diese Pläne schmackhaft machen. — (ibm)

Zugeständnis an Armut „Frankfurt Paß“ in Sicht?

Frankfurt. Seit Jahren fordern vor allem die Erwerbsloseninitiativen in Frankfurt die kostenlose Benutzung des Öffentlichen Personennahverkehrs sowie den freien Zugang zu allen städtischen Einrichtungen. Jetzt scheint sich eine Erfüllung dieser Forderungen anzubahnen: Im Sozialamt wird derzeit kalkuliert, wie ein „Frankfurt Paß“ auf den Weg gebracht werden kann, der bis zu einem noch nicht bekannten Einkommen allen Frankfurtern, die unter dieser Grenze liegen, ermäßigte oder freie FVV-Fahrten, Theater- und Schwimmbadbesuche u.ä. erlaubt. Sodann soll diese Vorlage im Sozialausschuß der Stadt behandelt und dann entweder vom Magistrat oder von der Stadtverordnetenversammlung noch in diesem Jahr beschlossen werden. — (udi)

TBC-Erkrankungen stark differenziert

Karlsruhe. Nach der neuen Gesundheitsstatistik Baden-Württembergs nimmt die Zahl der TBC-Erkrankungen weiterhin ab: zwischen 1984 und 1988 um 16 %. Aber: zwischen 1981 und 1984 hatte der Rückgang noch 40 % betragen. Und die Differenzierung nimmt zu: Mannheim bildet mit 52,1 Erkrankungen auf 100000 Einw. die Landesspitze in Baden-Württemberg (1984: 45,4 Fälle). Die Ausländer sind von der Tuberkulose besonders betroffen: Bei Türken betrug die Erkrankungsrate 1988 50,3 Fälle, bei den Ausländern aus außereuropäischen Ländern (vor allem Asylbewerber) waren es 114,7. — (wjw)

Schlimmster Störfall seit 1978 im AKW Krümmel

Norderstedt. Die beiden Siedewasserreaktoren von Brunsbüttel und Krümmel sind Musterbeispiele für Fehler ihrer Spezies: Risse in den Kühlwasser- und Frischdampfleitungen, Versagen im Notkühlsystem. Nach einem solchen Unfall (1977) in Brunsbüttel schrieb selbst der damalige Innenminister Genscher in einem internen Brief, „daß der aufgetretene Schaden seiner Art und dem Umfang nach ... einem möglichen Ansatz zum totalen Abreißen einer oder zweier Hauptfrischdampfleitungen zur Turbine bedenklich nahe kommt. Ein solches Abreißen entspricht in der Tat dem größten anzunehmenden Unfall“. Den schlimmsten Störfall seit dieser Zeit lieferte jetzt in Schleswig-Holstein der „Alt“-Siedewasserreaktor in Krümmel. In der Einstufung der Kategorie „S“ (Sofortmeldung) waren sich das Energieministerium in Kiel (Jansen, SPD) und der Bundesumweltminister einig. Keine Einigkeit herrschte über die technische Blamage. Ein Leck in einer Rohrleitung ließ ca. 220 Kubikmeter Wasser ins Erdreich gelangen. Haupttreibpunkt ist dabei: Wie gelangte radioaktives Tritium in dieses Wasser, da es doch nur aus einem Zwischenkreislauf stammt (für Motoren- und Ölkühlung), das präzise vom Kreislauf für die Generatorkühlung getrennt ist. Bisherige zwifache Erklärungsversuche der HEW: Um Undichtigkeiten festzustellen, sei dem Zwischenkreislauf Tritium beigefügt worden, und: „Über eine kleine Undichtigkeit muß ein geringer Teil des Tritiums in den mit dem Reaktor nicht in Verbindung stehenden Zwischenkühlkreislauf gelangt sein.“ — (edl)

ÖTV zum Kindertagesstätten-Angebot

Bundesweite Fachkonferenz der Gewerkschaft für ein Programm zu Kindertagesstätten

Stuttgart. Auf Bundesebene haben sich verschiedene Kolleginnen und Kollegen der ÖTV zusammengetan, um ein Programm für die Kindertagesstätten auszuarbeiten. Die Zusammensetzung ist zufällig, da nicht breit mobilisiert wurde, aber aus fast allen Bundesländern ist zumindest ein Mitarbeiter vertreten. Nur dem Interesse einiger Kollegen, die gewerkschaftliche Diskussion zu verstärken und zu einer Beschlußfassung zu kommen, ist diese Initiative zu verdanken. Einen offiziellen Auftrag für diese Programmgruppe gibt es nicht, was wahrscheinlich noch Auswirkungen haben wird, denn es ist noch nicht klar, wie das Programm, wenn es fertig ist, zur Diskussion und Abstimmung innerhalb der ÖTV gelangt.

Im Juni fand nun ein Seminar statt, auf dem verschiedene Positionen, die in der Programmgruppe bisher erarbeitet wurden, vorgestellt und diskutiert wurden. Aus den genannten Gründen war der Charakter des Seminars dann auch hauptsächlich ein informativer. Unter der Fragestellung, wie ist der Stand der Diskussion in den Bundesländern, wie stimmt er mit erarbeiteten Positionen überein, fand ein Austausch unter den Teilnehmern statt. Darüber soll jetzt die Diskussion in den Bezirken verstärkt werden. Abstimmungen und Meinungsbilder fanden nicht statt.

Noch in diesem Jahr soll das Programm soweit fertiggestellt sein, daß es breit innerhalb der ÖTV diskutiert werden kann.

Trägerfrage — Subsidiarität

Zu dieser Frage gibt es zwei konträre Positionen. Im Positionspapier von Hiltrud Brockmann (im Hauptvorstand verantwortlich für kirchliche Mitarbeiter) werden als Forderungen der ÖTV genannt:

„Vorrangig für die Gewerkschaft ÖTV ist nicht die Trägerschaft, in der sich eine Betreuungseinrichtung für Kinder befindet, sondern welche qualitativen und quantitativen Kriterien erfüllt werden ...

Nachdem im neuen Kinder- und Jugendhilfegesetz wiederum die Länder für einen bedarfsgerechten Ausbau Sorge zu tragen haben (§ 24), fordern wir die Landesregierung auf, Vorkehrungen zu treffen, daß der zur Zeit in manchen Gegenden der Bundesländer monopolartige Vorrang der kirchlichen Träger in Kinderbetreuungseinrichtungen korrigiert wird, damit die Bürger das in § 5 festgeschriebene Wahlrecht auch tatsächlich wahrnehmen können.

Daß gleiche Voraussetzungen in Bezug auf die Regelung von Arbeitsbedingungen in allen Einrichtungen hergestellt werden müssen, gleichgültig wer Träger der Einrichtung ist, versteht sich von selbst. Das heißt, tarifvertraglich geregelte Arbeitsverhältnisse für alle Erzieherinnen, die bei freien Trägern oder der Kirche beschäftigt sind ...

Dies sind nicht mehr als Appelle, sie können befolgt werden oder auch nicht.

Wird das Subsidiaritätsprinzip, das freien Trägern den Vorrang von Errichtung und Erhalt sozialer Einrichtungen gibt, nicht angegriffen, kann auch nicht mehr als ein Appell herauskommen. Stark umstritten ist auch die Feststellung, die Trägerfrage sei nicht vorrangig, dagegen spricht ein anderes Positionspapier, das folgendermaßen Stellung nimmt:

„... Das vorrangige Recht zur Einrichtung von Kindertagesstätten und das Gebot für den Staat, daß er nur dort tätig werden dürfe, wo sie es selbst nicht tun (wollen), dieses Recht versteht sich nicht von selbst. Es ist das Ergebnis von Interessenskämpfen, in die sich die Eltern bisher nicht hinreichend eingemischt haben ... Wir klagen deshalb die Verantwortung des Staates ein, für ein qualitativ hochwertiges und quantitativ ausreichendes Angebot selber Sorge zu tragen. Die Grundversorgung mit Kitaplätzen ist Teil des Bildungswesens und damit eine Staatsaufgabe.“

Nichtaussondernde Erziehung in den Kindertagesstätten

Anhand von Erfahrungen in Bremen, in denen es seit 14 Jahren „Integrationsgruppen“ von behinderten und nichtbehinderten Kindern gibt, wurde dieses Thema aufgearbeitet. Positiv ist zu vermerken, daß im Laufe der Jahre von einigen wenigen „Integrationsgruppen“ sich 23 Gruppen in 13 Einrichtungen herausbildeten, die relativ wohnortsnah eingerichtet sind. In Bremen gibt es keine Sondergruppen mehr. Allerdings ist die Einrichtung solcher Gruppen wie auch der Begriff der Integrationsgruppen bereits überholt, obwohl nicht einmal Standard in der BRD. Kritisiert werden muß, daß Kinder eingegliedert werden, die vorher bereits ausgesondert wurden. Hier gab es breite Zustimmung zu einer völlig anderen Herangehensweise. Aus einem Referat:

„Aussonderung vermeidende Erziehung heißt zunächst: Jedes einzelne Kind ist als etwas „Besonderes“ zu sehen. Darin liegt die Gemeinsamkeit aller Kinder. Jedes Kind ist anders, als

das andere Individuum. Insofern ist Andersartigkeit — schwarz, weiß, gelb, behindert, langsam, schnell, männlich, weiblich usw. — eben nichts Besonderes. Unterschiede sind nur verschieden deutlich wahrnehmbar. D.h., wir müssen in der pädagogischen Arbeit unsere Wahrnehmung für das Besondere jedes einzelnen Kindes schulen. Wir müssen die Fähigkeiten aller Kinder aufspüren und fördern, anstatt uns an den Defiziten, die ja in der Regel begründet sind, erfolglos abzuarbeiten.“

Dringend müssen solche Arbeitsbedingungen geschaffen werden, die es ermöglichen, jedes Kind in einer Kindergruppe mitzubetreuen. Einer Untersuchung bedarf es dringend, was eigentlich unter behindert, verhaltensgestört, auffällig usw. zu verstehen ist. Heute wird mit diesen Begriffen allzu schnell aufgewartet, werden Ursachen fast ausschließlich im familiären Bereich gesucht und dahin abgeschoben. Normalität der Kinder wird oft an den gesellschaftlichen und individuellen Maßstäben der Erzieher gemessen. Sie werden nicht oft hinterfragt, genauso wenig wie die heute praktizierte Pädagogik in den Einrichtungen. Auf diesem Gebiet gibt es noch viel Stoff für Untersuchungen. Tendenzen nach mehr Pädagogik, gezielterer Therapie, noch mehr und ausgefeilteren Beratungsstellen und ähnliches sind stark vorhanden. Sie führen zur Überpädagogisierung der Kinder und verstärken nur noch mehr den Druck auf sie. Mit fortschrittlicher Pädagogik muß dem entgegengetreten werden.

Erfreulich aber war, daß diese Diskussion direkt Einfluß auf die Eingruppierungsverhandlungen, die im Herbst stattfinden werden, genommen hat. Gegen Stigmatisierung und Ausgrenzung einzelner Kinder oder Kindergruppen soll auch im Tarifvertrag vorgegangen werden. Es darf nicht höher eingruppiert werden, wer „schwierigere“ Kinder hat. Hier soll über Ausbildung, Fort- und Weiterbildung und verbesserte Arbeitsbedingungen eine Lösung gesucht werden. — (unb, AGK)



Westberlin 1980: Eltern und Erzieher demonstrieren auf dem Kurfürstendamm gegen Personalmisere und Sparpläne bei Kindertagesstätten.

Mehrzweckhalle zerstört Stadtteil

Hamburg-St. Pauli: Wieder wird ein neues Prunkprojekt geplant

Hamburg. Mit wachsendem Zugriff der Konzerne auf Osteuropa wird Hamburg zunehmend Stützpunkt der Expansion. Zu bieten hat die Stadt dafür heute schon einiges: den größten deutschen Hafen, geschichtliche Erfahrungen im Nord-/Osthandel, die größte Konzentration von Handel, Versicherungen und Medienkonzernen und den zweitgrößten Bankenstandort der BRD. Da allseits bekannt ist, daß der Senat für Kapitalisten bereitwillig (Frei-)Räume, wo er sie anderen (Hafenstraße) bestreitet, und Infrastruktur, wo er anderen gegenüber behauptet, kein Geld zu haben, zur Verfügung stellt, strömen stets weitere Konzerne nach Hamburg. Daß derlei „Boom“ den Einwohnern nichts Gutes verheißt, liegt auf der Hand: Sie vertriebt immer mehr Bewohner aus den zentralen (v.a. am Hafen gelegenen) Stadtteilen.

Die Planung einer gigantischen Mehrzweckhalle für 17-20000 Besucher ist nun das neueste Zugeständnis an die hamburgische Kapitalistenwelt, um Hamburg zur Metropole des Nordens werden zu lassen. Zwar existieren ent-

sprechende Planungen bereits seit 1957; sie wurden aber bislang eher halbherzig verfolgt. Erst in diesem Jahr kam die Planung auf Hochtouren. Nach einiger Suche wurde als geeignetster Standort das im Stadtteil St. Pauli gelegene Heiliggeistfeld auserkoren. Dieser Standort bietet den Kapitalisten die meisten Vorteile, da von hier innerhalb kürzester Zeit Messegelände, Innenstadt und „Vergnügungsviertel“ zu erreichen sind — alles also, was das höhere Herz begehrt.

Nun haben einerseits die kleineren Kapitalisten aus dem Stadtteil St. Pauli Angst um ihre Existenz. Andererseits weist die Interessengemeinschaft St. Pauli daraufhin, daß die Bewohner des Viertels einem unerträglichen Lärm und Streß ausgesetzt würden. Die bunte Vielfalt des Viertels würde im Besucherstrom erstickt. Die Mieten würden im Rahmen einer derartigen „Kommerzialisierung“ des Stadtteils erheblich steigen, der Fußballverein St. Pauli einen Jugendplatz verlieren, das einzige Gymnasium in St. Pauli für Parkplätze verschwinden. — Aber was soll's, sagt sich

der Senat, setzt doch die Handelskammer auf schnelle Realisierung der Halle. Und auf wen anders als diese will er denn schon hören — bestimmt jedenfalls nicht auf die, denen er schon seit Jahren in den Wunden stochert: In St. Pauli liegt das Durchschnittseinkommen um ein Viertel niedriger als im Hamburger Mittel, 30 % sind Sozialhilfeempfänger. In diesen „schwierigen Fällen“ heißt es dann wieder: „Sozialdemokrat sein“ — es sind „Maßnahmen mit kompensatorischer Wirkung für die Stadtteile, wie Förderung von stadtteilbezogenen Einrichtungen und Maßnahmen der Stadterneuerung und Stadtteilentwicklung“ angekündigt.

Die Provokationsstrategie des Senats, vorbei an den Rechten der Bezirke usw. alle Wünsche der Kapitalisten durchzusetzen, hatte kürzlich bereits zu den heftigen Auseinandersetzungen um die Premiere des „Phantom der Oper“ geführt. Expansion nach außen und Unterdrückung nach innen gehören zusammen. (Quelle: div. Hamburger Morgenpost, Abendblatt, Rundschau, Mitteilungen des Senates vom Juli 1990 — (jöh, uga)

Kann Kuba der imperialistischen Bedrohung standhalten?

Die Krise des realsozialistischen Entwicklungsweges und der RGW-Politik des Ausgleichs stellen das Land vor gewaltige Probleme

Kubanische Oppositionelle haben, dem „Hamburger Abendblatt“ vom 21./22.7.90 zufolge, die Botschaft der Bundesrepublik, Kanadas, der CSFR sowie die Interessenvertretung der USA in Havanna für die Botschafts-Provokation verantwortlich gemacht. Sie enthüllten, daß vor allem die BRD, vertreten durch ihren Botschafter Peter Schaller, seit Monaten unter kubanischen Oppositionellen dafür geworben hat, sich in ausländische Vertretungen zu „flüchten“ und dort um Asyl nachzusuchen. Die BRD hat nach den Aussagen der kubanischen Oppositionellen für die völkerrechtswidrige Provokation sogar durch finanziellen Anreiz zu werben versucht.

Mit dieser jüngsten Aggression beteiligt sich die BRD in vorderster Front an dem Versuch, in Kuba eine explosive Situation zu schaffen. Die Botschafts-Provokation reiht sich ein in eine Kampagne. Die USA haben die seit 1961 gegen Kuba verhängte Wirtschaftsblockade verschärft. Ihre Panama-Invasion verfolgte nicht zuletzt das Ziel, Kuba von wichtigen Wirtschaftsbeziehungen zu Lateinamerika abzuschneiden. Seit Monaten entfesselt die imperialistische Presse eine wütende Hetzkampagne gegen das sozialistische Land. Unter Ausnutzung der mehrjährigen Wirtschaftskrise, die durch die Auflösungserscheinungen des RGW enorm verschärft wird, sollen Unruhen geschürt und mit dem Imperialismus sympathisierende Kräfte aufgewiegelt werden, Vorwände für eine offene imperialistische Intervention zu schaffen.

Wir veröffentlichen im folgenden eine Rede, die Fidel Castro bereits am 28. Januar dieses Jahres, auf dem 16. Kongreß der kubanischen Arbeiter, gehalten hat. Sie beleuchtet die Gründe, aus denen Kuba sich sogenannten „Reformen“, d.h. einer Öffnung für den imperialistischen Weltmarkt widersetzt und das kubanische Volk trotz schwierigster Bedingungen — bisher jedenfalls — der akuten imperialistischen Bedrohung widerstehen konnte. Unter imperialistischer Herrschaft hätte Kuba keinerlei Entwicklungsmöglichkeit. — (scc)

Wir veröffentlichen im folgenden eine Rede, die Fidel Castro bereits am 28. Januar dieses Jahres, auf dem 16. Kongreß der kubanischen Arbeiter, gehalten hat. Sie beleuchtet die Gründe, aus denen Kuba sich sogenannten „Reformen“, d.h. einer Öffnung für den imperialistischen Weltmarkt widersetzt und das kubanische Volk trotz schwierigster Bedingungen — bisher jedenfalls — der akuten imperialistischen Bedrohung widerstehen konnte. Unter imperialistischer Herrschaft hätte Kuba keinerlei Entwicklungsmöglichkeit. — (scc)

Zur gegenwärtigen nationalen und internationalen Lage, hervorgerufen durch die Veränderungen in Osteuropa

Inmitten weltweiter Verwirrung

... Wie gestern schon gesagt, dieser Kongreß findet inmitten einer weltweiten Verwirrung statt, und man kann gar nicht genug betonen, wie wichtig es ist, in einem solchen Moment der universalen Verwirrung einen klaren Kopf, klaren Geist und klare Ideen zu haben. Ich bin mir nicht sicher, ob es richtig war, von einer weltweiten Verwirrung zu sprechen, denn diese Verwirrung findet sich hauptsächlich unter den fortschrittlichen Kräften, im Bereich der wahrhaft demokratischen Ideen, im Bereich der sozialistischen und revolutionären Ideen. Warum sind die Imperialisten und Kapitalisten nicht verwirrt? Sie wissen ganz genau, was sie in den Händen halten, sie wissen ganz genau, was hinsichtlich der Geschichte der Menschheit in diesen Zeiten gespielt wird ...

Unsere Stärke liegt in unserer Einheit

Deswegen auch bestehen wir auf unserer Einheit, und deswegen habe ich auch vor einigen Tagen in einem Gespräch mit europäischen Parlamentariern, die dieses Thema anschnitten, gesagt: Unser „Warschauer Pakt“, unsere „Nato“ ist die Einheit des Volkes. Dieses kleine Land hat sich in der Vergangenheit, in der Gegenwart mit seiner Einigkeit verteidigt und wird dies auch in Zukunft tun — gegen den reaktionären und imperialistischen Koloß, gegen diesen Angreifer, dem wir entgegentreten müssen und dem wir niemals erlauben werden, die Einheit unseres Volkes zu spalten ...

Wir haben die Probleme diskutiert und analysiert und auch die Maßnahmen, die zu ergreifen sind, gerade so, als würden wir in ganz normalen Zeiten leben. Natürlich müssen wir an jedem Tag, zu jeder Stunde für die normalen Zeiten arbeiten, unsere Programme machen und unsere Pläne, aber das alles bedeutet noch nicht, daß es normale Zeiten sind. Wir sind uns dessen bewußt, daß die Zeit, in der wir leben, nicht normal ist und nicht sein kann. Wir sind uns der Tatsache sehr bewußt, und dieses Bewußtsein muß täglich stärker werden, daß wir in unsicheren Zeiten leben. Wir diskutieren hier, was wir mit jenem Akkumulator machen, wie Öl gespart werden kann, wie alles gespart werden kann, wie die Pläne erfüllt werden können. Wir wissen jedoch nicht, ob diese Sparmaßnahmen schon ausreichen. Wer kann schon, ausgehend von der gegenwärtigen internationalen Lage, sagen, welche Zeiten auf uns zukommen, sowohl in wirtschaftlicher wie in militärischer Hinsicht.

Korrekturen sind notwendig

Wir haben nicht den geringsten Zweifel daran, daß wir die größten Anstrengungen unternehmen werden, um unsere Sache gut zu machen, und wir haben auch nicht den geringsten Zweifel, daß zahlreiche Korrekturen nötig sind, und zwar in der richtigen Art und Weise: nicht voreilig, nicht gedankenlos, nicht aus dem Moment heraus, sondern indem wir solide Schritte in jedem Bereich unternehmen, der für das Leben und die Entwicklung unseres Landes wichtig ist. Wir zweifeln nicht, daß die Anstrengungen so groß sein werden wie nie zuvor. Wir wissen aber auch, daß wir bei gleicher Arbeit und gleichen internationalen Bedingungen in den nächsten Jahren wie in den fünf letzten alles das hätten durchführen können, was wir uns vorgenommen hatten.

Es ist durchaus nicht so, daß die letzten Jahre erfolglos gewesen sind. Wenn wir uns einige einfache Daten im Elektrizitätssektor ansehen, stellen wir fest, daß heute 90 % der Bevölkerung ausreichend versorgt werden, und in diesem Jahr werden die 90 % noch überschritten. Unsere Zementproduktion von 700 000 Tonnen ... reicht aus, um Investitionen in Höhe von vier Millionen Pesos in wirtschaftlichen und sozialen Entwicklungsbereichen vorzunehmen.

In gleicher Weise ließe sich von vielen Bereichen sprechen und von dem Geleisteten: in der Handelsmarine, wo aus einigen kleinen Schiffchen, einigen Schaluppen eine ganze Flotte entstand, auch wenn es immer noch zu wenige Schiffe sind. Im Straßenbau haben wir in diesen Jahren die 30 000 km überschritten, ich gebe hier alte Zahlen wieder. Wir haben Staudämme und Wasserkraftwerke gebaut. Die Speicherkapazität wurde auf das Hundertfache erhöht, und jetzt bauen wir in einer geballten Anstrengung mehr Staudämme als je zuvor, mehr Kanäle, mehr Bewässerungssysteme usw.

Es sind durchaus keine verlorenen Jahre gewesen. Im Gegenteil: Wir können uns anrechnen, daß heute praktisch kein Jugendlicher in einem wichti-

gen Industrie- oder Dienstleistungsbetrieb eingestellt wird, der nicht das zwölfte Schuljahr beendet hat. Und das in einem Land, in dem es eine Million Analphabeten gab. Wir verfügen über 300 000 Lehrer und Professoren, und das in einem Land, in dem es für die Hälfte der schulpflichtigen Kinder weder Schulräume noch Lehrer gab. Oder denken wir an Daten aus der Gesundheitsversorgung unserer Bevölkerung. Man kann von ganzen Provinzen hören, die heute eine Kindersterblichkeit von unter zehn pro tausend Lebendgeburten haben, oder sehen wir nach Guines, wo das System des Familienarztes eingeführt ist und die Kindersterblichkeit lediglich fünf pro tausend Lebendgeburten beträgt.

Die sozialistische Staatengemeinschaft existiert nicht mehr

Wir haben ungeheure Fortschritte gemacht bei der Überwindung von Fehlern, Irrtümern und negativen Entwicklungen in vielen Bereichen. Aber genau in dem Augenblick, in dem wir die Irrtümer überwinden, die Fehler beseitigen und, vor allem, unseren eigenen Kopf gebrauchen und mit unserem eigenen Kopf die revolutionären Ideen interpretieren, genau in dem Augenblick, in dem die Perspektiven für unsere revolutionären Anstrengungen solider und vielversprechender als zu irgendeinem Zeitpunkt der Revolution sind, genau in diesem Augenblick sehen wir uns einer der unsichersten und problematischsten Perioden im internationalen Rahmen gegenüber, die wir in den Jahren der Revolution erlebt haben.

Jahrzehntelang gründeten sich unsere Pläne, unsere Jahrespläne und Fünfjahrespläne, auf die Existenz eines sozialistischen Lagers, auf die Existenz zahlreicher sozialistischer Länder in Osteuropa neben der Sowjetunion, mit denen uns Übereinkünfte, Verträge und enge Beziehungen verbanden.

Wir konnten mit sicheren Märkten für unsere Produkte rechnen, mit Lieferungen wichtiger Maschinen und verschiedenster Handelsgüter. Wir haben unsere Anstrengungen daraufhin ausgerichtet, wir haben uns bemüht, unsere Wirtschaft zu integrieren und zu ergänzen. Und nun existiert dieses sozialistische Lager politisch nicht mehr.

Wollen wir uns nun selbst betrügen und unseren Pionieren erzählen, daß es noch ein sozialistisches Lager gäbe und daß alles in diesen Ländern wundervoll läuft? Auch in Zukunft müssen wir diese Staaten irgendwie benennen. Wenn wir sie weiterhin Länder des sozialistischen Lagers nennen, so nur deshalb, um nicht noch ein Wort hinzuzufügen und zu sagen: Länder des ehemaligen sozialistischen Lagers. Ein wahrhaft sozialistisches Lager wäre eine Gemeinschaft von integrierten Staaten mit gemeinsamen politischen Positionen, mit Entwicklungsprogrammen, mit weit in die Zukunft weisenden Kooperationsperspektiven.

Der RGW existiert — Gott steh mir bei zu sagen, der RGW existiert nicht und gleichzeitig Carlos Rafael (Carlos Rafael Rodriguez, Vizepräsident des Staatsrates — Red.) anzusehen, der da drüben, am Präsidententisch sitzt. Nein, der RGW existiert weiter. Er existiert, formal gesehen, weiter. Das schließt ein, daß man für das Fortbestehen dieser Institution kämpft, und unser Land kämpft auch darum, diese Einrichtung zu erhalten, zumindest in der Form einer Gruppe von Ländern, die in bestimmter Weise ökonomisch zusammenarbeiten in Wahrnehmung der gemeinsamen Interessen, die über viele Jahre hinweg geschaffen wurden, in Wahrnehmung gemeinsamer wirtschaftlicher Notwendigkeiten, die zwischen diesen Staaten bestehen können.

Man kann eine solche Vereinigung herstellen oder sie erhalten oder darum kämpfen, daß sie erhalten bleibt. Es ist unsere Pflicht, uns um das Weiterbestehen der Wirtschaftsorganisation zu bemühen ...

Noch verhindert der Kapitalismus die Zivilisation der Menschheit

Karl Marx meinte, daß an jenem Tag (an dem der Staat verschwunden sein wird — Red.) die Menschheit ihrer Urgeschichte entwachsen wäre. Ich glaube, ich habe geglaubt und werde es immer glauben, daß an dem Tag, an dem die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen verschwindet, daß an dem Tag, an dem die Menschheit sich durch die Prinzipien des Sozialismus leiten läßt und mehr noch durch die Prinzipien des Kommunismus, sie tatsächlich ihrer Vorgeschichte entwachsen sein wird, weil sich die Menschheit tatsächlich bis heute in einem vorgeschichtlichen Zustand befindet ...

Die Yankees beseitigten die indianische Urbevölkerung und sprechen heute davon, daß sie die nationalen Rechte der Völker verteidigen. Ihre eigene Geschichte begann mit der Vertilgung der Indianer. Sie schickten sie in Reservate, so wie man Tiere in den zoologischen Garten schickt. Sie deportierten die Urbevölkerung und löschten sie buchstäblich aus. Die Kapitalisten, die Kolonialisten und die Imperialisten beseitigten ganze Nationen und Menschengemeinschaften, die noch keine Zeit hatten, Nation zu werden. Sie versklavten Hunderte von Millionen von Menschen.

Wir wissen nicht einmal von allen Verbrechen, die begangen wurden, und den Verbrechen, die täglich begangen werden: Was vor einigen Wochen in Panama geschah (US-Invasion — Red.), ist nicht das Werk einer zivilisierten Gesellschaft, einer zivilisierten Welt — wirklich, das gehört zur Urgeschichte der Menschheit.

Deshalb meine ich: Das Leben hat bis heute nicht die Antwort darauf gegeben, wann sich auch nur einige der schönsten Ziele der Begründer des wissenschaftlichen Sozialismus und großen Revolutionäre erfüllt haben werden. Deshalb sind diese Instrumente (RGW) für uns unverzichtbar, und sie werden es bleiben für wer weiß wie lange Zeit ...

Gut, wir könnten darum kämpfen, daß der Rat für Gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW) eine Gesellschaft bürgerlichen Rechts wird und nicht das bleibt, was er laut seinen Statuten sein soll: eine Gemeinschaft sozialistischer Staaten mit sozialistischen Zielen. Wenn dies als GmbH erhalten bleibt, wenn man die Statuten verändert und das ganze noch irgendwelche Vorteile für uns bietet, werden wir drin bleiben. Ich wiederhole: wenn das irgendeinen Nutzen oder Sinn hat. Und es kann diesen Sinn haben, weil es einige wichtige Interessen gibt, die sich zwischen diesen Ländern entwickelt haben.

Der RGW als Gesellschaft bürgerlichen Rechts?

Wir wissen, daß es viele große Ölpipelines, Gaspipelines und auch Eisenbahnlinien zwischen der Sowjetunion und diesen Ländern gibt, und wenn in einem Land die Tageszeit des größten Energieverbrauchs vorüber ist, wird die elektrische Energie in ein anderes Land übertragen, wo diese Zeit gerade beginnt. Ich zweifle nicht daran, daß diese Länder, die heute den Kapitalismus einführen oder sich auf dem Weg dahin befinden, einen großen Bedarf an diesen Öl- und Gasversorgungsleitungen, den Kommunikationslinien, den Elektroleitungen und den Rohstoffen, die sie woanders nicht herbekommen können, haben. Auf jeden Fall gibt es gewisse ökonomische Gemeinsamkeiten zwischen den Ländern, die einst Teil der sozialistischen Gemeinschaft waren. Diese Bedingungen können dazu führen, daß bestimmte Beziehungen unter ihnen erhalten bleiben. Aber wir sollten uns nicht selbst

Kuba im RGW

1972 trat Kuba dem Rat für Gegenseitige Wirtschaftshilfe bei, von diesem Zeitpunkt bis ca. 1985 haben die wirtschaftlichen Beziehungen mit den RGW-Ländern, insbesondere der Sowjetunion, einen großen Aufschwung erfahren. Knapp 85 % seines Außenhandels wickelte das Land bisher mit anderen RGW-Ländern ab, allein knapp 70 % mit der Sowjetunion.

Kuba erhielt dabei, wie auch die Mongolei und Vietnam, Vorzugsbedingungen. Es lieferte seine Exporte — vor allem Landwirtschaftsprodukte, Rohstoffe — zu deutlich über dem Weltmarktpreis liegenden Preisen und bezog seine Importe — vor allem Erdöl/-produkte, Industrieprodukte — zu (bis auf einige Ausnahmen) deutlich unter dem Weltmarktpreis liegenden Bedingungen (s. Tabelle 2). Westliche Fachleute gehen davon aus, daß sich die Preissubventionen des RGW für Kuba für die Periode von 1971 bis 1985 auf umgerechnet knapp 31 Mrd. \$ belaufen.

Die „Neue Zürcher Zeitung“ schrieb am 29.6.87: „Die vergangenen Jahre des Aufschwungs ... haben den Lebensstandard der kubanischen Bevölkerung spürbar verbessert und auf ein für lateinamerikanische Verhältnisse beachtliches Niveau gehoben. Noch 1985 erzielte Kuba eine Zunahme des Sozialproduktes (zu festen Preisen von 1981) von 4,6 %. Damit genießen die Kubaner drei Jahrzehnte nach der Revolution soziale Errungenschaften, die für die große Mehrheit der Bevölkerung Lateinamerikas nur ein Traum sind: garantierte und billige Versorgung mit Grundnahrungsmitteln, ein vorbildliches Gesundheitswesen und soziale Sicherheit,

betrügen: Wir sind weder Besitzer großer Öl- oder Gaspipelines noch von Überlandleitungen noch von Eisenbahnlinien. Wir exportieren einige Rohstoffe und Lebensmittel, die sicherlich nicht unerwünscht sind, aber die bei weitem nicht dieselbe Bedeutung haben, wie sie der Energie, dem Treibstoff, dem Öl, dem Gas, der Elektrizität etc. zukommen.

Wir können nicht voraussagen, welche Regierungen in diesen Ländern herrschen werden, nicht

Tabelle 1: Anteile ausgewählter Güter an den Ex- und Importen Kubas mit der UdSSR

	1970	1980	1985	1987
Exporte				
Rohzucker	76,9	89,9	81,7	88,8
Nickel	20,1	4,0	4,3	5,0
Zitrusfrüchte	0,1	0,7	1,3	1,7
Importe				
Erdöl/-produkte	8,6	30,2	46,7	48,6

Quelle: Blätter des iz3w, Nr. 166, Juli 90

Tabelle 2: Vergleich der sowjetischen und Weltmarktpreise für Zucker, Nickel (in US-Cent pro Pfund) und Erdöl

	1970	1975	1980	1984	1987
Rohzucker					
UdSSR	6,1	26,4	47,5	43,9	41,9
Weltmarkt	3,8	20,4	28,2	5,2	6,8
Sulfat					
UdSSR	284	273	319	492	
Weltmarkt	129	204	295	215	
Erdöl (\$ pro Barrel)					
UdSSR	1,75	5,81	12,14	17,25	
Weltmarkt	1,80	11,53	28,67	28,47	

Quelle: Blätter des iz3w, Nr. 166, Juli 1980

einmal für das laufende Jahr 1990. Wir hoffen, daß wenigstens für das Jahr 1990 die bestehenden Wirtschaftsverträge eingehalten werden als Folge früherer Pläne, aber Sicherheit haben wir nicht, noch werden wir sie haben. In einigen dieser Staaten hat es derartiges Chaos gegeben, mit Streiks, Verzögerungen und Ausfällen in der Produktion, daß wir nicht mit Bestimmtheit sagen können, ob wir die Produkte, die wir traditionell von ihnen beziehen, auch in Zukunft von ihnen erhalten werden.

kostenlose Erziehung für alle und eine Förderung der Infrastruktur in ländlichen Regionen.“

Die Politik des realen Sozialismus, im Rahmen des RGW einen Ausgleich zwischen den beteiligten Ländern anzustreben und so die großen Entwicklungsunterschiede einzudämmen, hat dazu nicht wenig beigetragen.

Doch hat die realsozialistische Entwicklungspolitik gleichzeitig grundlegende Probleme nicht beseitigt, wie jetzt, beim Zerfall des RGW, in aller Schärfe deutlich wird: Der RGW hat die überkommene internationale Arbeitsteilung im großen und ganzen nicht aufgehoben, sondern zementiert. Die fünf vom RGW durchgeführten Entwicklungsprogramme für Kuba sehen vor: 1. Steigerung der Zuckerproduktion; 2. Steigerung des Anbaus von Zitrusfrüchten; 3. Steigerung der Förderung von Nickel; 4. geologische Erforschung des kubanischen Territoriums; 5. ein vor allem auf die Zuckerindustrie, die Zitrusfruchtproduktion und die Verwertung von speziellen Erzen ausgerichtetes Forschungsprogramm.

Diese Programme festigten die einseitige Außenhandelsstruktur Kubas und damit eine starke Abhängigkeit von den industriell entwickelten RGW-Ländern. In der zweiten Hälfte der 80er Jahre ist Kuba in den Sog der Krise des realsozialistischen Entwicklungskonzeptes geraten. Seine Verschuldung vor allem bei der Sowjetunion wuchs immens: es mußte darüber hinaus wachsende Zinssätze und erhebliche Preissteigerungen bei den Importen hinnehmen. Am 9.4.90 wurde in der „Prawda“ die Revidierung der Zusammenarbeit mit Kuba gefordert.

Quellenhinweis: Blätter des iz3w, Nr. 166, Juli 90; NZZ 1.10.88



Links: Zuckerrohrernte. Mitte: Schießstand in Havanna. Rechts: Fidel Castro.



Dies betrifft 1990. Und was ist mit 1991? Stellen Sie sich den Fünfjahresplan 1991-95 vor. Auf welchen Grundlagen, mit wem sollen wir diese Pläne vereinbaren. Welche Produkte werden garantiert? Welche Märkte werden für unsere Produkte zur Verfügung stehen? Welchen Preis werden sie für den Zucker bezahlen? Vielleicht versuchen sie ihn zum Preis der Weltmüllkippe, des sog. Weltmarktes, zu kaufen? Der größte Teil des Zuckers in der Welt wird über vertraglich geregelte Preise verteilt.

Der Weltmarktpreis ist der Preis der Müllkippe

Der Zucker, den die Vereinigten Staaten von den wenigen Lieferanten, die ihnen noch bleiben, beziehen — denn sie haben sich in Richtung Autarkie, Selbstversorgung im Zuckersektor entwickelt —, hat einen Preis über dem des Weltmarktes. Der ganze Zucker, den die EG den ihr assoziierten Ländern der Dritten Welt abkauft, übersteigt den Weltmarktpreis manchmal um das zwei- bis dreifache. Der Weltmarktpreis ist sozusagen der Preis der Zuckeremüllkippe, der Zuckerüberschüsse.

Und nun sollen wir den Zucker zum Müllkippenpreis verkaufen und Ramsch dafür einkaufen? Denn durchaus nicht alle Waren, die wir von ihnen kaufen, sind von bester Qualität. Wir sind Meister im Gebrauch von teilweise mit erheblichen Mängeln behafteten Maschinen und Geräten geworden. Deshalb sind wir Erfinder, deshalb sind wir Spezialisten im Improvisieren geworden, denn manchmal fehlt die eine Schraube und wir nehmen eine andere. Die Ausrüstungen sind insgesamt nützlich gewesen, aber es handelte sich nicht immer um ausgefeilte Geräte der besten Qualität, und dennoch haben wir sie gekauft und zu nutzen gewußt.

Andere Male sind es einige nützliche, wertvolle chemische Produkte gewesen. Wir sagen nicht nein, kaufen von allem etwas. Ich verstehe, daß diese Art von Austausch nutzbringend gewesen ist. Und nun, von einem Jahr zum anderen, haben wir keinerlei Sicherheit mehr, wie sich der Handel 1990 entwickeln wird. Ein wichtiger Teil der Produkte, die wir konsumieren, kommt aus jener Region. Und wenn wir schon für 1990 mit keinerlei Sicherheit rechnen, so besteht für die Periode 1991-95 völlige Ungewißheit.

Die gegenwärtigen Beziehungen zwischen Kuba und der UdSSR

Ich spreche jetzt nicht von den ökonomischen Beziehungen zur Sowjetunion. Sie sind bis jetzt von diesen Prozessen kaum beeinflusst worden. Im Gegenteil, dies muß ich mit aller Ehrlichkeit sagen: Die Sowjets haben in dieser Zeit immer wieder ihren starken Willen zum Ausdruck gebracht, die ökonomischen Beziehungen mit uns aufrechtzuerhalten, und dies unter Beibehaltung derselben oder ähnlicher Prinzipien des Handelsaustausches zwischen unseren beiden Ländern wie bisher. Und die Sowjetunion spielt eine wichtige Rolle für uns ... Deshalb muß man sich dessen sehr bewußt sein, daß für unser Land die Stabilität der Sowjetunion ein äußerst wichtiger Faktor ist ...

Die Sowjetunion hat uns nichts geschenkt

Ich sage mit aller Ehrlichkeit und Aufrichtigkeit, daß die ökonomischen Beziehungen der Sowjetunion mit Kuba sehr wichtig für uns waren, daß die Politik der Sowjetunion in diesen Revolutionsjah-

ren sehr großzügig gegenüber unserem Land war. Aber wir sind kein Land von Bettlern. Wir sind kein Land, dem man etwas schenkt. Wir haben Kredite erhalten, wie alle anderen Länder der Dritten Welt, einschließlich der reichsten, die große Erdölexporteure sind. Venezuela z.B., der größte Erdölexporteur in Lateinamerika, erhielt Kredite von über 30 Mrd. Dollar.

Welches Land in der Welt hat keine Kredite erhalten, und zwar auch, wenn es über hohe Einkünfte verfügte — die aus dem Privileg herrühren, über bestimmte Produkte zu verfügen? Wir haben Kredite aus der Sowjetunion erhalten, genauso wie alle Länder der dritten Welt Kredite von irgendwelchen Staaten erhalten haben. Sogar entwickelte Staaten haben Kredite erhalten. Eins der Länder, das am meisten Kredite erhalten hat, sind die Vereinigten Staaten, um ein Beispiel zu nennen ...

Nun, wieviel kostet es die Sowjetunion, eine Tonne Zucker zu produzieren? Wir lieferten Millionen Tonnen Zucker an die Sowjetunion. Der Preis dafür war nicht höher als das, was die SU hätte ausgeben müssen, um diesen Zucker selbst zu produzieren. Wieviel kostet die Produktion von Nickel und Kobalt in der Sowjetunion? Wir exportieren in einem gegenseitigen Handelsaustausch, der für alle Seiten von Nutzen ist, zig Millionen Tonnen Nickel und Kobalt in die Sowjetunion und die anderen Länder Osteuropas.

Wir produzieren Lebensmittel, wie z.B. Zitrusfrüchte, nicht nur Zucker, und haben in den letzten Jahren angefangen, andere Waren zu exportieren. Im laufenden Jahr 1990 wird der Wert der Produkte der Pharmaindustrie, der Biotechnologie, der medizinischen Geräte und des medizinischen Mobilars, die wir in die Sowjetunion exportieren werden, 200 Millionen Rubel übersteigen. Es entstehen weitere wichtige Produktarten, die in die Sowjetunion exportiert werden.

Uns wird nichts geschenkt. Wir kaufen und wir zahlen. Und wenn unser Zucker einen höheren Preis erhalten hat als den der Weltmüllkippe, war es dennoch ein gerechter Preis, weil er dem ungleichen Tausch ein Ende setzte. In den ersten Jahren zahlte uns die Sowjetunion mehr oder weniger den Weltmarktpreis, bis die Sowjetunion selber begriff, daß, während der Preis der Industrieprodukte, die sie nach Kuba exportierte, immer mehr stieg, der Preis der Produkte, die Kuba exportierte, auf dem Weltmarkt jedoch immer mehr sank, wie es im allgemeinen mit den Produkten der dritten Welt der Fall ist. Dies ist Diebstahl, Ausbeutung. Wir haben mehrfach für die Art von gerechten ökonomischen Beziehungen plädiert, wie sie zwischen der Sowjetunion und Kuba aufgebaut wurden.

Es gibt jetzt Leute in der Sowjetunion — nicht in der Regierung, nicht in der Partei — aber doch in den Massenmedien und im Parlament, die dafür sind, diese Art von ökonomischen Beziehungen, die zwischen der Sowjetunion und Kuba existieren, aufzukündigen. Deshalb sehen wir zwei Gefahrenherde. Einerseits sehen wir die Gefahren, die aus den eigenen Schwierigkeiten der Sowjetunion erwachsen und die sie daran hindern, auch wenn sie es möchte, die gemeinsamen Vereinbarungen zu erfüllen, selbst wenn sie alles daran setzt, um die Verträge so weit wie möglich einzuhalten. Andererseits gibt es die Gefahren, die von Strömungen drohen, welche der Reaktion und dem Imperialismus verbunden sind und die offen für das Ende dieser Art von Beziehungen eintreten. Deshalb sage ich, daß wir in unsicheren Zeiten leben.

Die Yankees rechnen mit unseren Problemen

Wir sehen auch Anzeichen für große Demagogie in bestimmten Gesellschaftsbereichen der Sowjetunion, die zunehmend an Bedeutung gewinnen. Eine negative Entwicklung dieser Tendenzen würde logischerweise große und schlimme Auswirkungen auf die Lieferungen haben, die in unser Land gehen. Das wissen die Yankees, und in diesen Zeiten der siegesgewissen Trunkenheit und Euphorie rechnen sie fest mit den Schwierigkeiten, die auf uns zukommen. Diese Probleme kommen mit Sicherheit auf uns zu wegen dem, was in den Ländern der sozialistischen Gemeinschaft geschieht und noch geschehen wird. Sie hegen große Hoffnungen, daß die Sowjetunion nicht in der Lage sein wird, ihre Schwierigkeiten zu meistern, oder daß die Schwierigkeiten so groß sein werden, daß sie sich auf die Wirtschaftsbeziehungen zwischen der Sowjetunion und Kuba direkt auswirken.

Sie sagen es laut, sie verheimlichen das nicht. Sie haben das alles in ihrer Planung, unabhängig von ihren alten Aggressionsplänen, unabhängig von ihrer Großmannssucht, ihrer Arroganz, ihrer Euphorie, die sie dazu führten, solche monströsen Taten zu begehen wie die Invasion in Panama. Es handelt sich um monströse Verbrechen gegen internationales Recht und Gesetz, aber zugleich um eine politische Monstrosität, die eine völlige Mißachtung der internationalen öffentlichen Meinung und insbesondere der Staaten Lateinamerikas offenbart. Wir kennen die Fakten und müssen sie uns — mit einem großen Sinn für Realität — immer wieder deutlich machen.

Desweiteren glauben die Reaktionäre und Imperialisten der Welt, daß wir die Schwierigkeiten, die auf uns zukommen, nicht werden meistern können. Das ist ihre Hoffnung ...

Würde Kuba fallen ...

Lange Zeit wurden sie (die Völker und Regierungen Lateinamerikas — Red.) mit der Angst vor dem Kommunismus getäuscht und eingefangen, und jetzt sagen die Yankees selbst, daß der Kommunismus dabei ist, von der Erdoberfläche zu verschwinden. Sie können schon nicht dieses Schreckgespenst bemühen. Das, was auf unserer Erdhalbkugel existiert, ist eine andere Wirklichkeit. Wenn es dem Imperialismus gelingt, die kubanische Revolution zu vernichten, zu liquidieren, dann würden sie die Präsidenten der anderen Länder wie einfache Bürgermeister behandeln, und vielleicht schlechter als Bürgermeister, mit weniger Selbständigkeit, als sie ein Bürgermeister in den Vereinigten Staaten besitzt. Sie würden die souveränen Nationen Lateinamerikas wie Rathäuser behandeln und ihnen per Telefon Anweisungen geben. Ich will damit nicht sagen, daß sich die Völker mit diesem Schicksal abfinden würden, da kein Volk sich jemals mit einem solchen Schicksal abfinden wird. Aber denkt daran, daß die Invasion in Panama nicht den Widerstand hervorgerufen hat, den sie hätte hervorrufen müssen. Ablehnung gab es durchaus, aber keine energische und entschlossene Verurteilung, und zwar aufgrund der großen wirtschaftlichen Abhängigkeit, in der sich heute die Länder Lateinamerikas den USA gegenüber befinden.

Würde Kuba fallen, wüßte niemand, für wie lange diese Länder diesen hohen Grad an politischer Unabhängigkeit, dieses Maß an Freiheit im internationalen Bereich beibehalten könnten. Diese Länder würden danach leichte Opfer jedweder Aggression der Vereinigten Staaten werden. Deshalb sind sie zu Recht tief über das Schicksal Kubas beunruhigt.

Wir sind auf den Volkskrieg vorbereitet

Ich glaube, dieses Thema ist einer näheren Betrachtung wert. Unser Volk war gezwungen, sich über Jahre hinweg auf bestimmte Gefahren vorzubereiten. Seit fast zehn Jahren verstärken wir unsere Verteidigung und sind dabei, das Konzept des Volkskrieges anzuwenden. Wir haben glücklicherweise Pläne für alle Varianten ausgearbeitet, beginnend mit der militärischen Blockade des ganzen Landes. In diesem Fall würde hier nicht einmal eine Kugel Munition ankommen. Das wußten wir vor den aktuellen Problemen aufgrund der Überlegenheit im Bereich konventioneller Waffen, die das Imperium in dieser Zone der Welt besitzt, seiner Überlegenheit in der Luft und zur See, die es unmöglich machen würde, daß nur eine einzige Kugel Munition aus dem Ausland eingeführt werden könnte.

Sie könnten eine Totalblockade verhängen, und wir haben unsere Pläne erarbeitet, um einer solchen Blockade zu widerstehen. Es könnte sich auf eine Blockade beschränken, oder es könnte eine Blockade mit militärischen Vergeltungsmaßnahmen sein oder eine Blockade mit einem Zermürbungskrieg gegen unser Land oder eine Blockade mit einer Invasion in unser Land. Wir haben Pläne für alle diese Varianten entwickelt, und wir haben uns mit der Überzeugung vorbereitet, daß jedwede Aggressionsvariante gegen uns, wie kostspielig sie auch sei, früher oder später zerschlagen würde, einschließlich der übelsten von allen, der Invasion und Besetzung des Landes.

Wir haben in unserem Land Verteidigungszonen organisiert, Männer, Frauen, Kinder, Junge und Alte sind organisiert, das ganze Land ist organisiert, um den Aggressoren einen unbezahlbaren Preis abzufordern, ihnen so viel Schaden und Verluste zuzufügen, daß ihnen keine Alternative bleiben wird, als sich aus unserem Land zurückzuziehen ...

(Aus: Al Karamah; die Rede wurde von der Freundschaftsgesellschaft BRD — Kuba übersetzt.)

Politische Berichte

Zeitschrift des Bundes Westdeutscher Kommunisten — erscheint vierzehntäglich.
Herausgeber: Bundesdelegiertenkonferenz des Bundes Westdeutscher Kommunisten (BWK)
5 Köln 1, Zulpicher Straße 7, Postfach 260226
Tel.: 0221/21 64 42
Herausgeber für die Bundesdelegiertenkonferenz des BWK: Christoph Corrides, Jörg Deljen, Martin Fochler, Christiane Schneider
Sie erscheint im Verlag GNN Verlagsgesellschaft Politische Berichte m.b.H., 5000 Köln 1, Zulpicher Str. 7, Tel. 0221/21 16 58, Konten Postgiroamt Köln, BLZ 370 10050, Kto. Nr. 104 19 507 und Bank für Gemeinwirtschaft, BLZ 370 101 11, Kto. Nr. 11 44 39 360.

Bezugsbedingungen: Einzelpreis 1,50 DM. Ein Halbjahresabonnement Politische Berichte kostet 26,- DM, ein Jahresabonnement Politische Berichte 52,- DM.
Bestellungen bitte an die unten angegebenen regionalen Verstandstellen richten.

Verantwortliche Redakteure: für Aktuelles aus Politik und Wirtschaft: Ulrike Deljen; für Auslandsberichterstattung: Rüdiger Lotzer; für Reportagen und Berichte regional: Günter Baumann; für Aus Kultur und Wissenschaft: Angela Lux; für Aus Verbänden und Parteien — Diskussion, Dokumentation, Spezialberichte: Alfred Küster.

Bei der regionalen Berichterstattung wirken mit: Arbeitsgemeinschaft Landesberichterstattung Nordrhein-Westfalen, Nachrichtenverband Baden-Württembergischer Betriebs- und Lokalzeitungen, Nachrichtenverband bayerischer Betriebs- und Lokalzeitungen.

Quellenhinweis: Artikel und Nachrichten der AG Stahl- und Metallindustrie: AGM, der AG Medien in der Volksfront, AGMe, des NH Chemische Industrie: AGCH, der AG für Beschäftigte im Dienstleistungsgewerbe: AGD, der AG gegen reaktionäre Gesundheitspolitik: AGG, der AG gegen Militarismus und Repression in der Volksfront: AGJ, der AG für antifaschistische Bildungspolitik: AGB, der AG für Kommunalpolitik: AGK, der Antifaschistischen Nachrichten der Volksfront: VF.

Druck: Neuer Weg Verlag und Druck GmbH, 4300 Essen 1.
— Beilagenhinweis: Vierteljährlich: Beilage, Gesammelte Beiträge aus der Diskussion der Linken.
Im GNN-Verlag erscheinen ebenfalls vierzehntäglich:

Nachrichtenhefte, hrsg. von AG Stahl- und Metallindustrie, 8 S., 1,20 DM
AG Medien in der Volksfront, 4 S., 0,50 DM
Herausgeberkreis Nachrichten Chemische Industrie, 4 S., 0,50 DM
AG Beschäftigte im Dienstleistungsgewerbe, 6 S., 0,80 M
AG gegen reaktionäre Gesundheitspolitik, 8 S., 1,20 DM
AG gegen Militarismus und Repression in der Volksfront, 4 S., 0,80 DM
AG für antifaschistische Bildungspolitik, 8 S., 1,20 DM
AG für Kommunalpolitik, 8 S., 1,20 DM

Antifaschistische Nachrichten, hrsg.: Volksfront gegen Reaktion, Faschismus und Krieg, 16 S., 1,20 DM

Bezugsbedingungen: Ein Halbjahres- bzw. ein Jahresabonnement kostet Einzelpreis plus 1,- DM Portopauschale mal Anzahl der Lieferungen

Bestelladressen:
GNN Verlagsgesellschaft
Politische Berichte m.b.H.
5000 Köln 1, Zulpicher Straße 7, Postfach 260226
GNN Verlag Schleswig-Holstein/Hamburg
Güntherstr. 6a, 2000 Hamburg 76
GNN Verlagsgesellschaft Westberlin
Czeminskistr. 5, 1000 Westberlin 62
GNN Verlag Niedersachsen/Bremen
Große Düwelstr. 55, 3000 Hannover 1
GNN Nordrhein-Westfalen
Zulpicher Straße 7, 5000 Köln 1
GNN Verlag Hessen
Postfach 11 08 22, 6000 Frankfurt 11
GNN Verlagsgesellschaft Baden-Württemberg
Gutenbergstr. 48, 7000 Stuttgart 1
GNN Verlagsgesellschaft Bayern
Holzstr. 2, 8000 München 5

Kurdistan-Rundbrief, Hrsg.: Kurdistan-Komitee in der BRD, Feyka Kurdistan und versch. Solidaritätsgruppen, 4 S., 0,80 DM, Jahresabo: 30 DM.

Angehörigen-Info, Hrsg.: Angehörige der politischen Gefangenen in der BRD, 8 S., 0,80 DM, Halbjahresabo 26 DM.

Bestellungen für die beiden zuletzt angeführten Zeitschriften bitte nur an GNN-Verlag, Zulpicher Str. 7, 5000 Köln 1.

Politische Berichte

zum Abonnieren — zum Kennenlernen

Hiermit bestelle ich ... Stück pro Ausgabe der Politischen Berichte (zutreffendes bitte ankreuzen)

- ☐ 10 Ausgaben für 10 Mark (Schein beilegen) zum Kennenlernen.
- ☐ Im Jahresabonnement (52,— DM bei Einzelabo).
- ☐ Im Halbjahresabonnement (26,— DM bei Einzelabo).
- ☐ Ich bezahle nach Erhalt der Rechnung.

☐ Bankeinzug: Ich ermächtige den GNN-Verlag widerruflich, den Rechnungsbetrag zu Lasten meines Girokontos abzubuchen.

Name:

Straße:

Postleitzahl/Ort:

Konto-Nr./BLZ:

(Bank Unterschrift)

Einenden an: GNN, Zulpicher Str. 7, 5000 Köln 1 oder regionale Bestelladresse

16/90

Die Männer für's Grobe

Ausstellung über militante Faschisten: Schlagender Arm der rechten Bewegung

Am 18. August wollen militante Faschisten in Wunsiedel (Oberfranken) mit ihrem dritten „Bekennnismarsch“ aus Anlaß des Heß-Todestags ein „Fanal für Deutschland“ setzen. Zu einer Gegen-demonstration wird bundesweit aufgerufen. Be-standteil einer längerfristigen antifaschistischen Gegenmobilisierung ist eine Ausstellung über die militanten Gruppen, die in Nürnberg die Antifa-Archivgruppe, die feministische Antifa und das Antifaplenum zusammengestellt haben. *Wunsiedel ist kein Einzelfall.* Auch andere Ereignisse legen es für die antifaschistischen Gruppen nahe, sich mit den „Männern fürs Grobe“ näher zu befassen: etwa der Marsch der tausend Skins nach Göttingen nach einem verbotenen Konzert in der DDR oder die Rede David Irvings zum 101. Hitler-Geburts-tag vor 800 von der FAP in den Münchner Hof-

bräu-Keller geladenen Faschisten. Die Ausstellung ist eine fundierte Darstellung rechter Militanz, sie stützt sich auf umfangreiche Materialsammlungen aus dem gesamten Bundesgebiet. Auf 26 Plakaten im Format A1 werden FAP und ANS, Deutsche Frauenfront (DFF), Nationale Front (NF), Nationalrevolutionäre (NRAO, ANZ), Viking Jugend (WJ), rechte Hooligans und Fanclubs, bekannte militante Faschisten, Wunsiedel und eine ausführliche Chronologie des Terrors seit 1950 darge-stellt. Untersucht werden Ideologie, Propaganda-schwerpunkte (Zeitungen, Computerspiele, Schu-len), Gründung und Geschichte, Organisationsfor-men, Tarnorganisationen, Aufbau, Zentren, ange-strebte Arbeitsweise, Personalia. Aufgelockert werden die übersichtlichen Texttafeln durch Fotos, Embleme, Zeitungsartikel. — (diw, mas, w.)



Wunsiedel 1989

Antifaschismus: das Ausstellungskonzept der Archivgruppe

Wir wollen mit unserer Ausstel-lung ein aktualisiertes Bild der militanten Nazi-Szene in der Bundesrepublik darstellen. Da-bei haben wir uns schwerpunkt-mäßig auf FAP, Nationale Front (NF), Viking Jugend (WJ) und ihr näheres Umfeld beschränkt. Nicht allein aus ihrer wachsen-den Mitgliederzahl ergibt sich ihre Gefährlichkeit, sondern auch weil es den militanten Rechten gelungen ist, über ihre hauptsächlichlichen Politikfelder — die „deutsche Frage“, ihren Rassismus und die von ihnen be-triebene Rehabilitierung des Nationalsozialismus — ihre bis vor kurzem fast vollständige gesell-schaftliche Isolierung speziell unter Jugendlichen in beträchtli-chem Maße zu überwinden.

Mit dazu beigetragen haben die politisch Verantwortlichen, sowohl von CDU/CSU, FDP als auch von der SPD, die die „mili-tanten“ Rechten verniedlichend als „Jugendbanden“ darstellen und sie somit vor der antifaschisti-schen Gegenwehr in Schutz

nehmen. Daß im gleichen Atem-zug auch die AntifaschistInnen denunziert, kriminalisiert und mit den Nazis auf eine Stufe ge-stellt werden — durch die völlig verlogene These von „rivalisie-



renden Jugendbanden“ —, er-möglichte die polizeiliche Lö-sung der politischen Auseinan-dersetzung zwischen Neonazis-mus und Antifaschismus.

Es ist uns wichtig, noch einmal festzuhalten, daß die Ausstellung

nicht den Anspruch auf Vollstän-digkeit erhebt. Um den Umfang der Ausstellung im Interesse der Lesbarkeit und auch der Kosten nicht über das unserer Meinung nach vertretbare Maß hinausge-hen zu lassen, sind wir gezwun-gen gewesen, aus der Fülle des vorliegenden Materials auszu-wählen.

So haben wir so wichtige fa-schistische Organisationen wie z.B. NPD, DVU und Reps aus-geklammert, obwohl wir diese Gruppierungen politisch für be-deutsamer als u.a. die FAP hal-ten. Ebenso wenig konnten wir auf die Braunzone zwischen Fa-schisten und CDU/CSU/FDP und Teilen der Sozialdemokratie eingehen, deren Einfluß, na-mentlich auch durch diverse Re-vanchistenverbände, bis ins Bun-deskanzleramt reicht.

Besonders bedauerlich finden wir, daß in dieser Ausstell-ung der gesamte antifaschistische Widerstand viel zu kurz kommt. Wir wollten auf keinen Fall den Eindruck erwecken, als könnten

die Nazis ungehindert ihren Ter-ror ausüben. Im Gegenteil gibt es einen Widerstand von der mili-tanten Aktion über Demos, Flug-blätter, Veranstaltungen bis zum verstärkten Engagement gerade sehr vieler junger Menschen, z.B. aus Schulen. Ohne diesen Widerstand wäre der Terror mit Sicherheit um ein vielfaches schlimmer. Auf der einen Seite gibt es keinen Grund, sich beru-higt zurückzulehnen, denn dazu — auch das belegt diese Ausstel-lung — passiert noch viel zu viel.

Alle Erfolge, die bislang ge-gen die Nazis erreicht werden konnten, waren nur durch kon-sequente Eigeninitiative möglich und mußten nicht nur gegen die Nazis, sondern genauso gegen die Polizei, den Justizapparat und gegen die Verantwortlichen in den jeweiligen Städten und Parteien durchgesetzt werden. Es gibt keinen Grund, anzuneh-men, daß sich dies in Zukunft ändern könnte.

In diesem Sinn: Organisiert die antifaschistische Selbsthilfe!

Nationalrevolutionäre — der „linke“ Flügel

Bis in die achtziger Jahre waren Adolf Hitler und sein „Drittes Reich“ die unbestrittenen Leitbil-der aller Neonazis. Allerdings nimmt die Zahl der Neonazis die sich als Nationalrevolutionäre in der Nachfolge der Brüder Stras-ser sehen, seit Mitte der siebziger langsam zu. Sie kritisieren Hitler und werfen ihm vor, er habe den Nationalsozialismus verraten. Die Brüder Strasser repräsentierten den sog. „lin-ken“ Flügel der NSDAP. Der Begriff „nationalrevolutionär“ tauchte nach dem Krieg erstmals wieder im Jahr 1974 auf, als sich in Würzburg die NRAO (Natio-nalrevolutionäre Aufbauorgani-sation) gründete. Nach weiteren Trennungen gründete sich am 31.8.1974 mit ca. 100 Leuten die SdV-NRAO (Sache des Volkes — Nationalrevolutionäre AO). Es entstand damit eine zentrali-stische Kaderorganisation mit kleinen Basisgruppen im gesamt-en Bundesgebiet. Nach ihren eigenen Einschätzungen ent-wickelten sie sich weg vom Neo-faschismus hin zum „Antimpe-rialismus“ gegen die Super-mächte UdSSR und USA.

Paradoxerweise fand man Vorbilder in den nationalen Be-freiungsbewegungen der sog. dritten Welt, aber auch in Europa bei den Basken, Korsen, Iren. Anfang 1978 gab es sogar mit be-tont sozialistischem Zuschnitt und radikaldemokratischen For-derungen Annäherungen an K-Gruppen, aber auch Anarchis-ten und Alternative. Der daraus erwachsenden Spannung inner-halb der Organisation folgte der Austritt der „linken“ Fraktion, die den „Nationalrevolutionären Koordinationsausschuß“ (NR-KA) gründete. 1985 fanden zwei bundesweite Tagungen statt und noch 1986 sollte ein Konzept und ein Rahmen für eine gemein-

same Organisation aller Natio-nalrevolutionäre geschaffen werden.

Ein Papier „Nationalrevolu-tionäre und Neofaschismus“ zeigt sich als intellektuell sehr differenzierter Text mit hohem Niveau. Eine nationalrevolu-tionäre Plattform gliedert sich in folgende Punkte: nationale Re-volution, sozialistische Revolu-tion, ökologische Revolution, kulturelle Revolution, demokratische Revolution.

Die NRAO stellt den intellek-tuellen Flügel der Militanten dar, der eine weite Ausstrahlung in

schaft, nachdem Kühnen im Knast ein Papier zum Thema „Homosexualität“ geschrieben hatte, nahm die NF dazu eine neutrale und vermittelnde Posi-tion ein. Die Münchner Gruppe war mit dieser Rolle und Position nicht einverstanden und schied 1986 aus der Partei aus.

In München gibt es seitdem eine Gruppe „Nationalrevolutio-näre“, deren diverse Flugblätter unter dem Motto „Gegen Fremdherrschaft und Kapital“ stehen. Auffällig ist, daß ihr Zehn-Punkte-Programm Wort für Wort dem der NF gleicht,



faschistische Lager besitzt. Im NPD-Parteiprogramm von 1987 spiegeln sich die Ergebnisse des Wandels durch die NRAO-The-sen. Die personellen Verflech-tungen zur ANS/NA, dann FAP (über Busse) und NF datieren aus der gemeinsamen Zeit der Funk-tionäre in der 1981 verbotenen VSPD/PDA. Henning Eichberg und Pierre Krebs aus der NRAO halten Vorträge und Schulungen in den militanten Gruppen.

Die Münchner Nationalrevolutionäre

Im Streit innerhalb der FAP zwi-schen dem Mosler/Heidel-Flü-gel und der Kühnen-Gefolg-

außer daß das Wort „national“ durch „nationalrevolutionär“ ersetzt wurde. Ein weiteres Flugblatt weist darauf hin, daß es auch Kontakte zur NRAO gibt, da als Weg die fünf Revolutionen auf der Plattform der National-revolutionäre genannt sind. In angeblicher Solidarität mit der palästinensischen Intifada wird in einem anderen Flugblatt der Zio-nismus angegriffen, wobei die Übergänge zum Antisemitismus fließend sind. Ein Flugblatt, das an der im Bau befindlichen WAA in Wackersdorf verteilt wurde, tritt wie die Bewegung gegen die Atommafia und „gegen die Ur-sachen, nicht nur die Sympto-

me“ ein, um im selben Atemzug die Zerschmetterung von Kapita-lismus und Kommunismus zu fordern.

In München traten in den letz-ten beiden Jahren auch erstmals die Autonomen Nationalisti-schen Zellen (ANZ) auf. Sie be-kannten sich zur Kranzniederle-gung am 10.11.1988 anläßlich des Gedenkens an den Hitler-putsch. In ihrem Theorieorgan „Kampfschriftliche Abhandlun-gen“ (April 1990) artikulieren sie ihren Befreiungsnationalis-mus: „Wir haben uns offen mit dem Vasallenstaat der Alliierten auseinandergesetzt ... bietet uns die Zeit jetzt Gelegenheit, den dritten Weg zu beschreiten, zwischen blutigem Terror und feiger Anpassung: den Weg des wehrhaften Widerstandes, der früher oder später wohl einmün-den wird in die Neubildung fanati-scher Werwolfkommandos.“ Zur Herrschaftsform heißt es: „Das oberste Gebot autonom-nationalistischer Machterwä-gungen lautet deswegen: Weder Herrschaft über das Volk, noch Herrschaft für das Volk!“ Zum deutschen Nationalismus: „Dieser findet seine Geburts-stunde nicht in Raubzügen durch andere Länder, sondern er wur-zelt in den antinapoleonischen Freiheitskämpfen des 19. Jahr-hunderts. Seine Tendenz kann daher gar nicht kriegerischer, sondern allenfalls antiimperiali-stischer Natur sein!“

Für die rechten Hooligans dienen Fußballfanclubs als Transport-mittel faschistischer Militanz. Ihr erstes Auftreten datiert vom Ende der sechziger Jahre in Großbritannien, seit Ende der siebziger fielen sie häufiger in der Bundesrepublik unangenehm auf.

Am Anfang tauchten ihre Mit-glieder in Form von Fangruppen am Rande von Fußballspielen auf. Dabei kam es regelmäßig zu Schlägereien „Mann gegen Mann“, die mit der Zeit an Mas-sivität zunahmen. Zwischen Fanclubs verschiedener Städte begann man „Schlachten“ zu vereinbaren. Die Mittel wurden immer härter: Holzlatten, Eisen-stangen, CS-Gas, Leuchtpur-munition.

Seit Anfang der achtziger Jah-re treten vermehrt Fanclubs mit offen faschistischer Zielsetzung auf. Durch sie und ihre Mitläufer wurden in immer größerem Ma-ße linke und ausländische Men-schen und ihre Einrichtungen angegriffen. 1982 überfallen ihre Schlägertrupps die 1.-Mai-Feier des DGB in Frankfurt, Bri-tische Nazi-Skins haben die Pa-nik mit 39 Toten und 454 Ver-letzten im Brüsseler Heysel-Sta-dion verursacht. Zahlreiche Überfälle auf linke Einrichtun-gen gehen auf ihr Konto, so die Überfälle auf die Hafenstraße und das Schanzenviertel in Ham-burg und der Terror in Ostberlin.

In der BRD geben ca. 100 Fan-club-Zeitungen heraus, sogean-nannte Fan-Zines. Die Auflagen schwanken zwischen 50 bis 250. Sie entstanden meist Mitte der siebziger Jahre. Sie werden im eigenen Club verteilt und an befreundete Clubs und Fans ge-schickt. Wieviele direkt von Fa-scho-Hooligans herausgegeben werden, ist unklar. Ihr Inhalt besteht meistens aus glorifizieren-den Darstellungen gewaltsamer Auseinandersetzungen. Sie ha-ben Titel wie „Bulldog News“,

„Front Echo“, „Army-Kurier“, „Sturmtruppen-News“, „New Breed“, „Clockwork Orange“.

Einziges bundesweites Fan-Zine ist „Fan-Treff“. Es er-scheint seit 1985 in monatlichem Rhythmus mit 2500 Auflage. Es erhebt den Anspruch „Sprachor-gan“ aller Hooligans zu sein. Auf den ersten Blick wirkt es un-auffällig. Es bietet bundesweite Kommunikation durch Berichte freier Mitarbeiter und Kleinan-zeigen. In diesen Kleinanzeigen versteckt sind häufiger offen fa-schistische Inhalte zu finden: Werbeanzeigen der FAP, beson-ders oft Größe an faschistische und bekannt brutale Fanclubs, z.B. ASF, Bielefelder, Borus-senfront, Taunusfront, Gelsen-szene. Außerdem werden Be-richte veröffentlicht von Fascho-Szene-Treffen, Fotos von Skins mit „Widerstandsgruß“ und Neonazi-„Größen“.

Zu den ideologischen Leit-Themen der Hooligans zählen Macho-Patriotismus, Intellek-tuellenfeindlichkeit, Verachtung der Schwachen, Erfolg um jeden Preis. Häufig sehen sie sich als „Bewahrer der Ordnung“.

Ihre Infrastruktur und ihre Kontakte zu rechten politischen Organisationen sind vielfältig. Rechte Hooligans und Skins tre-ten als Saalschutz bei Reps, NPD, DVU und FAP auf. Sie treffen sich bei Fußballspielen und überregionalen Feten („Fest des deutschen Bieres“ der Tau-nusfront, Kampfrinker-Feten), pflegen regionale, bundesweite, manchmal internationale Zusam-menarbeit. „Männerfreund-schaften“ über Vereins- und Par-teiengrenzen hinweg stellen Quer-verbindungen her. Die Borus-senfront ist eine FAP-Kamerad-schaft und gilt als Kühnen-nah. In der Taunusfront gibt es einen IN/NPD-Aktivistenkreis. Seit der (Fußball-)Saison 1988/89 stößt die faschistische Werbung auf verstärkte Resonanz.



Borussenfront auf dem Weg zum Fußballspiel.

**Demonstration
gegen Nazis
Wunsiedel
18.8., 13.30 Uhr**

Erhältlich ist die Ausstellung ab Ende August für ca. 90 bis 100 DM über Postlagerkarte 050259 D. 8500 Nürnberg. Wegen Auflagenhöhe und Vorfinanzierung wird um verbindliche Vorbestellungen gebeten. Die Fotos und Texte auf dieser Seite basieren auf Materialien, die die Ausstellungsguppe uns freundlicherweise zur Verfügung stellte. Im Herbst soll noch eine ausführliche Broschüre veröffentlicht werden, die unter der gleichen Adresse bestellt werden kann.